

Stenografischer Bericht

56. Sitzung des Landtages Steiermark

XV. Gesetzgebungsperiode – 4. Dezember 2009

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Präsidentin Gross, LTAbg. Petinger.

Mitteilungen (9440).

1. Einl.Zahl **3396/1** *Dringliche Anfrage* der SPÖ an den Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer betreffend „*Touristische Leitprojekte*“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Kröpfl (9441).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (9447).

2. Einl.Zahl **3397/1** *Dringliche Anfrage* der Grünen und der KPÖ an den Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer betreffend „*Missstände in Fohnsdorf*“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Schönleitner (9458).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (9463).

3. Einl.Zahl **3398/1** *Dringliche Anfrage* der KPÖ und der Grünen an Landeshauptmann Mag. Voves betreffend „*Missstände in Fohnsdorf*“

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Klimt-Weithaler (9467).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Voves (9471).

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Drexler (9478), LTAbg. Kaltenegger (9484), Landeshauptmann Mag. Voves (9486), Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (9486), LTAbg. Lechner-Sonnek (9486), LTAbg. Kröpfl (9491), LTAbg. Dr. Murgg (9496), LTAbg. Kolar (9499), LTAbg. Majcen (9502), LTAbg. Konrad (9505), LTAbg. Detlef Gruber (9508), LTAbg. Dipl.-Ing. Gach (9510), LTAbg. Ing. Schmid (9512), LTAbg. Rieser (9515), LTAbg. Prattes (9517), LTAbg. Bacher (9520), LTAbg. Schönleitner (9522), LTAbg. Schleich (9523), LTAbg. Dirnberger (9525), LTAbg. Dr. Murgg (9527), LTAbg. Kasic (9527).

Beschlussfassung (9529).

Beginn: 09.01 Uhr

Präsident Dr. Flecker: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus!

Heute findet die außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark statt. Es ist dies die 56. Sitzung in der laufenden XV. Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Landesregierung unter der Führung von Landeshauptmann Mag. Franz Voves.

Entschuldigt ist Frau Präsidentin Barbara Gross. Landtagsabgeordneter Karl Pettinger ist ebenfalls entschuldigt. Danke.

Ganz besonders darf ich die Damen und Herren von Pro-Fohnsdorf unter der Leitung von Herrn Bürgermeister Johann Straner begrüßen. *(Allgemeiner Beifall)*

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass drei Schriftliche Anfragen, eine Anfrage der SPÖ und zwei Anfragen der Grünen gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 jeweils eine an Landesrat Dr. Buchmann, an Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser sowie an Landesrat Ing. Wegscheider eingebracht wurden.

Weiters wurden zwei Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht: Landesrat Seitinger und Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser.

Die Abgeordneten der ÖVP, der KPÖ und der Grünen haben am 30.11.2009 beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gemäß § 13 Abs. 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 in Verbindung mit § 40 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Landtages ist der Präsident verpflichtet, den Landtag binnen fünf Tagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies wenigstens ein Fünftel der Mitglieder verlangt.

Dieser Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages Steiermark. Aus diesem Grunde habe ich die heutige Sitzung einberufen.

Für diesen Sonderlandtag wurde von Abgeordneten der SPÖ am Dienstag, dem 01. Dezember 2009 um 10.10 Uhr, eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer betreffend „Touristische Leitprojekte“ eingebracht.

Weiters wurde von Abgeordneten der Grünen und der KPÖ am selben Tag, um 10.26 Uhr, eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer betreffend „Missstände in Fohnsdorf“ eingebracht.

Ebenfalls wurde am Dienstag, dem 01. Dezember 2009 um 10.30 Uhr, von Abgeordneten der KPÖ und der Grünen eine Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves betreffend „Missstände in Fohnsdorf“ eingebracht.

Diese Dringlichen Anfragen haben die gem. § 68 GeoLT 2005 erforderliche Unterstützung. In Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz findet die Begründung und Beantwortung der Dringlichen Anfragen gem. § 68 Abs. 1 GeoLT 2005 in Form einer gemeinsamen Wechselrede statt.

Ich erteile nun Herrn Klubobmann Walter Kröpfl das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage der SPÖ und verweise darauf, dass die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten hat.

LTAbg. Kröpfl (9.06 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, verehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Erlauben Sie mir, bevor ich zur Fragestellung komme, ein paar einleitende Worte: Verehrte Damen und Herren, Ihnen allen ist wahrscheinlich noch der 20. Oktober, ein Sitzungstag des Landtages Steiermark, in Erinnerung. Nicht nur weil er sehr lange gedauert hat – nämlich bis zum nächsten Tag in der Früh –, sondern weil wir dort auch wirklich sehr einschneidende Beschlüsse gefasst haben. Unter anderem haben wir damals auch einen Beschluss gefasst, warum die Gemeindeaufsicht nicht vom Rechnungshof geprüft werden soll. Ich zitiere jetzt aus dem Protokoll, was damals, du, Herr Landeshauptmannstellvertreter, gesagt hast. Dem ersten Zitat, das schicke ich gleich voraus, stimmen wir voll und ganz zu. Du hast damals gesagt, wir müssen den Gemeinden das Rückgrat stärken und dass wir gut daran täten, hier im Lande und in der Regierung sowieso, alles zu tun, um den Spielraum der Gemeinden zu stärken und nicht ständig zu schwächen – volle Zustimmung von der Seite der SPÖ. Dann geht es in deiner Wortmeldung weiter: „Und ich plädiere sehr dafür, damit nichts im Raum stehen bleibt, Herr Abgeordneter Schönleitner, dass man selbstverständlich kontrolliert – kontrollieren ja, aber nicht skandalisieren. Das ist doch der Punkt, meine Damen und Herren.“ Und dann Beifall bei der ÖVP. Auch das unterstreichen wir. (*Beifall bei der SPÖ*) Ja, danke! Das unterstreichen wir auch. Es geht ja noch weiter, es kommt ja noch „dicker“, wirst du sehen – wie wichtig die Kontrolle, dass der Kontrolleur nicht kontrolliert wird – das kommt ja jetzt. Zitat: „Und ich weiß nicht, warum manche so scharf darauf sind, die Kontrolleure zu kontrollieren und nicht die, um die es eigentlich geht. Ja, sind Sie mir nicht böse. Wenn einer jemandem den Führerschein abnimmt, tun Sie dann den Polizisten kontrollieren? Oder geht es um den, dem der Führerschein abgenommen wird. Sie wollen die Kontrolle kontrollieren. (*LTAbg. Kasic: „Genau, um die geht es!“*) Ja, pass auf! Hör zu, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter weiter sagt: „Sie wollen die Kontrolleure kontrollieren. Ich komme nicht ganz drauf warum? Ich sage Ihnen, die Gemeinden werden durch die Bezirkshauptmannschaft geprüft. Die Gemeinden werden durch die Fachabteilung geprüft und ich bin, wie gesagt, dafür, dass wir die Gemeinden-, die Geschäftsverteilung ändern, erstens in Bezug auf die

Zuständigkeit der Aufsicht – das wäre selbstverständlich; zweitens, da brauchen wir die Ermächtigung des Bundes, den Landesrechnungshof Gemeinden zu prüfen, ermächtigen.“ Zitat Ende. Damals haben wir auch zugestimmt. Und ein Letztes noch, damit ich mit den Zitaten nicht zu lange werde, da kürze ich etwas ab – aber wörtliches Zitat: „Daher ist es meine Bitte: Kontrolle ja, Durchsicht ja; aber machen wir die Gemeinden nicht auch noch zum politischen Spielball im Lande. Beifall bei der SPÖ und bei der ÖVP.“ Verehrte Damen und Herren, genau das hat Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer am 20. Oktober dieses Jahres gesagt. 45 Tage später, wenn ich richtig gezählt habe, hat sich plötzlich ein Meinungswandel ergeben. Plötzlich soll der Bundesrechnungshof prüfen. (*LTA*bg. *Mag. Drexler*: „Aber nicht alle Gemeinden!“) Nein – die Gemeinde Fohnsdorf jetzt plötzlich prüfen. Weil wir pieken eine Gemeinde heraus und die soll man jetzt prüfen. (*LTA*bg. *Mag. Drexler*: „Aus gutem Grund!“)

Und jetzt kommt das Große, meine verehrten Damen und Herren. Da gibt es eine Prüfung durch die Gemeindeaufsicht. Die Beamtinnen und Beamten, die damit beauftragt waren, haben sich sehr viel Mühe gegeben, haben einen tollen Prüfbericht abgelegt. Ich kenne ihn zwar nicht, denn der Landtag hat den Prüfbericht ja nicht. Das ist ja das Absurde bei der ganzen Geschichte. (*LTA*bg. *Mag. Drexler*: „Da muss man auf den Rechnungshofbericht warten!“) Ja, haben einen sehr guten Prüfbericht abgelegt – ca. 150 Seiten, wie ich aus den Medien entnehmen konnte. Und ohne abzuwarten bis der Gemeinderat der Gemeinde Fohnsdorf sich damit beschäftigen kann, ohne die Stellungnahme des Bürgermeisters abzuwarten, der dazu drei Monate Zeit hat, geht der Herr Landeshauptmann her und sagt: „Das ist zu wenig! Das ist nicht ausreichend geprüft, wir brauchen eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof.“ Meine Damen und Herren, das ist eine Vorgangsweise, der wir nicht zustimmen können und nicht zustimmen werden, verehrte Damen und Herren. (*Beifall bei der SPÖ*)(*LTA*bg. *Gödl*: „Was hast du zu verstecken?“) Wir sind der Auffassung, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dass unsere Bezirkshauptmannschaften hervorragende Arbeit leisten, dass unsere Fachabteilungen hervorragende Arbeit leisten und wir haben kein Misstrauen gegen diese beiden Einrichtungen, die das Land hat. (*Beifall bei der SPÖ*)

Und jetzt zu dem Satz, zu dem Sager des Herrn Landeshauptmannstellvertreters „Kontrollieren ja – nicht skandalisieren“: Ich weiß nicht, wie es den Vertretern der anderen Fraktionen heute gegangen ist, in den letzten Tagen schon gegangen ist. Aber heute war es ganz eklatant: Du schlägst in der Früh die Zeitung auf und dann findest du die Details aus diesem Prüfbericht, der nur dem Landeshauptmannstellvertreter, dem Herren Landeshauptmann zugegangen ist und der Gemeinde Fohnsdorf. Das finde ich toll. (*LTA*bg. *Schönleitner*: „Was gibt es denn zu verheimlichen?“) Das hat mit verheimlichen nichts zu tun, Herr Kollege, sondern in einem Rechtsstaat muss Recht noch bleiben, oder? (*Beifall bei der SPÖ*) Da sind wir einer Meinung. Ich finde es als eine Missachtung des Landtages, verehrte Damen und Herren, wenn wir Berichte aus der Zeitung erfahren können, wenn über Dinge berichtet wird, die nicht anonymisiert sind, über Berichte, wo noch keine Stellungnahme

eingearbeitet werden konnte, darüber wird in den Zeitungen berichtet. Und dann stellt sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter, stellst du dich da her und sagst: „Nicht skandalisieren.“ Das ist skandalisieren, verehrte Damen und Herren, das ist eine Gemeinde in die Öffentlichkeit ziehen, das ist die Therme schlecht machen und da spielt die SPÖ nicht mit, verehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* (LTAvg. Mag. Drexler: „Die Zeiten sind vorbei, wo man den Zeitungen vorschreiben kann, was sie schreiben sollen!“) Dem Herrn Bundeskanzler hast du, Herr Landeshauptmannstellvertreter, am 02. Oktober vorgeworfen, dass er kein Leadership hat. Wenn das, was du im Fall der Therme Fohnsdorf/der Gemeinde Fohnsdorf, bis jetzt an den Tag gelegt hast, Leadership ist, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dann verstehen wir alle etwas anderes unter Leadership. (LTAvg. Gödl: „Wollt Ihr denn anderen was vorwerfen?“) *(Beifall bei der SPÖ)* ... Leadership wäre gewesen, wenn du zumindest einmal versucht hättest, mit dem Bürgermeister ein Gespräch zu führen, was nicht stattgefunden hat. Leadership wäre gewesen, wenn du abgewartet hättest, was die Stellungnahme der Gemeinde Fohnsdorf heraus gebracht hätte. Das wäre Leadership gewesen, sich dann hinzusetzen und nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen. Aber nicht herzugehen, zu skandalisieren und das Ganze sofort in der Öffentlichkeit (LTAvg. Mag. Drexler: „Rechnungshofprüfung ist skandalisieren?“) ... zu skandalisieren, indem man das in die Öffentlichkeit bringt. *(Glockenzeichen)* Und nichts anderes war das, verehrte Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)* (LTAvg. Mag. Drexler: „Ein beispielloser Skandal, den Rechnungshof als Skandal zu bezeichnen!“) Kein beispielloser Skandal, Kollege Drexler, sondern eine Vorgangsweise, die wir nicht gutheißen können. Denn ich fühle mich als Abgeordneter hier „geschleppt“ und gefrotzelt, wenn ich aus der Zeitung einen Bericht sehe, wo der Landtag nicht einmal damit befasst wurde. *(Beifall bei der SPÖ)* Wenn ihr dem zustimmt, habe ich kein Problem damit.

Und nun zu den Fragen, verehrte Damen und Herren: Die Fachabteilung 7A hat Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer am 26.11.2009 den umfassenden Bericht über die Gebarung der Gemeinde Fohnsdorf übermittelt. Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer hat diesen unmittelbar an die Staatsanwaltschaft sowie an Landeshauptmann Mag. Franz Voves weitergeleitet. Sofort nach Vorliegen des Prüfberichtes hat er außerdem eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof gefordert, einen entsprechenden Antrag in die Landesregierung eingebracht. In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen:

Zum Prüfbericht

1. Warum haben Sie der Steiermärkischen Landesregierung als nunmehr zuständiges Regierungsmitglied für Nicht-ÖVP-Gemeinden einen Prüfbericht vorgelegt, der für Sie nicht ausreichend ist?

Auch nicht schlecht; so einen Prüfbericht würde ich nicht vorlegen. Da würde ich zuerst einmal zusätzliche Fragen an die Fachabteilung stellen.

2. Haben Sie über Ihr Büro von der Fachabteilung 7A einen Rohbericht bekommen bzw. wurde der Prüfbericht mit Ihnen oder Ihrem Büro vorbesprochen?
3. Wenn ja, warum haben Sie die Gemeindeaufsicht nicht angewiesen, weitere Erhebungen durchzuführen, um die aus Ihrer Sicht offenen Fragen zu klären?
4. Sie fordern eine Einschaltung des Rechnungshofes, weil aus Ihrer Sicht eine vollständige und transparente Aufklärung der Sachlage notwendig sei. Wurde aus Ihrer Sicht keine umfassende und transparente Gebarungsprüfung durch die Fachabteilung 7A durchgeführt?
5. Im Prüfbericht sind aus objektiver Sicht alle von Ihnen aufgeworfenen Fragen bereits behandelt. Was erwarten Sie sich von einer Rechnungshofprüfung?
6. Die Gemeindeordnung sieht eine Frist von drei Monaten für eine Stellungnahme der Gemeinde vor. Warum beantragen Sie eine Prüfung des Bundesrechnungshofes, noch ehe dem Gemeinderat der Prüfbericht zur Kenntnis gebracht worden ist und die Gemeinde eine Möglichkeit zur Stellungnahme hatte?
7. Wie viele Arbeitsstunden haben MitarbeiterInnen der Aufsichtsbehörde zirka für die umfassende Gebarungsprüfung der Gemeinde Fohnsdorf investiert?
8. In einem Diskussionspapier des Österreichischen Gemeindebundes vom 24. September 2009 wird eine Doppelprüfung durch Gemeindeaufsicht und Rechnungshof abgelehnt. Warum fordern Sie dennoch eine solche Doppelprüfung?

(LTAvg. Mag. Drexler: „Deine Frage ist völlig unglaublich!“)

9. Entspricht es aus Ihrer Sicht der Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit, dass die gleichen Sachverhalte sowohl von der Gemeindeaufsicht als auch vom Rechnungshof geprüft werden?
10. Die Gemeinde Schladming hat Herrn Landeshauptmann um eine umfassende Gebarungsprüfung ersucht. Werden Sie das Prüfergebnis der Gemeindeaufsichtsbehörde anerkennen oder sollte – um eine Doppelprüfung zu vermeiden – gleich der Bundesrechnungshof eingeschalten werden?

Nun zu Herrn Bürgermeister Straner:

11. Welche konkreten Vorwürfe haben Sie der Staatsanwaltschaft übermittelt?
12. Bürgermeister Straner hat mehrmals beim zuständigen Referenten Ihres Büros um einen Termin ersucht. Warum haben Sie ihm nicht die Möglichkeit gegeben, in einem Gespräch zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.
13. Laut Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung haben Sie als zuständiges Landesregierungsmitglied aufgrund des Berichtes der Gemeindeaufsicht jederzeit die Möglichkeit, ein Amtsenthebungsverfahren gegen Gemeindevorstandtsmitglieder einzuleiten. Warum haben Sie das nicht getan, sondern wollen den Bundesrechnungshof einschalten?

14. Sie kritisieren, dass Bürgermeister Straner als Gemeindebediensteter und Thermengeschäftsführer tätig ist. Wie viele Bürgermeister welcher ÖVP-Gemeinden sind gleichzeitig als Gemeindebedienstete beschäftigt?
15. Wie viele Bürgermeister welcher ÖVP-Gemeinden haben Funktionen in Gesellschaften, die mehrheitlich im Eigentum der jeweiligen Gemeinde stehen?
16. Werden Sie alle ÖVP-Bürgermeister auffordern – wie Sie das von Bürgermeister Straner verlangen – alle Funktionen in Gesellschaften zurückzulegen und nicht gleichzeitig als Bürgermeister und Gemeindebediensteter tätig zu sein?
17. Soll aus Ihrer Sicht die Gemeindeordnung dahingehend novelliert werden, dass Bürgermeister in Hinkunft während ihrer Amtszeit nicht mehr als Geschäftsführer gemeindeeigener Gesellschaften oder als Gemeindebedienstete tätig sein können?
18. Welche finanzielle Unterstützung hat es seitens Ihrer Ressorts für die Therme Fohnsdorf gegeben?
19. Soll aus Ihrer Sicht die Therme Fohnsdorf Insolvenz anmelden?
20. Was werden Sie als Tourismusreferent tun, um die Therme Fohnsdorf zu erhalten?
21. Welche finanziellen Unterstützungen hat das Land Steiermark insgesamt, jeweils seit deren Bestehen, den folgenden Thermen zur Verfügung gestellt: Therme Bad Mitterndorf, Therme Köflach, Therme Loipersdorf, Therme Bad Waltersdorf, Parktherme Gleichenberg, Therme H2O, Therme Radkersburg und Therme Blumau?
22. Das EGT der Therme Fohnsdorf beträgt im Jahre 2008 rund -1,6 Millionen Euro. Wie hoch ist das EGT für das Jahr 2008 der Gesellschaften, die vom Tourismusressort gefördert werden bzw. bei denen es Beteiligungen oder Haftungen von Land und Gemeinden gibt (insbesondere der angeführten Thermen)?
23. Für wie viel Geld haften die an der Therme Loipersdorf beteiligten Gemeinden?
24. Wurde das durch die Gemeinden behaftete Kapital, wie LTAbg. Majcen gegenüber Landeshauptmann Mag. Voves versichert hat, zur Gänze für Investitionen in die Therme Loipersdorf verwendet?
25. Warum wurde von Landesrat Dr. Buchmann in der Regierungssitzung am 27. Oktober 2009 beantragt, die Fälligkeit für ein Darlehen, das der Therme Loipersdorf gewährt wurde, hinauszuschieben, obwohl aus Ihrer Sicht keine Liquiditätsengpässe bestehen? Hat Herr Landesrat Dr. Buchmann seinen Regierungssitzungsantrag falsch begründet?
26. Wurde eine Bewertung des Vermögens der Therme Loipersdorf durchgeführt und entsprechende Teilwertabschreibungen vorgenommen, wie der Wirtschaftsprüfer in seinem Bestätigungsvermerk zur Bilanz 2008 empfohlen hat?

(LTAbg. Mag. Drexler: “ Das ist eine Märchenstunde!“) Ob es eine Märchenstunde wird, das werden wir bei der Beantwortung sehen. Jetzt stehen einmal die Fragen da.

27. Wie viel Geld hat das Land für den Tierpark Herberstein und für den Tierpark Mautern zur Verfügung gestellt?
28. Wie hoch ist die jährliche Abgangsdeckung für den Tierpark Herberstein?
29. Dem Land wurde ein Übernahmeangebot seitens der Gesellschafter des Elfenberg Mautern vorgelegt. Soll die Gesellschaft Konkurs anmelden oder werden Sie diesem Angebot näher treten?
30. In einem Mail teilt Ihre Bürochefin mit, dass es sich bei der Therme Fohnsdorf und beim Elfenberg Mautern um „Gemeindeangelegenheiten“ handelt. Wie begründen Sie das im Zusammenhang mit Herberstein und Loipersdorf?
31. Wie viel Geld wurde der Mariazeller Europeum insgesamt zur Verfügung gestellt?
(*LTAvg. Mag. Drexler: Schwache Kommunikation!*)
32. Im Zusammenhang mit dem Mariazeller Europeum sind massive Managementfehler zu Tage getreten. Welche Schadenersatzansprüche gegen die Geschäftsführer gibt es aus Ihrer Sicht und wann werden Sie diese geltend machen?
33. Das Land Steiermark hat über die Abteilung 16 75 % an der Mariazeller Europeum-GmbH übernommen. Können Sie sich eine solche Beteiligung auch für andere regionale Leitprojekte vorstellen?
(*LTAvg. Mag. Drexler: „Kommunizieren mit dem Landeshauptmann, dass das nicht passiert. Schlechte Kommunikation in der SPÖ. Ganz schlecht!“*)
34. Sind Sie für die Wiedereinführung einer Landesholding, in der alle touristischen und regionalpolitischen Beteiligungen des Landes professionell gemanagt werden?

Sehr verehrte Damen und Herren! Damit hier nichts stehen bleibt, damit hier nicht der Eindruck entsteht, die SPÖ steht nicht hinter den Leitprojekten: Die SPÖ steht hinter jedem einzelnen Leitprojekt in diesem Lande. Wir stehen dazu, das ist der Unterschied. Ihr sucht euch ganz spezifisch „rote“ Gemeinden heraus, um das Projekt, das dort stattfindet, schlecht zu machen. (*Beifall bei der SPÖ*) Ihr gebt der Therme Fohnsdorf nicht einmal die Chance, dass sie richtig Fuß fassen kann. Ihr zieht die Therme Fohnsdorf sofort in die Öffentlichkeit, nur weil euch dieses Projekt nicht passt und es hat euch nie gepasst. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Was ist da los? Was ist mit der Geschäftsordnung?“*) Ich erinnere ... (*Beifall bei der SPÖ*) (*Präsident: Uverständlicher Zwischenruf*) (*LTAvg. Mag. Drexler: „Da brauchen wir keinen Hinweis dazu. Das war immer so!“*) ... an die Obersteiermarkkonferenz, verehrte Damen und Herren. Auch dort, verehrte Damen und Herren, hat es große Versprechen gegeben. 70 Millionen für die Region hat die Frau Landeshauptmann Klasnic damals versprochen. Was ist für Fohnsdorf gekommen? Was ist für die Region gekommen? Und jetzt stellt sich die ÖVP hierher, das einzige Projekt, das da oben wirklich zu sehen ist und wirklich nachhaltige Wirkung haben wird – man muss ihr nur die Chance geben –, ist die Therme Fohnsdorf, verehrte Kolleginnen und Kollegen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Fragen Sie einmal – gerade die Wirtschafts- und Tourismuspartei ÖVP soll da oben einmal mit den Unternehmern und den Touristikern reden. Schaut euch heute die Zeitungsartikeln in der Obersteiermark an, die dort herausgekommen sind. Tourismus und Wirtschaft stehen voll hinter der Therme und die Bevölkerung auch, verehrte Damen und Herren. Und wir stehen hinter der Bevölkerung. *(Beifall bei der SPÖ) (Präsident: „Meine Damen und Herren! Erstens darf ich dich bitten, lieber Walter, dass du langsam zum Schluss kommst. Zweitens werde ich wiederholte Male zu Recht von den Regierungsgliedern der ÖVP darauf aufmerksam gemacht, im Publikum darauf hinzuweisen, dass Beifallskundgebungen sowie Missfallenskundgebungen nicht der Geschäftsordnung dieses Hauses entsprechen. Ich bitte, darauf Rücksicht zu nehmen. Bitte für den Schluss, Walter.“)*

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Ich möchte hier abschließend noch einmal festhalten: Die SPÖ-Steiermark steht hinter jedem einzelnen Leitprojekt in den Regionen, weil wir wissen, dass diese Leitprojekte wichtig sind, weil wir wissen, dass wir den Menschen dort Zukunft geben müssen und weil wir auch wissen, dass es sich in Zukunft wirtschaftlich rechnen wird. Alle Projekte werden nicht positiv bilanzieren können, das sehen wir beim Tierpark Herberstein, das sehen wir bei anderen Projekten. Es ist notwendig, dass wir diese Projekte unterstützen, damit die Menschen in den Regionen wieder Hoffnung haben.

Ich danke. Noch eines abschließend: Wir stehen auch hinter der Prüfabteilung, hinter den Menschen, die dort sachlich und gewissenhaft arbeiten. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – 09.27 Uhr)*

Präsident (9.27 Uhr): Ich erteile nun Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhofer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (09.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Der Sonderlandtag findet heute auf Wunsch und auf Antrag der Grünen und der KPÖ statt und wir haben selbstverständlich diesen Antrag unterstützt, wegen des Finanzdebakels in der Gemeinde Fohnsdorf. Ich danke ausdrücklich der Fraktion der SPÖ, dass sie mir durch ihre Anfrage die Gelegenheit gibt, zu den touristischen Leitprojekten festzustellen, dass der steirische Tourismus gerade in den letzten Jahren eine einzigartige Erfolgsgeschichte geworden ist *(Beifall bei der ÖVP)* trotz der schweren Wirtschaftskrise. Ich füge selbstverständlich hinzu: Sie wird auch auf den Tourismus Auswirkungen haben. Aber bisher ist jedenfalls festzuhalten, dass sich trotz der schweren Wirtschaftskrise hier im gerade abgelaufenen Tourismusjahr – das Tourismusjahr beginnt ja am 01. November und endet am 31. Oktober – 2008/2009 die Ankünfte also die Gästezahlen um 3,3 % auf 3,11 Millionen und die Übernachtungen um 1,8 % auf 10,67 Millionen steigern konnten; eine Steigerung, wie sie kein anderes Bundesland haben konnte. Darauf bin ich stolz. *(Beifall bei der ÖVP)* Das hat im Übrigen auch mit den Thermen zu tun, die auf hohem Niveau stagnieren, bei denen es da

und dort zu Investitionen kommen muss und kommen wird, die ich gerne unterstütze – die Investitionen. Was ich nicht kann und auch nicht darf, wenn immer es auch geht, ist, eine Konkursgefährdung zu verschleppen. Das ist insbesondere ein Erfolg des Tourismus, dass wir in der Steiermark durch all die Maßnahmen in den letzten Jahren – das ist nicht mein Verdienst, aber als Tourismusreferent bin ich eben auch mit verantwortlich – eine Ganzjahresdestination geworden sind, dass wir das, was andere erfolgreiche Bundesländer gemacht haben und jetzt Einbußen haben, nicht gemacht haben: Nämlich die Ressourcen vergeuden. Wir haben sie sinnvoll genutzt, sind Millimeter um Millimeter nach vorne marschiert, andere beneiden uns.

Zu den Fragen: Ich glaube, ich habe dieselben Fragen wie Herr Klubobmann Kröpfl, meine sind aber nicht nummeriert und ich bitte Sie daher, wenn Sie meinem Bericht folgen wollen, entsprechend aufzupassen. Ich habe nur Einser-Fragen. Zum Fragenkomplex ... (*LTA*bg. Kasic: „Das sind alles wichtige Fragen. Lauter Einser-Fragen!“) und Prüfbericht: - Ja, ist schon in Ordnung. Ich sage nur, damit mir niemand vorwirft, es sind hier, glaube ich, 34 Fragen heruntergelesen worden. Ich habe keine 34 Fragen, ich habe möglicherweise 34 Einser-Fragen.

Zum Prüfbericht, meine Damen und Herren!

Erste Feststellung: Der Prüfbericht zur Gemeinde Fohnsdorf wurde von Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves am 03. Juli 2009 in Auftrag gegeben. Wie er nun vorliegt, liegt er vor. Ich habe keinen Punkt und Beistrich geändert. Ich habe über Antrag des Landeshauptmannes in der Landesregierung am 27. Oktober 2009 die Aufsicht über die SPÖ-Gemeinden übertragen bekommen. Der Prüfbericht der Gemeindeaufsicht zur Gemeinde Fohnsdorf zeigt gravierende Missstände und schwerwiegende Verfehlungen auf, sodass über meine Veranlassung seitens der Aufsichtsbehörde, Fachabteilung 7A, der Gemeinde Fohnsdorf die dringend notwendigen Maßnahmen aufgetragen wurden. Außerdem musste der Bericht der Staatsanwaltschaft Leoben von Amts wegen übermittelt werden. Als eine weitere notwendige Konsequenz zum Prüfbericht habe ich die Einleitung einer Prüfung durch den Rechnungshof des Bundes, einer unabhängigen Kontrollinstanz, die auch den Landtagen zur Verfügung steht, gefordert. Diese Prüfung wurde von der SPÖ in der Sitzung der Landesregierung vom 30. November 2009 ohne jede Begründung abgelehnt. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Unglaublich!“) Das ist das gute Recht der Mehrheit. Bisher ist es im Gemeindebereich nicht so gewesen. Es ist einzigartig, dass der Regierungspartner über Abänderungsvorschläge nicht informiert war. Ich habe das in der Sitzung erfahren, ohne jedes Gespräch – noch einmal: Es ist möglich, war bisher zwischen den Gemeindereferenten aber nicht üblich.

Zur Frage 1: Die Vorlage des von der Fachabteilung 7A abgeschlossenen Prüfberichtes an die Landesregierung war erforderlich, weil ich den für die Gemeinde zuständigen Landeshauptmann Mag. Franz Voves – und, Herr Klubobmann, die gesamte Landesregierung, alle neun, haben den Prüfbericht – über die gravierenden Missstände in der Gemeinde Fohnsdorf zu informieren und die notwendigen Beschlüsse der Landesregierung als Aufsichtsbehörde einzuholen hatte. Ebenso ist für ein begründetes

Ersuchen an den Rechnungshof zur Einleitung einer Prüfung im Sinne der Bestimmungen der Bundesverfassung ein Beschluss der Landesregierung erforderlich. Dieses Ersuchen bildete einen wesentlichen Bestandteil des Sitzungsantrages.

Die nächste Frage: Ich habe mein Büro sofort nach dem Wechsel der Gemeindeaufsicht am 27. Oktober 2009 beauftragt, den Status-Quo in Fragen der Aufsicht über die SPÖ-Gemeinden bei der zuständigen Fachabteilung 7A zu erheben und sich über relevante Fragen, die Aufsicht betreffend, zu informieren. Nachdem von der Leiterin der Fachabteilung 7A die Prüfung von Fohnsdorf als besonders heikel eingestuft wurde, haben meine Mitarbeiter bereits am 30. Oktober von der Leiterin der Fachabteilung 7A und einem Prüfer der Abteilung einen mündlichen Zwischenbericht und eine Präsentationsunterlage erhalten. In der Folge war es Aufgabe der Abteilung, einen schriftlichen Prüfbericht zu erarbeiten. Nach Besprechung des Rohberichtes lag der fertige Bericht am 25. November 2009 vor.

Zu nächsten Frage: Ich habe den Bericht der Landesregierung so vorlegen lassen, wie ihn die Mitarbeiter der Gemeindeabteilung erarbeitet haben. Gerade damit wollte ich den Vorwurf einer politischen Einmischung in das Prüfgeschehen verhindern. Weiters erforderte die dramatische finanzielle Lage der Gemeinde und der Therme laut Fachabteilung 7A einen raschen Abschluss des Prüfberichtes und die Umsetzung der darin enthaltenen Empfehlungen durch die Gemeinde.

Nächste Frage: Wie in meinem Regierungssitzungsantrag zum Punkt Rechnungshofprüfung ausgeführt wird, den die SPÖ-Regierungsmitglieder am 30. November ohne Begründung abgelehnt haben, halte ich es nach wie vor zur umfassend transparenten und vollständigen Aufklärung des Finanzdebakels in der Gemeinde Fohnsdorf für notwendig, den Rechnungshof als unabhängige Instanz um Prüfung der Gebarung der Gemeinde Fohnsdorf und insbesondere deren Unternehmensbeteiligungen zu ersuchen. Die Gemeindeaufsicht selbst kann nicht alle Fragen hinreichend aufklären, sodass eine nachprüfende Kontrolle zweckmäßig ist. Trotz Prüfung durch die Abteilung sind zum Teil wegen anderer Prüfungsschwerpunkte und zum Teil aus Zeitgründen relevante Fragen offen geblieben oder wurden nur am Rande behandelt. So wurde die Gebarung der gemeindeeigenen Unternehmen nur in Bezug auf ihre Beziehung zur Gemeinde geprüft, aber nicht einer selbstständigen Gebarungsprüfung unterzogen. Es sind aber gerade diese ausgegliederten Unternehmen – die Kanal-Wasser-Müll GmbH und die Therme Fohnsdorf Errichtungs- und Betriebs-GmbH –, die beim Finanzdebakel der Gemeinde eine wichtige Rolle spielen. Die Gemeindeaufsicht darf die Gebarung dieser Unternehmen aufgrund der fehlenden gesetzlichen Ermächtigung nicht prüfen, es sei denn, die Gemeinde stimmt der Prüfung ausdrücklich zu. Diese Zustimmung kann aber jederzeit widerrufen werden. Anders der Bundesrechnungshof: Dieser kann aufgrund bundesverfassungsrechtlicher Ermächtigung bei einem Prüfauftrag von sich aus die Gebarung dieser gemeindeeigenen Unternehmen prüfen. Es ist mir wichtig, in Fohnsdorf zu einem umfassenden Prüfungsergebnis zu kommen, weshalb der Rechnungshof die Gebarung der genannten

Unternehmungen prüfen sollte. Das ist für mich einer der ganz entscheidenden Punkte. Darüber haben wir auch gestern mit der SPÖ geredet, weil es den Versuch gegeben hat, doch noch zu einer gemeinsamen Vorgangsweise zu kommen. Das wäre mir wichtig, das wäre mir nach wie vor wichtig – aber wenn es nicht möglich ist, hoffe ich auf andere Mehrheiten. Ich kann nicht etwas „abpackeln“ und austauschen, die Dinge müssen auf den Tisch. Ich will mir und der Abteilung nicht vorwerfen lassen, nicht alles unternommen zu haben, was zur vollständigen Aufklärung beiträgt. Wann, wenn nicht jetzt, sollte man den Rechnungshof einschalten? Die Missstände im Fall Fohnsdorf sind so schwerwiegend, dass es in der Tat ein Gebot der politischen Hygiene ist, den Bundesrechnungshof um Prüfung zu ersuchen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Die nächste Frage ist insbesondere deshalb interessant, weil der Herr Klubobmann gemeint hat, er hat keine Kenntnis über den Rechnungshofbericht. In der nächsten Frage stellen Sie fest, dass aus objektiver Sicht alle aufgeworfenen Fragen bereits behandelt sind.

(LTabg. Kröpfl: „Schlecht zugehört. Wir sind nicht zugeteilt worden, die Regierer teilen zu.“) Wie kommen Sie zu dieser Fragestellung, Herr Klubobmann? Wie können Sie beurteilen, ob alle aufgeworfenen Fragen aus objektiver Sicht bereits behandelt werden, wenn Sie den Bericht nicht kennen?

(LTabg. Kröpfl: „Ist zu wenig ausführlich!“)

Ich kann Ihnen jedenfalls jetzt berichten: Es sind viele Missstände, auch außerhalb des Thermenbereiches, die im Prüfbericht aufgelistet werden. Ich erwähne beispielhaft: Die Kassabestands- und Haushaltsschönungen im Ausmaß von 3,63 Millionen – sie verstehen mich recht, ich zitiere ausschließlich aus dem Bericht, gell.

Das sind keine Feststellungen, die ich mache. Ich berichte aus dem Bericht, aus der Fachabteilung 7A. Ich erwähne beispielhaft den Verzicht auf die Lustbarkeitsabgabe bei einem Kino im Ausmaß von 600.000,-- Euro.

Ich erwähne beispielhaft die freihändige Vergabe von Mietverträgen im Ärztezentrum bei Abgängen von 667.000,-- Euro, *(LTabg. Kröpfl: „Das ist Rechtsstaat ...“)* die unverhältnismäßig hohe Entschädigungszahlung für Abbruchhäuser von 2,375.000,-- Euro oder die *(LTabg. Kröpfl: „... Wo es noch keine Stellungnahme gibt, zitieren wir in der Öffentlichkeit!“)* Verflechtung von Funktionen in der Gemeinde und ihren Gesellschaften mit all den damit verbundenen Folgen.

Artikel 127a Abs. 7 des Bundesverfassungsgesetzes sieht vor, dass die Landesregierung ein begründetes Ersuchen an den Rechnungshof für die Prüfung der Gebarung von Gemeinden unter 20.000 Einwohner richten kann. Ich habe im Sitzungsantrag der Landesregierung dieses Ersuchen begründet und die relevanten Fragen präzisiert, die ich gerne gegenüber dem Landtag wiederhole: Beurteilung der finanziellen Lage der Gemeinde Fohnsdorf; Prüfung der Gebarung der Unternehmensbeteiligungen der Gemeinde; Prüfung von Unvereinbarkeiten von Funktionen in der Gemeinde und Funktionen in den Unternehmensbeteiligungen und das damit zusammenhängende

fehlende Beteiligungsmanagement und Controlling der Gemeinde Fohnsdorf; Prüfung des Gestellungsvertrages der ÖBB mit der Gemeinde Fohnsdorf bzw. mit ausgegliederten Rechtsträgern der Gemeinde für die Arbeitskräfteüberlassung des Bürgermeisters; Prüfung der Förder- und Subventionspraxis des Bürgermeisters bzw. des Gemeindevorstandes – insbesondere im Zusammenhang mit der Einhebung von Abgaben, mit der Vermietung von Räumlichkeiten des Ärztezentrums, mit der Förderung des Arbeiterheimes und des Jugendzentrums sowie der Förderung der Therme Fohnsdorf ab dem Jahr 2000; Prüfung der Angelegenheit Abbruchhäuser – die Gemeinde Fohnsdorf hat einer Wohnbaugesellschaft im Jahr 2002 als Entschädigung für den durch den Abbruch erlittenen Nachteil eine Summe von 2,375.760,- Euro zugestanden, obwohl die Höhe der Entschädigung auch der Aufsichtsbehörde nicht nachvollziehbar ist; Prüfung der Grundstückstransaktionen im Zusammenhang mit der Thermenerrichtung; Prüfung der Rechtmäßigkeit der fehlenden Ausschreibung des Thermenbaues; Prüfung der Errichtung der Therme durch die Gemeinde trotz massiver Bedenken hinsichtlich der Finanzierung von dritten Stellen und vorliegender Aufsichtsbeschwerden; Prüfung einer Insolvenzgefährdung der Therme Fohnsdorf und die Folgen für die KWM-GmbH für die Gemeinde Fohnsdorf. Ich jedenfalls erwarte mir nach wie vor eine umfassende Aufklärung dieser Punkte durch den Rechnungshof.

Zur nächsten Frage: Hier liegt ein Irrtum vor. Dem Bürgermeister ist das Ergebnis der Überprüfung zu übermitteln, der diesen Prüfbericht dem Gemeinderat vorzulegen hat. Ein Stellungnahmerecht ist im Gesetz nicht vorgesehen. Der von der Abteilung abgeschlossene Prüfbericht wurde dem Bürgermeister der Gemeinde Fohnsdorf sofort nach Fertigstellung am 25. November 2009 zugestellt. Innerhalb von drei Monaten hat der Bürgermeister gem. § 87 Gemeindeordnung über die aufgrund des Überprüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen zu berichten. Im vorliegenden Fall wurden 28 Empfehlungen abgegeben, die von der Gemeinde abzarbeiten sind. Ich habe weiters zur raschen Behandlung des Prüfberichtes von der in der Gemeindeordnung vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, vom Bürgermeister binnen drei Wochen ab Zustellung die Einberufung einer Sitzung des Gemeinderates zu verlangen und den Prüfbericht dort diskutieren zu lassen. Eine Änderung oder Überarbeitung des Prüfberichtes ist nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung nicht vorgesehen. Da ein abgeschlossener Prüfbericht vorlag, habe ich davon unabhängig aufgrund der oben genannten Erwägungen eine Prüfung durch den Rechnungshof für notwendig erachtet. *(LTAbg. Kröpfl: Da werden sich die Bürgermeister bedanken!“)*

Die Frage nach den Arbeitsstunden für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Aufsichtsbehörde und der Gemeinde: Dafür sind von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fachabteilung 7A rund 1.530 Arbeitsstunden und der Bezirkshauptmannschaft Judenburg, Gemeindeprüfungsreferat, rund 85 Arbeitsstunden – in Summe somit 1.600 Arbeitsstunden – investiert worden. Ich möchte mich ausdrücklich bei diesen Mitarbeitern für ihr Engagement bedanken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zu den nächsten beiden Fragen verweise ich auf die im Artikel 127a Abs. 7 Bundes-Verfassungsgesetz eingeräumte Möglichkeit eines begründeten Ersuchens für eine Gebarungsprüfung an den Rechnungshof, was als Legitimation meines Handelns als ausreichend anzusehen ist.

Zur nächsten Frage: Der Bürgermeister von Schladming ist ein äußerst engagierter und korrekter Bürgermeister, der in seiner Gemeinde mit der Schi-WM 2013 eine der werbewirksamsten Veranstaltungen in der Steiermark auszutragen hat. Bereits im Frühjahr 2009 wurde eine Finanzanalyse durchgeführt, um die finanzielle Leistungskraft der Gemeinde im Hinblick auf die umfangreichen und kostenintensiven Investitionen abzuschätzen. Im deutlichen Gegensatz zur Gemeinde Fohnsdorf will der Bürgermeister von Schladming gerade vermeiden, dass seine Gemeinde im Zuge der infrastrukturellen Vorbereitungen für dieses Großereignis finanziell überfordert wird. Er hat in einem Schreiben an die Leiterin der Fachabteilung 7A, das er abgeleitet auch mir, seinem Gemeindereferenten, übermittelt hat, um eine umfassende Gebarungsprüfung ersucht, damit er gemeinsam mit dem Land bereits jetzt einen Finanzplan erstellen kann, um die bis 2013 anstehenden kommunalen Aufgaben sowie die mit dem sportlichen Großereignis im Zusammenhang stehenden Investitionen bewerkstelligen zu können. Der Bürgermeister hat vorbildlich gehandelt. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zum Fragenkomplex Bürgermeister Johann Straner: Diese Fragen beginnen Sie mit der Frage, welche konkreten Vorwürfe ich an die Staatsanwaltschaft übermittelt habe. Von mir wurden keine konkreten Vorwürfe an die Staatsanwaltschaft übermittelt. Die Leiterin der Fachabteilung 7A hat von Amts wegen den Prüfbericht am 25.11.2009 an die zuständige Staatsanwaltschaft übermittelt. Im Begleitschreiben heißt es, ich zitiere aus dem Begleitschreiben: „Gemäß § 84 Abs. 1 StPO 1975 ist eine Behörde zur Anzeige an eine Staatsanwaltschaft verpflichtet, wenn ihr der Verdacht einer von Amts wegen zu verfolgenden strafbaren Handlung bekannt wird. Im Zuge der Gebarungsprüfung in der Gemeinde Fohnsdorf gem. § 87 Steirische Gemeindeordnung 1967 wurden mehrere gravierende Mängel insbesondere in der Haushaltsführung der Gemeinde festgestellt und im Prüfbericht angeführt. Aus diesen Gründen wird beiliegender Prüfbericht zur weiteren Verwendung übermittelt.“ Ende des Zitates.

Zur nächsten Frage: Bürgermeister Straner hat Anfang November in meinem Büro angerufen und um einen Termin beim zuständigen Referenten ersucht. Dieser hat ihm mitgeteilt, dass erst nach Vorliegen des Prüfergebnisses über die weitere Vorgangsweise entschieden wird. Nach Vorliegen des Prüfberichtes wurde aufgrund der festgestellten gravierenden Mängel und des Verdachtes von strafbaren Handlungen ein Gespräch als nicht zielführend angesehen und die gesetzlich vorgesehene Vorgangsweise gewählt, dass der Bürgermeister binnen drei Monaten über die getroffenen Maßnahmen zu berichten hat. *(LTabg. Böhmer: „Es lebe die Arroganz!“)*

Zu nächsten Frage: In der nächsten Frage fragen Sie mich, dass ich als zuständiges Landesregierungsmitglied jederzeit die Möglichkeit habe, ein Amtsenthebungsverfahren einzuleiten,

warum ich das nicht getan habe sondern den Bundesrechnungshof einschalte? Also was wollen Sie jetzt wirklich von mir? Sie verlangen mit der Frage des SPÖ-Landtagsklubs ernsthaft, dass ich ein Amtsenthebungsverfahren gegen den SPÖ-Bürgermeister Straner einleite. Gleichzeitig teilen Sie mir mit, dass eine Rechnungshofprüfung keinesfalls erforderlich ist. Wie passt das zusammen? (*LTA* Mag. Drexler: „Ja, gar nicht!“) Diesen Widerspruch hätte ich gerne, dass Sie mich heute noch aufklären. Ich will verantwortlich handeln und nicht skandalisieren. (*Beifall bei der ÖVP*) Ich will aufklären, ich will prüfen aber nicht skandalisieren. Ein Amtsenthebungsverfahren wäre für mich das letzte Mittel, zu dem ich erst greifen würde, wenn mich der Bundesrechnungshof zwingt. Ich bitte Sie – dringlich – hören Sie auf so zu tun, als wäre der Bundesrechnungshof ein Verurteilungsgremium. Sie fürchten den Bundesrechnungshof wie „der Teufel das Weihwasser“ – ich weiß nicht, warum. Ich habe bereits im Regierungssitzungsantrag ausgeführt, dass die Landesregierung als Aufsichtsbehörde zu einem späteren Zeitpunkt zu entscheiden haben wird, ob weitere Maßnahmen im Sinne der §§ 102, das wäre die Amtsenthebung oder 103, das wäre die Auflösung des Gemeinderates und Entsendung eines Regierungskommissärs, zu treffen sind. Ich hoffe nicht und ich will es jedenfalls nicht – ich wollte den Rechnungshofbericht bzw. den Maßnahmenbericht der Gemeinden abwarten.

Zu den vier Fragen betreffend Bürgermeisterfunktionen: Das Problem ist nicht, dass ein Bürgermeister auch gleichzeitig Gemeindebediensteter wäre. Es liegt keine Äußerung von mir vor, die das kritisiert. Das sind tatsächlich viele, gerade in den kleinen Gemeinden. Ich habe dagegen keinen Einwand, denn oft wird ein tüchtiger Amtssekretär von den Bürgerinnen und Bürgern zum Bürgermeister, manchmal sogar zum Landtagsabgeordneten gewählt und kennt sich in der Gemeindematerie sehr gut aus. Laut Fachabteilung 7A üben in 47 Gemeinden Gemeindebedienstete die Funktion des Bürgermeisters aus: 11,5 % der SPÖ-Bürgermeister, das sind 18; 8 % der ÖVP-Bürgermeister, das sind 29. In dieser Auswertung ist nach den Ausführungen der Fachabteilung 7A Bürgermeister Josef Straner nicht enthalten, da dieser in keinem Dienstverhältnis zur Gemeinde Fohnsdorf steht, wird mir berichtet. Genau dieser Punkt ist ja das Problem. Er ist ein ÖBB-Bediensteter und bezieht sein Gehalt von der ÖBB weiter, weil die Gemeinde bzw. die Thermengesellschaft – Behauptungen von heute in der Früh, wonach von dort kein Geld kommt oder Bezug vorliegt, stimmen nicht – es der ÖBB refundiert. (*LTA* Mag. Drexler: „Ist ja ein Witz!“) Weil die Gemeinde bzw. die Thermengesellschaft der ÖBB mittels Arbeitskräfteüberlassungsvertrag das Entgelt ersetzt. Er wird im Vertrag als Gemeindebediensteter überlassen, scheint aber als Gemeindebediensteter in der Gemeinde nirgendwo auf. Seinen Vertrag mit der ÖBB hat Bürgermeister Straner selbst verhandelt und unterzeichnet, der Gemeinderat wurde damit nicht ordnungsgemäß befasst. (*LTA* Mag. Riebenbauer: „Hallo! So schaut es aus!“) Ich will diesen Sachverhalt nicht weiter kommentieren, aber das sollte man sich im Detail ansehen können.

Der zweite Problembereich ist die Kumulierung von Funktionen: Das gibt es in etlichen Gemeinden, das wissen wir auch. Aber hier sind die Verflechtungen ganz besonders stark. Und ich glaube, dass die

Kumulierung dieser Funktionen eine Mitursache der Misere in Fohnsdorf ist. So ist der Bürgermeister gleichzeitig Geschäftsführer der Therme Fohnsdorf GmbH, der Obmann des Wirtschaftsausschusses der Gemeinde ist gleichzeitig Geschäftsführer der Kanal-Wasser-Müll-GmbH, die die Muttergesellschaft der Thermengesellschaft ist. Eine Gemeindebedienstete im Bereich Rechnungswesen ist gleichzeitig Prokuristin in beiden Gesellschaften und der Leiter des Rechnungswesens der Gemeinde ist auch selbstständig zeichnungsberechtigt für Konten dieser Gesellschaft. Das sind ordentliche Verflechtungen. Können Sie mir sagen, wo hier noch eine Form der Kontrolle stattfindet? Es fehlt jegliches Beteiligungsmanagement, weshalb die Prüfer der Fachabteilung 7A die sofortige Beendigung dieser Kumulierung und die Installierung eines Controllings verlangen. Die Geldtransaktionen zwischen der Gemeinde und den Gesellschaften, insbesondere in der Therme Fohnsdorf GmbH wären meiner Meinung nach dringend vom Rechnungshof zu überprüfen, auch hier lagen in mehreren Fällen keine Beschlüsse des Gemeinderates als zuständiges Organ vor.

Zu den ersten drei Fragen des Themenblockes Therme Fohnsdorf nehme ich wie folgt Stellung: Mit Grundsatzbeschluss vom 11. Juli 2005 hat die Steiermärkische Landesregierung unter klaren Auflagen – Betreiberkonzept, privater Betreiber und Investor, 4 Stern-Hotel etc. – für das Projekt Therme Fohnsdorf Mittel in der Höhe von maximal 2,5 Millionen Euro in Aussicht gestellt. Nach eingehender Prüfung der vorgelegten Unterlagen und mehreren Verhandlungen mit den Projektverantwortlichen wurden von Seiten der Tourismusabteilung und der Austria Wirtschaftsservice GmbH in der Folge massive Bedenken gegenüber dem Projekt geäußert. Die Kritik der AWS damals: Unplausible Planrechnung auf Basis unrealistischer Annahmen, kein privater Investor, kein professioneller privater Betreiber, keine zusätzlichen Beherbergungskapazitäten. Wir haben in den letzten Wochen darum gerungen um die Herren Knittler oder Kittel, die mit Delegationen bei mir waren. Denen habe ich sehr viele Förderungen seitens des Tourismus in Aussicht gestellt, wenn die OHT mittut und die Banken mittun. Die haben dann nicht „mitgetan“, sodass es zu diesem Projekt nicht gekommen ist. Wir hätten mit schwerstem Bauchweh „mitgetan“. Daher habe ich am 12. Mai 2006 Herrn Landeshauptmann Mag. Voves diese Vorbehalte schriftlich mitgeteilt und ihn ersucht, eine rasche Stellungnahme der Aufsichtsbehörde zu den langfristigen Auswirkungen des Thermenprojektes auf den Haushalt der Gemeinde Fohnsdorf vorzulegen, was nie geschehen ist. Die Bedenken der Tourismusabteilung und der AWS konnten auch von den Projektwerbern nicht ausgeräumt werden. Aber, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob Sie bereit sind, die Parallele jetzt zur Kenntnis zu nehmen: Das ist bei mir jetzt so wie in Aussee. Wir haben vor der Wahl beschlossen, 2005, dass der Tourismus 2,5 Millionen zur Verfügung stellt und ich habe mich daher auch nach der Wahl im Jahr 2006 daran gehalten. Denn was man verspricht, das soll man halten. Ich habe aber vor dem konkreten Projekt den Landeshauptmann dringlichst gewarnt und gesagt, ich stelle ihm für die Gemeinde Fohnsdorf, für ein Projekt, das er zu verantworten hat, 2,5 Millionen zur Verfügung und habe diese zweieinhalb

Millionen dem Gemeindereferenten der Gemeinde Fohnsdorf für ein Projekt in Fohnsdorf zur Verfügung gestellt und ich bitte Sie daher, alle weiteren Fragen mit ihm zu besprechen. Ergänzend dazu möchte ich festhalten, dass neben ... – ich bitte Sie, das einfach so zur Kenntnis zu nehmen, weil ich heute mit den Transparenten usw. begrüßt wurde – ich will nicht, kein Mensch wird wollen, dass irgendein Unternehmen pleite geht. Nur, ich darf schon sagen, dass ich mir ordentliche „Watschn“ von Ihnen auch heute wieder – Sie können auch gar nicht anders in dieser Situation – aber auch von vielen von mir eingeholt habe, nicht nur in Fohnsdorf, wo Sie auf die dringenden Ratschläge nicht gehört haben. Ich möchte schon feststellen, dass ich meine Ohrfeigen auch bezogen habe und weiter beziehen werde, weil ich eine Verantwortung gegenüber dem Land habe, dass neben dem Projekt Fohnsdorf acht weitere Thermen hätten errichtet werden sollen, die ich verhindert habe, weil ich damit die anderen nicht umbringen will – damit das klar ist, weil ich die Konkurrenz nicht „im eigenen Haus“ brauche. In Ehrenhausen – was habe ich mit den „eigenen“ Bürgermeistern dort mitgemacht, in Allerheiligen, in Ottendorf, in Ilz, in Obdach, in Aflenz, in Gröbming, in Speltenbach – überall wollte man Thermen, weil es genug Bürgermeister gibt, die mit Blick auf den Nachbarn sehen, der hat mehr Gäste, der hat mehr Geld – eine Zeit lang – „Ich will auch eine Therme“. Und zum Schluss kommen sie dann und wollen die Thermen, die nie und nimmer „gehen“ werden, verstaatlichen. Ja, mit mir nicht! Das geht ja nicht! (*Beifall bei der ÖVP*) Ich kann mich gut erinnern, in Ehrenhausen, dort ist ja eine überwiegende Zahl von ÖVP-Bürgermeistern, die haben mich zum Rücktritt aufgefordert. Glauben Sie, dass das angenehm ist? Ich habe ihnen gesagt: Nein, ihr bringt Radkersburg um. (*LTAbg. Hammerl: „Herr Landeshauptmann, das ist Verantwortung!“*) Das ist der Punkt. Ein Landesregierungsmitglied muss auch „Nein“ sagen können, im Interesse des Landes. (*Beifall bei der ÖVP*) Glauben Sie, dass das lustig ist, einem Bürgermeister zu sagen, „Nein, das geht nicht“? (*LTAbg. Kainz: „Das ist Leadership!“*) Aber wofür habe ich eine Tourismusabteilung und wofür habe ich eine Gemeindeabteilung. Ich bekenne mich auch dazu, dass es manche Projekte gibt, wo wir nachher sehen, wir hätten es nicht machen sollen. Die gibt es. Eines davon werden wir gleich besprechen, weil Sie mich fragen, was wir bezahlt haben. Aber wir haben es gemacht und ich bin immer dafür zu haben, daraus dann das Beste zu machen. Jedoch, wenn etwas passiert – und dieser Fall ist ja der Punkt, da gibt es ja sehr viele gravierende Geschichten – da sollten wir uns einig sein, wir haben ja Zeit bis zum Ende der Sitzung, was wir prüfen und dass wir prüfen. Nur, wenn ein Bericht vorliegt, so wie dieser vorliegt, da können sie mich 100-mal zitieren – ich skandalisiere ja nicht, ich überprüfe. (*LTAbg. Kainz: „Wenn man das an die Öffentlichkeit bringt, ist das kein Skandalisieren?“*) Das ist so gravierend, was da vorliegt, da muss etwas getan werden, sonst verleugne ich mich selber. (*Beifall bei der ÖVP*) Und dann fragen Sie mich, weil man das natürlich ausspielen will: Was haben Sie dort gegeben, was haben Sie da gegeben?

Zur nächsten Frage: Die Förderung von regionalen Infrastrukturleitprojekten, wie z.B. Thermen durch das Land Steiermark, wurde in vergangenen Jahrzehnten in Wahrheit nie ausschließlich von einem

Ressort vorgenommen. Das weiß jeder, der in der Praxis tätig ist. Wenn jemand wo etwas baut – sagen wir, es ist ein touristisches Projekt –, gibt der Gemeindereferent etwas für die Zufahrt dazu, gibt der Gemeindereferent dann noch einmal was dazu, weil es sich nicht ausgeht. Da geht es uns beiden ja gleich. Da brauchen wir uns nichts vormachen und ich weiß sehr genau, dass es immer mehr Abgangsgemeinden gibt. Aber da gibt es eben die, die unverschuldet dort hingekommen sind und da gibt es die, von denen ich sagen muss: Wenn ich haben will, dass ich sie per Bus, per Bahn oder per Pedes erreichen will – diese Gemeinde, dann muss ich den Abgang zur Kenntnis nehmen, sonst muss ich vor Taleintritt sperren. Dann gibt es auch die, der Fall liegt gerade vor, die offensichtlich unter dem Motto agieren: Wenn es das Geld der anderen ist, ist mir nichts zu teuer. Das geht zu Lasten der Kinder und Kindeskindern, da tue ich nicht mit. *(Beifall bei der ÖVP)* Also – nie ausschließlich von einem einzigen Ressort vorgenommen. Außerdem unterstand die Landesholding vor dem Jahr 2000 dem SPÖ-Finanzreferenten. Eine exakte Quantifizierung der finanziellen Unterstützung des Landes seit dem Bestehen der genannten Thermen ist sehr schwer möglich. Laut Auskunft der Tourismusabteilung wurden seit dem Jahr 2002 für die Thermenprojekte insgesamt 26 Millionen bei einem damit ausgelösten Investitionsvolumen von 158 Millionen über das Tourismusressort zur Verfügung gestellt. Eine Therme, die H2O-Therme, ist zur Gänze aus privaten Mitteln errichtet worden. *(Beifall bei der ÖVP)* Wenn Sie das jetzt umrechnen, meine Damen und Herren, weil ich heute in der Früh den Bürgermeister im Radio gehört habe, er hätte gerne wie andere 60 %. Also: Wir haben 26 Millionen zur Verfügung gestellt, weil er bekommt nur 20 %. Diese 26 Millionen sind im Schnitt exakt 16,5 % und ... *(LTabg. Kainz: „Und er hat 20!“)* ... er hat 20.

Zur nächsten Frage: Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist aus den jeweiligen Jahresabschlüssen ersichtlich und diese sind im Firmenbuch einsehbar. Im Übrigen ist die ausschließliche Betrachtung des EGT nicht ausreichend, um eine Aussage über den Unternehmenserfolg treffen zu können.

Die nächsten vier Fragen beantworte ich wie folgt: Die beteiligten neun Gemeinden haben mit Ausnahme ihrer Gesellschaftereinlagen keine Haftungen für die Therme Loipersdorf übernommen. Die Stundung betrifft kein Darlehen, wie in der Frage behauptet, sondern die noch offene Kaufpreisforderung für Grundstücke, die vor dem Verkauf der Therme im Eigentum des Landes standen. Die Therme Loipersdorf hat ein Zukunftskonzept mit einem Investitionsvolumen in einem Gesamtausmaß von rund 8 Millionen vorgelegt. Ich beabsichtige, von Seiten des Tourismusressorts diese neuen Investitionen zu unterstützen, damit die Therme Loipersdorf als eine der größten Thermen Österreichs ihre Spitzenstellung im Thementourismus behaupten kann. *(Beifall bei der ÖVP)* Laut Auskunft der Therme Loipersdorf wurden keine Teilwerteabschreibungen vorgenommen. Die Fragen der Antragsteller gehen daher ins Leere und sind für mich einfach nicht nachvollziehbar.

Zu den nächsten beiden Fragen: Insgesamt wurden laut Auskunft der Tourismusabteilung seit dem Jahr 2002 vom Land finanzielle Mittel für den Tierpark Herberstein von rund 7 Millionen Euro

inklusive des Gesellschafterzuschusses von 800.000 Euro ab dem Jahr 2007 bereitgestellt, das ist ja der Landestiergarten – der einzige Landestiergarten; ich brauche nicht in jedem Bezirk einen Landestiergarten, um es gleich vorwegzunehmen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist eh ein großer Tiergarten!“*) Wenn ich diese 800.000 Euro, die ja budgetär festgeschrieben sind, pro Jahr abziehe, hat der Wildpark Mautern von 5,6 Millionen Euro seit 2002 sehr viel bekommen – in Wahrheit mehr bekommen. Seit der Übernahme des Tierparks Herberstein durch das Land konnten die jährlichen Besucherzahlen von 130.000 im Jahr 2006 auf 176.380 im Jahr 2008 gesteigert werden. Auch heuer rechnet man mit ähnlich hohen Besucherzahlen. Den Wildpark Mautern besuchten im letzten Geschäftsjahr 79.409 Gäste.

Zu den nächsten beiden Fragen: Der Wildpark Mautern ist laut Firmenbuch zu 51 % von Heinrich XII. Prinz Reuss und zu 49 % im Besitz der Mauterner-Freizeit-BetriebsGmbH, einer 100%-Tochter der Gemeinde Mautern. Der Bürgermeister von Mautern ist zugleich Geschäftsführer des Wildparks. Ich bitte Sie daher, diese Fragen mit Ihrem Gemeindereferenten zu besprechen, sage aber auch, dass mir dieser Wildpark immer ein Anliegen war, dass wir in den letzten Jahren in diesem Bereich „Regionales Projekt“ immer wieder uns angestrengt haben – der Gemeindereferent und ich im Einvernehmen, im Einvernehmen geht bei mir sehr viel –, dass wir nach wie vor auch einiges reserviert hätten, wenn es die Lage zulässt und keine Insolvenzgefahr vorliegt. In dem Antrag, den wir das letzte Mal gestellt haben und der wesentlich von der Tourismusabteilung formuliert wurde, haben wir gesagt: Es ist schmerzlich, aber trennt euch vom Wintergeschäft, damit es führbar ist; es ist schmerzlich, aber Bürgermeister trenn dich von der Geschäftsführerfunktion. Ich weiß nicht, was der Gemeindereferent zu berichten hat, es ist seine Angelegenheit. Ich nehme an, es ist nichts geschehen. Und dann kommen und sagen: „Geld.“ Das geht schwer. Zum anderen noch, es gibt in den nächsten Tag diesbezüglich ja ein Gespräch, wie Sie wissen.

Zum E-Mail in Ihrer Anfrage: Es verwundert mich, dass ein E-Mail meiner Büroleiterin an einen Mitarbeiter des Büros des Landeshauptmannes offensichtlich als Irrläufer im Landtag aufzufinden war.

Die Fragen 14, 15 und 16 beantworte ich wie folgt: Aus dem Tourismusressort ist für das Europeum kein Cent geflossen. Das ist auch so ein Argument: Wir wollen so behandelt werden wie das Europeum. Ich habe vom Tourismus kein Geld dort hin gegeben. Das Mariazeller Europeum ist ein wichtiges Infrastrukturprojekt von vier Gemeinden, drei davon sind SPÖ-Gemeinden, eine ÖVP, die auch bis zum Einstieg des Landes in die Gesellschaft die Mehrheit von 51 % der Anteile inne hatten. Seit dem Jahr 2006 wurden über das Gemeinderessort beider Referenten 8 Millionen Euro Landesmittel bei Gesamtkosten von 13,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Im Rahmen der Übernahme von 75 % der Gesellschaftsanteile durch das Land am 27. Oktober 2009 wurden weitere 1,5 Millionen in die Gesellschaft einbezahlt, um die Liquidität für 2009 und 2010 sicherzustellen, weil das ein großes regionales, gemeindeübergreifendes Projekt ist; kein Projekt, das überregional für den

Tourismus allerdings Bedeutung hätte. Der Aufsichtsrat des Europeums wird sich gemeinsam mit der Geschäftsführung, die neu ausgeschrieben wurde, auch der Aufarbeitung jener Fehler der Geschäftsführer und bisherigen Gesellschafter widmen, die eventuell schadensrechtliche Ansprüche beinhalten. Aus meiner Sicht liegt aber der Schwerpunkt des Neustarts des Europeums in der Erarbeitung eines Zukunftskonzeptes, das auf einer fundierten Grundlage basiert. Was die Beteiligung des Landes betrifft, so soll das selbstverständlich eine Ausnahme bleiben.

Zur letzten Frage: Nein, dafür besteht kein Bedarf.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP - 10.11 Uhr)*

Präsidentin Beutl *(10.11 Uhr)*: Ich bedanke mich für die Beantwortung der Dringlichen Anfrage.

Wir kommen nun zur zweiten Dringlichen Anfrage und ich erteile nun dem Abgeordneten Lambert Schönleitner das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage der Grünen und KPÖ und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte. *(10.11 Uhr)*

LTAbg. Schönleitner *(10.11 Uhr)*: Danke, Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, die heute vermehrt aus der Obersteiermark gekommen sind, ich darf Sie alle herzlich begrüßen!

Ich darf vielleicht doch als Allererstes auf Herrn Klubobmann Kröpfl eingehen, der ja auf eindrucksvolle Art und Weise gezeigt hat, was die SPÖ eigentlich von Controlling in diesem Land hält: Nämlich überhaupt nichts. Herr Klubobmann Kröpfl, das war in Ihrer Wortmeldung deutlich zu hören und das ist eigentlich ein Problem.

(LTAbg. Kröpfl: „Das ist eine grobe Unterstellung!“) Das ist keine Unterstellung, Herr Klubobmann. Wenn man sich Ihre Argumentation ... *(LTAbg. Kröpfl: „Eine Doppelprüfung ist ein Wahnsinn. Hinaushauen für Doppelprüfungen ist ein Wahnsinn!“)* Ja, ich weiß schon, dass Sie nervös sind, weil wir nach Trieben den zweiten schweren Fall im Kommunalbereich haben, der in eurer Verantwortung liegt,

(LTAbg. Kröpfl: „Du brauchst dir keine Sorgen machen. Ihr seid die großen Einsparer!“) aber das Problem ist, Herr Klubobmann, *(LTAbg. Kröpfl: „Und da hauen wir das Geld hinaus!“)* dass das demokratische Bewusstsein der SPÖ halt endenwollend ist, Herr Klubobmann, das darf ich Ihnen sagen, wenn es darum geht, eines der wichtigsten Argumente – das sind unsere Rechnungshöfe – hier zur Kenntnis zu nehmen und als unabhängige Instanzen anzuerkennen. Das ist das Problem, dass ihr diese wichtigen Instanzen, die wir brauchen, um im Land kontrollieren zu können, schlecht macht. Das ist euer Kontrollverständnis. *(Beifall bei der ÖVP)* So ist es. *(LTAbg. Kröpfl: „Ihr macht die eigenen Fachabteilungen schlecht und die Bezirkshauptmannschaften. Das ist ein Problem!“)* Herr

Klubobmann Kröpfl und Herr Landeshauptmann Mag. Voves, es ist ja geradezu absurd, dass jetzt hergegangen und von der großen Katastrophe gesprochen wird, weil hier ein Prüfbericht – der tragisch ist, der in seinem Umfang noch nie in dieser Form in diesem Haus vorgelegen ist –, weil hier Dinge an die Öffentlichkeit gelangt sind, (*LTabg. Kröpfl: Wie bist du zum Prüfbericht gekommen?*) Herr Klubobmann Kröpfl. (*LTabg. Kröpfl: „Erzählst du uns aus der Zeitung was?“*) Ich sage Ihnen, ihr seid die Ersten, das kennen wir, das war schon vor der Reform des Landesrechnungshofgesetzes: Wenn ein Bericht an die Landesregierung geht, vom Landesrechnungshof, der den politischen Gegner – in dem Fall die ÖVP – betrifft, dann seid ihr die ersten, die ihn an die Öffentlichkeit „gespielt“ hat. (*LTabg. Mag. Drexler: „Unglaublich!“*) Und jetzt, (*Beifall bei der KPÖ und der ÖVP*) und jetzt seid ihr heiliger als der Papst in diesem Hause und sagt, das ist ja die große Katastrophe. (*LTabg. Kröpfl: „Können Sie mir das erklären?“*) Ich glaube, da soll man sich den Bericht wirklich inhaltlich ansehen. Darum sind wir heute eigentlich hier. (*LTabg. Kröpfl: „Das ist alles drinnen gewesen!“*) Ihr wolltet nämlich mit eurer Dringlichen an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer von der Thematik ablenken. Niemand hier herinnen, keine Partei – da bin ich mir ganz sicher – will Fohnsdorf schlecht reden, will einer Region die Grundlage nehmen, Herr Klubobmann Kröpfl. (*Unruhe bei der SPÖ*) Niemand will das. Was wir wollen, ... (*LTabg. Kröpfl: „Nur deine Kommentare musst du anhören!“*) ... ja, Sie sollten zuhören, dann verstehen Sie mich wahrscheinlich.

(*LTabg. Schwarz: Unverständlicher Zwischenruf!*)

Sie sollten zuhören. Es ist nämlich so, dass niemand was Schlechtes will, sondern der Grund, warum wir hier sind ist letztendlich, weil wir die Region des Aichfelds auch wirtschaftlich auf eine sichere Basis stellen wollen. Das ist der Grund, warum wir zusammengekommen sind und warum man sich die Vorgänge, die wir in Fohnsdorf gehabt haben, hier und heute genau anschauen und auch diskutieren soll. Es ist eben so, dass Rechnungshöfe unabhängige Instanzen sind. Die Gemeindeaufsicht ist eine Prüfbehörde der Landesregierung, wir wissen es, aber der Bundesrechnungshof selbst hat ja die Gemeindeaufsicht zum Beispiel mehrmals geprüft, auch in letzter Zeit. Schon damals hat es Verfehlungen gegeben, die leider nicht umgesetzt wurden. Und es ist nur legitim, aufgrund des vorliegenden Prüfberichtes der Gemeindeaufsicht auch den Bundesrechnungshof hier einzuschalten und einmal hinzuschauen, was denn schief gegangen ist. Denn wenn es um Sanierung geht, wir wissen ja, was die Rechnungshöfe machen, Herr Landeshauptmann Voves – in Wirklichkeit geht es darum, Feststellungen zu treffen und dann Empfehlungen zu geben, wie man ein Projekt wieder fit machen kann. Das ist der Grund, warum wir hier und heute diesen Sonderlandtag abhalten.

Herr Landeshauptmann Mag. Voves, Sie sind angetreten, wenn man auf die SPÖ-Homepage schaut, kann man das sehen, da steht drinnen „Mit Offenheit, mit ernstem Bemühen“. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, von dieser Offenheit und diesem ernstem Bemühen kann ich in Ihrer bisherigen Amtszeit aber schon überhaupt nichts erkennen und wahrnehmen. In Wirklichkeit ist es so, dass die

SPÖ, seitdem sie im Land die Verantwortung übernommen hat ... – ich sage auch ganz ehrlich dazu, viele Menschen haben damals damit die Hoffnung verbunden, dass sich im Lande vielleicht etwas ändert. Aber in Wirklichkeit ist es de facto so, dass Sie die Unfähigkeit, im eigenen Haus Ordnung zu machen, was die Stiftungsgeschichte betrifft, dass Sie dieses Unvermögen ja auch 1:1 auf das Land übertragen und nicht willens sind, hier Qualität ins Land zu bringen, in den Kontrollbereich zu bringen und dass Ihre Politik keine Innovation ist, sondern dass sie letztendlich rückwärts gewandt ist. Man muss aber ganz ehrlich dazu auch sagen, dass natürlich dieser Prüfbericht der Gemeindeaufsicht hier wieder zeigt, wie eigentlich die Zustände in der Steiermark generell sind. Ein Grund, warum die Zustände in der Steiermark so sind, das kann ich an dieser Stelle der ÖVP nicht ersparen, ist natürlich der Proporz, das wissen wir. Es wird abgetauscht. Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, Sie haben gesagt, im Einvernehmen sind Sie zu vielem bereit. Ich bin auch für Einvernehmen, wenn dieser Weg möglich ist, aber wenn das Einvernehmen halt das ist – was am Schluss übrig bleibt –, dass man gegenseitig abtauscht und hier gesagt wird „Ihr habt’s das und wir haben das“ und beide sind dann nicht gut oder dienen der Wirtschaftlichkeit oder der Festigkeit des Landes nicht, dann ist es ein schlechtes Einvernehmen. Wenn das Einvernehmen in Richtung Innovation geht, dass wir zum Beispiel Kontrollinstrumente stärken, dann wird es dem Land dienen und dann ist dieses Einvernehmen natürlich völlig okay.

Ich gehe noch einmal kurz auf den Rechnungshofbericht, auf den Kontrollbereich der Gemeindeaufsicht ein, warum man diesen dem Bundesrechnungshof vorlegen soll: An einer Stelle – ich habe ihn mir sehr genau durchgelesen – steht drinnen, dass zum Beispiel der Wirtschaftshof aufgrund des Zeitmangels überhaupt nicht ausreichend geprüft werden hat können. Das kann man an verschiedenen Stellen dieses Prüfberichtes der Gemeindeaufsicht auch sehen. Rechnungshöfe haben einfach andere Maßstäbe als die Gemeindeaufsicht, um diese Dinge zu prüfen. Uns von Grüner Seite ist auch wichtig, ich möchte das nochmals ganz deutlich sagen, dass natürlich auch die Verantwortung Ihrerseits, Herr Landeshauptmann Mag. Voves, der letzten Jahre vom Bundesrechnungshof in dieser Causa geprüft wird. Denn es wird Ihnen ja nicht erst seit einigen Wochen bekannt sein, wie die Zustände in der Gemeinde Fohnsdorf sind, sondern es ist ja seit längerem immer wieder auch von Gemeindefunktionären der Gemeinde Fohnsdorf sowie von anderen Stellen die dreiste Finanzsituation der Gemeinde Fohnsdorf dargestellt worden. Die Frage stellt sich, warum jahrelang nichts geschehen ist? Warum wurde nicht aufgeklärt? Warum sind wir nicht schon vor zwei, drei Jahren daran gegangen, ein wirtschaftliches Konzept für diese Therme aufzustellen, das sie auch nachhaltig absichert?

In Bezug auf die Unvereinbarkeit von Gemeindefunktionen – no na! – was die Grünen seit Jahren fordern, wie viele andere Dinge im Kontrollbereich: Wie viele andere Dinge im Kontrollbereich braucht es natürlich Unvereinbarkeitsbestimmungen. Ich verstehe schon, dass es in kleinen Gemeinden möglich sein kann, dass ein Bürgermeister gleichzeitig auch eine Gemeindefunktion hat.

Aber grundsätzlich, ab einer gewissen Größenordnung braucht es hier eine klare Trennung der Verantwortungen. Das ist, glaube ich, das Erste, was man im Kontrollbereich wirklich umsetzen muss, um hier überhaupt Kontrolle wirksam möglich werden zu lassen.

Wenn man sich diesen Bericht über die Gemeinde Fohnsdorf ansieht, so wird halt doch sichtbar, dass es nicht nur die Therme war. Das ist mir auch noch ein wichtiger Punkt, den ich sagen möchte – weil wir jetzt sehr viel über die Therme diskutieren. Wenn man sich den Bericht im Bereich zum Beispiel der Abgabenvorschreibung ansieht, wie das Amt in Fohnsdorf geführt wird, das geht ja in diesem Bericht sogar so weit, das ist ja in der Stellungnahme des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schützenhöfer kurz angeklungen, dass hier bewusst Budgets geschönt wurden. In diesem Prüfbericht kann man das ablesen. Das sind schon Dinge, die uns dazu bringen sollten, dass wir Kontrolle nicht verhindern, Herr Klubobmann Kröpfl, sondern ermöglichen. So, wie es schon im letzten Landtag war, ich glaube, Ihr Kollege Detlef Gruber war es hier herinnen, der gesagt hat: Kontrolle, so wie wir es verstehen, ist „Steine in den Weg legen“. Kontrolle ist nicht „Steine in den Weg legen“, Herr Landeshauptmann Mag. Voves. Sondern Kontrolle heißt letztendlich Qualität zu schaffen und eines sicherzustellen – und das verstehe ich überhaupt nicht, warum das der SPÖ kein Anliegen ist –, nämlich einen gerechten Mitteleinsatz, was öffentliche Mittel anlangt, zu gewährleisten. Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als dass Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und vor allem Gerechtigkeit bei der Aufteilung der öffentlichen Steuermittel gewährleistet sind. Das Instrument, das die SPÖ anwendet, ist ganz sicher nicht die Kontrolle, um Qualität herzustellen – das wissen wir. Das Instrument, das die SPÖ anwendet, Herr Landeshauptmann Mag. Voves, ist „die große rote Tuchent“, mit der Sie dauernd, wenn es irgendwo Beanstandungen in diesem Land gibt, aber wirklich alles zudecken. Das ist so! (*Beifall bei der ÖVP – LTAvg. Straßberger: „Da hat er Recht!“*) Sie haben versprochen zum Beispiel bei der Stiftungsgeschichte „aufzuräumen“. Sie sind hingegangen und haben gesagt, Sie werden die Stiftung auflösen. Jetzt werden Sie zum Forscher, weil das nicht funktioniert hat und gehen in diese Richtung und schauen, wie Sie Steuer schonend arbeiten können. Dann haben Sie uns zugesagt: Na selbstverständlich werden Sie, weil wir ja einen Beschluss im Landtag haben, rückwirkend die Gebarung dieser Stiftungsunternehmen offen legen, weil da geht es um Qualität. Da geht es ja nicht darum, was rechtlich erforderlich ist sondern was letztendlich das politische Verständnis eines Landeshauptmannes in der Qualität ausmacht. Nichts ist geschehen auch in dieser Angelegenheit. Ich glaube, dass es höchst an der Zeit ist, Herr Landeshauptmann, langsam daran zu denken, ob Sie und die SPÖ noch die richtigen Antworten auf die Zeit haben und auch die richtigen Antworten haben, um dieses Land nach vorne zu bringen oder ob Sie letztendlich bremsen. Ich habe den Eindruck, Sie bremsen, wenn es um Transparenz geht, wenn es um Aufklärung geht, (*LTAvg. Kröpfl: „Tu aufpassen. Manchem geht es um dein Leiber!“*) Wenn es um Aufklärung geht, Herr Klubobmann Kröpfl, dann seid ihr letztendlich in einer Schiene unterwegs, die nur eines zeigt: Dass ihr nämlich rückwärts gewandt in diesem Land handelt und nicht innovativ handelt und nach

vorne geht. Man muss aber auch ehrlich dazu sagen, ich möchte nur ganz kurz zur Geschichte der Gemeindefinanzierung etwas sagen: (*LTA*bg. *Böhmer*: „*Eine Rede des Populismus!*“) Denn jeder weiß, dass natürlich Gemeinden in letzter Zeit finanziell massiv belastet sind, die Ertragsanteile sinken, wir wissen es. Der Finanzausgleich wurde von Rot und Schwarz – das muss man sagen – einfach schlecht verhandelt, schlecht vorbereitet. Viele Gemeinden sind arg unter Druck. Aber dazu braucht es auch Ehrlichkeit. Wir können zum Beispiel heute nicht wieder sagen, wir machen eine Holding, die quasi als Secondhand-Organisation alle Unternehmen im Land, die irgendwo Finanzbedarf haben, letztendlich auffängt und wir zahlen hinein. Die Ehrlichkeit ist, das sage ich als Kontrollausschussobmann hier in diesem Haus, dass unsere Budgets diesen Spielraum derzeit in keiner Weise hergeben. Das ist das Problem. Wenn wir Betriebe wirtschaftlich fit machen wollen, dann geht es darum, derzeit privates Kapital zu finden und das wird nur funktionieren, wenn wir letztendlich auch ausreichend gute Konzepte haben. Da kann die Politik unterstützen und da sollten wir ganz genau hinsehen. Aber es wird nicht möglich sein, bei unseren derzeitigen Budgetgestaltungen hier wieder die Kassa großartig aufzumachen. In diesem Zusammenhang verstehe ich es ja auch nicht, Herr Landeshauptmann Mag. Voves, dass im Bereich der Vermögensbesteuerung, die Sie ja auf Bundesebene immer wieder ansprechen – wo es ja über Umwege mehr Geld ins Land „spülen“ würde und vielleicht auch in Richtung Gemeinden „spülen“ würde –, überhaupt nichts weiter geht. Sie haben viel angekündigt, Sie haben gesagt, Sie haben „ein großes Ohr in Wien“, welches Sie bei Ihren Vorschlägen hören wird. Aber Faktum ist doch, es ist nichts geschehen. Wenn wir ehrlich sind, dann brauchen wir mehr Geld, Herr Landeshauptmann, auf Bundesebene, damit wir wieder mehr Geld für die Kommunen bekommen. Das ist nunmehr ein Faktum.

Das Zweite: Auch im Land selbst sollten wir unsere Steuerspielräume besser nützen. Seit Jahren verhindert auch die SPÖ mit der ÖVP zum Beispiel die Naturnutzungsabgabe. Bei der Stellplatzabgabe, Herr Landesrat Ing. Wegscheider, geht nichts weiter. Ich glaube, wenn die Politik sagt „Wir wollen gestalten“ ... (*Landesrat Ing. Wegscheider*: *Die ganze Raumordnung behindern eh nur Sie!*“) Nein, die Raumordnung behindert nicht. Hier, Herr Landesrat, Sie haben letztendlich... (*LTA*bg. *Ing. Schmid*: „*So ist es!*“) Nein, das Problem ist, dass im Bereich der Raumordnung letztendlich Ihre eigene Partei völlig uneins ist. Was übrig bleibt, sind wahrscheinlich die Auffüllungsgebiete und einige andere schlechte Regelungen, die uns nicht weiterbringen sondern mehr oder weniger einbremsen. Aber was ich damit sagen will: Man kann nicht dauernd sagen „Wir werden tun; Wir werden machen“ und in Wirklichkeit schafft man nicht die nötigen Spielräume, um hier auch umsteuern zu können.

Bevor ich zu meiner Frageformulierung komme, vielleicht noch abschließend:

Ich glaube schon, dass sich eines zeigt und auch heute hier wieder in der Debatte, dass vielleicht beide Proporz-Parteien im Kontrollbereich Mängel haben. Aber bei einer Partei, das ist heute meine klare Analyse, muss ich sagen, ist das Kontrollverständnis schlichtweg nicht vorhanden. Bei dieser Partei

gibt es letztendlich nur eines, das ist nämlich der Machterhalt in diesem Land und um des Machterhaltes Willen wird zugedeckt, keine Transparenz zugelassen. Das ist die Problematik, die wir hier herinnen haben. (*LTAbg. Kröpfl: „Die Obersteirer werden heute sicher genau hören, was du heute hier sagst!“*) Es würde am Schluss so sein, Kollege Kröpfl, dass die Wählerinnen und Wähler 2010 entscheiden.

Das ist richtig. Und was ihr, Herr Kollege Kröpfl, wenn man mit euren Leuten redet – nämlich mit klassischen SPÖ-Mitgliedern –, da muss man hineinhören, ich tu das sehr oft, weil ich sehr viel unterwegs bin.

Dann ist aber völlig unüberhörbar, dass diese Politik, die ihr macht (*Glockenzeichen*) nicht quittiert wird (*Präsidentin Beutl: „Am Wort ist Herr Abgeordneter Schönleitner.“*), sie wird nämlich nicht mehr verstanden. Es ist egal, ob es im ÖBB-Bereich ist, ob es bei der Stiftungsgeschichte ist, ob es jetzt wieder bei Fohnsdorf ist – die Menschen wollen nämlich Qualität haben. Sie wollen auch Kontrolle haben, nämlich in ihrem eigenen Interesse, weil es um ihre Mittel geht. Und hier ist die SPÖ säumig und dieses Bild, das wird die SPÖ 2010 zu rechtfertigen haben. Dann wird man sehen, wie diese Wahl ausgeht.

Ich komme jetzt zur Formulierung der Anfrage, die natürlich schon in vielen Teilen in der Vordebatte beantwortet wurde, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer. Ich stelle an Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, die Frage, (*LTAbg. Böhmer: „Schützend, vorsichtig!“*) die Frage, Herr Kollege Böhmer:

Welche Missstände enthält der Prüfbericht betreffend die Gemeinde Fohnsdorf im Detail?

Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der SPÖ – 10.27 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Ich erteile nun Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (10.27 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Dringliche Anfrage vom Abgeordneten der Grünen und von der KPÖ betreffend Missstände in Fohnsdorf beantworte ich wie folgt:

Der Prüfbericht der Fachabteilung 7A enthält auf 127 Seiten gravierende Feststellungen von Missständen in verschiedenen Gebahrungsbereichen der Gemeinde bzw. der Unternehmensbeteiligungen und spricht insgesamt von einem Finanzdebakel, welcher Anlass dafür gibt – wie schon bei der ersten Anfrage ausgeführt –, den Rechnungshof des Bundes über ein begründetes Ersuchen der Landesregierung einzuschalten. Das Ersuchen an den Rechnungshof stützt sich unter anderem auf folgende Vorwürfe im Prüfbericht:

1. Die Finanzlage der Gemeinde Fohnsdorf:

Neben aushaftenden Darlehen laut Rechnungsabschluss 2008 im Ausmaß von 24 Millionen Euro bestehen zusätzlich Haftungen der Gemeinde für eine Summe von rund 34 Millionen Euro. Der Rechnungsabschluss 2008 weist im ordentlichen Haushalt einen Abgang von 1,143.000 Euro auf, wobei der Abgang ohne Förderungsmittel – also Bedarfszuweisungen – und einmalige Außerordentliche Einnahmen aus der vorzeitigen Auflösung von Tilgungsträgern im Jahr 2008 bereits minus 2,757.000 Euro betragen hätte. Die Fachabteilung 7A kommt hinsichtlich der Finanzlage der Gemeinde Fohnsdorf zum Schluss, dass die Gemeinde Fohnsdorf aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation nicht in der Lage sein wird, aus eigener Kraft und ohne zusätzliche Geldmittel aus diesem Finanzdebakel herauszukommen. Die Gemeinde Fohnsdorf hat daher ein Sanierungskonzept im Einvernehmen mit der Gemeindeaufsicht der Fachabteilung 7A bzw. in Abstimmung mit dem Büro des politischen Gemeindeferenten zu erstellen. In diesem Sanierungskonzept sind alle aufgezeigten Maßnahmen und die ersten Sanierungsschritte einzuarbeiten. Es ist für die Prüfungsorgane nicht verständlich bzw. nicht nachvollziehbar, dass seitens der Gemeinde Fohnsdorf in der Vergangenheit keine wirksamen Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzlage gesetzt wurden.

2. Die Kumulierung von Funktionen:

Der Bürgermeister ist gleichzeitig Geschäftsführer der Therme-Fohnsdorf GmbH, der Obmann des Wirtschaftsausschusses ist auch Geschäftsführer der KWM-GmbH, welche die Muttergesellschaft der Thermengesellschaft ist. Eine Gemeindebedienstete im Bereich Rechnungswesen ist gleichzeitig Prokuristin in beiden Gesellschaften und der Leiter des Rechnungswesens ist auch selbstständig zeichnungsberechtigt für Konten dieser Gesellschaft. Die Prüfer stellen hier ein völliges Fehlen eines Beteiligungsmanagements fest. Damit wurde es verabsäumt, durch die Einrichtung von Aufsichtsräten in beiden Gesellschaften oder zumindest von Gesellschafterbeiräten jederzeit – zumindest vierteljährlich strukturiert – Einblick in die genannten Unternehmen zu nehmen. Der im Prüfbericht kritisierte Arbeitsüberlassungsvertrag des Bürgermeisters mit der ÖBB wurde von mir schon im Rahmen der Beantwortung der ersten Dringlichen Anfrage behandelt.

3. Lustbarkeitsabgabe:

Die Prüfer stellen hier durch den Verzicht der Lustbarkeitsabgabe bei einem Kino in Fohnsdorf eine Subvention von zumindest 600.000 Euro seit dem Jahr 2000 fest. Die Gemeinde Fohnsdorf wird im Prüfbericht dringend aufgefordert, umgehend die notwendigen Schritte einzuleiten, um eine Änderung der für die Gemeinde Fohnsdorf so fatalen Vereinbarung mit diesem Kino herbeizuführen, um zumindest pro futuro auch tatsächlich kassenmäßige Einnahmen aus der Lustbarkeitsabgabe zu lukrieren. Die Gemeinde ist nämlich verpflichtet, alle ihre Einnahmemöglichkeiten voll auszuschöpfen. Zusätzlich wurde die Vereinbarung nur vom Gemeindevorstand, somit von einem unzuständigen Organ, beschlossen.

4. Schönung des Kassabestandes, wie es im Bericht heißt:

Bei der Kassabestandsaufnahme wurde festgestellt, dass seit dem Jahr 2007 im Kassabestand der Rahmen für den Kontokorrentkredit auf dem Verwahrgeldkonto bestandsmäßig verbucht wurde. So wurde im Jahr 2008 ein Betrag von 2,6 Millionen Euro und im Jahr 2009 ein Betrag von 3,63 Millionen Euro auf dem Verwahrgeldkonto so erfasst, dass der Kassabestand mit dieser Summe sowohl beim Monatsabschluss als auch beim Rechnungsabschluss jeweils positiver dargestellt wurde als tatsächlich gegeben. Diese Art der Verrechnung bzw. Darstellung im Kassabestand widerspricht laut Prüfbericht jeglichen Buchhaltungsvorschriften und einschlägigen Bestimmungen der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung. Diese Schönung des Kassabestandes ist in den letzten Jahren niemandem aufgefallen, was die Prüfungsorgane mit Befremden festgehalten haben.

5. Abbruchhäuser:

Die Gemeinde hat im Jahr 2002 mit einer Wohnbaugesellschaft in Fohnsdorf eine Vereinbarung getroffen, wonach die Gemeinde dieser Gesellschaft und privaten Eigentümern einen Betrag von 2.375.000 Euro für den Abbruch von elf Häusern bezahlt. Dieser Betrag wurde für den durch den Abbruch erlittenen Nachteil im Vermögen der betroffenen Eigentümer im Ausmaß von Euro 456,--/m² festgelegt, wobei eine Gesamtnutzfläche von 5.210 m² vorlag. Ein Eigentumsübergang oder sonstige Rechte der Gemeinde waren damit nicht verbunden. Diesbezüglich hat es im Jahr 2005 eine Aufsichtsbeschwerde von Frau Vizebürgermeisterin Ingrid Felfer gegeben, die insbesondere die Höhe dieser Entschädigung in Zweifel zog. In der Beantwortung durch die Aufsichtsbehörde wurde ausgeführt, dass zwar die Entschädigung von Euro 456,--/m² nicht nachvollziehbar sei, aber der Beschluss im Hinblick auf die Gemeindeautonomie nicht den Bestimmungen der Gemeindeordnung widerspricht, sodass ein weiteres Einschreiten der Behörde nicht geboten sei. Ich persönlich halte diese Frage aufgrund der unüblich hohen Entschädigung für höchst überprüfenswert.

6. Ärztezentrum:

In vielen Fällen wurden die Mietverträge für Räumlichkeiten im Ärztezentrum nur vom Bürgermeister oder vom Gemeindevorstand unterzeichnet und damit von einem unzuständigen Organ, weil Mietverträge Beschlüsse des Gemeinderates bedürfen. Es wurden weiters vom Bürgermeister immer wieder Vergünstigungen auf Mieten gewährt oder überhaupt kein Mietvertrag trotz Vergabe von Räumlichkeiten abgeschlossen, ohne damit den Gemeinderat zu befassen. Die Prüfer sprechen hier von verdeckten Subventionen. Hingegen erwirtschaftete die Gemeinde beim laufenden Betrieb im ordentlichen Haushalt für die Jahre 2000 bis 2008 nur allein für das Ärztezentrum einen Abgang von 667.000 Euro, der nur durch die Gewährung von Bedarfszuweisungsmittel von insgesamt 468.000 Euro verringert werden konnte.

(LTAbg. Mag. Drexler: „Unglaublich!“)

Selber Abgang

7. auch beim Arbeiterheim in Höhe von 662.700 Euro.

8. Haftung für ausgegliederte Gesellschaften:

Die Gemeinde Fohnsdorf hält eine 100%-ige Beteiligung an der KWM-Fohnsdorf-Versorgungsbetriebe-GmbH, diese ist zu 100 % Eigentümerin der Therme-Fohnsdorf-Errichtungs- und Betriebs-GmbH. Seit Gründung dieser Thermengesellschaft im Jahr 2003 wird das Unternehmen vom Bürgermeister als Geschäftsführer und einer Gemeindebediensteten als Prokuristin vertreten. Der Bau der Therme hat insgesamt 26,3 Millionen Euro inkl. Grund und Boden gekostet. Finanziert wurde die Therme im Wesentlichen durch eine von der Thermengesellschaft gegebene Anleihe, für die die Gemeinde haftet und nun auch die Rückzahlungen leistet, in der Höhe von 13,25 Millionen Euro Budgetmittel der Gemeinde Fohnsdorf sowie durch einen Investitionszuschuss durch das Land Steiermark von 5 Millionen Euro. Die Gemeinde Fohnsdorf hat gegenüber der Therme-Fohnsdorf-GmbH und der KWM-GmbH Haftungen in Höhe von insgesamt 29 Millionen Euro übernommen. Darüber hinaus hat die Gemeinde Kapitalzuschüsse – Eigenmittel, Substanzgenussrechte, Darlehen – in Höhe von 5 Millionen an die Therme-Fohnsdorf-GmbH getätigt. Schließlich hat die Geschäftsführung der Therme-Fohnsdorf-GmbH das Thermengrundstück zur Aufnahme eines Darlehens in Höhe von 2,3 Millionen Euro mit einem Höchstbetrag von 2,8 Millionen Euro an die Raiffeisenbank Pölstal verpfändet. Bei einer möglichen Insolvenz der Therme-Fohnsdorf-GmbH und einer möglichen Folgeinsolvenz der KWM-GmbH würde dies laut Prüfbericht für die Gemeinde Fohnsdorf bedeuten, dass sie nicht nur sämtliche Haftungen für ausstehende Kredite und Darlehen in Höhe von 29 Millionen Euro sofort übernehmen sondern auch die an die Therme-Fohnsdorf-GmbH gegebenen Kapitalzuschüsse in Höhe von 5 Millionen Euro als wertlos abschreiben müsste. Darüber hinaus läuft die Therme-Fohnsdorf-GmbH und die Gemeinde Fohnsdorf Gefahr, das Thermengrundstück mit der darauf befindlichen Therme zu verlieren, sollte die Bank das Thermengrundstück als Sicherstellung ihres gegebenen Darlehens im Insolvenzfall heranziehen. Der Schaden für die Gemeinde Fohnsdorf wäre so weit reichend, dass die Bonität und die Liquidität der Gemeinde Fohnsdorf dadurch ernsthaft in Gefahr gerät und äußerst negative Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt der Gemeinde Fohnsdorf zu befürchten sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe in den zwei Dringlichen Anfragen die Lage geschildert. Ich ersuche Sie, durch Beschlussfassung des Landtages die Einschaltung des Bundesrechnungshofes zu verlangen. Ich nehme an, dass dann die Landesregierung schlussendlich einen solchen Beschluss fassen würde. Ich glaube er ist notwendig, nicht um zu skandalisieren sondern um aufzuklären, und meine Damen und Herren, um die vielen anderen hunderten Gemeinden, die großartige Arbeit leisten, in Wahrheit auch in Schutz zu nehmen. *(LTAbg. Kröpfl: „Die werden sich alle freuen!“)* *(Beifall bei der ÖVP – 10.37 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Ich bedanke mich auch für diese Beantwortung und komme nun zur letzten Dringlichen Anfrage und erteile hiezuh Frau Abgeordneter Claudia Klimt-Weithaler das Wort zur

Begründung dieser Dringlichen Anfrage der KPÖ/Grünen und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Frau Abgeordnete.

LTabg. Klimt-Weithaler (10.38 Uhr): Ich hoffe, Ihre Aufmerksamkeit ist noch konzentriert genug, dass Sie auch eine dritte Dringliche Anfrage anhören können. (*LTabg. Mag. Drexler: „Absolut!“*) Bevor ich zur Begründung unserer Dringlichen Anfrage komme, möchte ich mich bei den Fraktionen bedanken, dass Sie unserem Antrag, heute einen Sonderlandtag abzuhalten, zugestimmt haben.

Geschätzte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, wertere Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertere Zuhörerinnen und Zuhörer!

Fiasko, Debakel, Desaster, Kollaps, Katastrophe – mit dem Einsatz dieser Wörter sollte man meiner Meinung nach sehr vorsichtig umgehen. Besonders dann, wenn es um die Beschreibung von Zuständigkeiten geht und um Beschreibungen von Zuständen geht es vor allem dann, wenn es sich dabei um politische Zusammenhänge handelt. Im Zusammenhang mit der finanziellen Situation der Gemeinde Fohnsdorf allerdings erscheint mir jeder einzelne dieser Begriffe angebracht. Hier braucht man nichts mehr beschönigen. Das, was ich in den letzten Tagen zur Finanzgebarung der Gemeinde Fohnsdorf, der Therme-Fohnsdorf-Errichtungs- und Betriebs-GmbH und der KWM-Fohnsdorf-Versorgungsbetriebe-GmbH gehört und gelesen habe, ist schlicht und einfach ein Wahnsinn. Die Vorgehensweise, sowohl dem Fohnsdorfer Gemeinderat als auch der Bevölkerung keine Information über den Zustand der Gemeindefinanzen zukommen zu lassen, obwohl sich die Hinweise auf finanzielle Schwierigkeiten immer mehr gehäuft haben, diesem jahrelang zuzuschauen, obwohl die enormen Kosten des Thermenprojektes einerseits und das Tun – ich kann es leider nur mehr als abenteuerliches Agieren benennen – des Bürgermeisters andererseits nachweislich bekannt waren, dagegen nichts zu unternehmen und schlussendlich jetzt noch gegen eine Rechnungshofprüfung zu sein, das ist ein systematisches Umgehen von Kontrollmechanismen und das ist auf das Schärfste zu verurteilen. Wir haben am Wochenende aus einer steirischen Tageszeitung erfahren, dass der jüngste Prüfbericht der Gemeindeaufsicht einen finanziellen Schaden in zweistelliger Millionenhöhe befürchten lässt und darüber hinaus werden in diesem Bericht zahlreiche Missstände, so wie sie auch schon vorher in dieser Sonderlandtagssitzung aufgezählt wurden, beanstandet – zum Beispiel die Ämterkumulierung des Bürgermeisters, Ungereimtheiten in der Finanzgebarung der Gemeinde Fohnsdorf usw. Sehr geehrter Herr Klubobmann Kröpfl, wenn Sie heute in der Früh sagen, dass es eine Frechheit ist (*LTabg. Kröpfl: „Frechheit habe ich nie gesagt!“*) und nicht rechtens ist, dies aus der Zeitung erfahren zu haben, (*LTabg. Kröpfl: „Ich fühle mich gefrotzelt, habe ich gesagt!“*) - Entschuldigung, aber Sie haben gesagt, das ist nicht rechtens –, dann muss ich meinem Kollegen Schönleitner beipflichten, das war nicht das erste Mal, dass wir irgendeinen Prüfbericht aus der Zeitung serviert bekommen haben und (*LTabg. Kröpfl: „Ist das ok?“*) nicht nur ... – ja, es passiert leider immer wieder und gerade die Opposition weiß das sehr gut, wie das ist mit Information. Also

tun Sie nicht so, als wäre es das erste Mal gewesen. Ich muss auch die Frage anschließen: Wenn Sie selbst den Bericht aus der Zeitung kennen, (*LTA*bg. Kröpfl: „Du kannst ruhig Du sagen zu mir!“) ... dafür kennst du ganz, ganz viele Details, lieber Walter. (*Heiterkeit bei der ÖVP*)

Es wird kritisiert, dass es weder ein aktives Beteiligungsmanagement gegeben hat, es wird kritisiert, dass es kein Beteiligungscontrolling gegeben hat. Es hat weder einen Aufsichtsrat gegeben, auch keine Gesellschaftsbeiräte und –beirätinnen. Johann Straner ist Bürgermeister und war gleichzeitig der Geschäftsführer der Therme-Fohnsdorf-Errichtungs- und Betriebs-GmbH und ihrer Muttergesellschaft der KWM-Fohnsdorfer-Versorgungsbetriebe-GmbH und später wurde dann auch noch der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Herr Lobnig von der SPÖ, Geschäftsführer von der KWM. Auch die vertretungsbefugte Prokuristin beider Firmen ist ein- und dieselbe Person. Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer hat das ja in seiner Anfragebeantwortung schon sehr ausführlich kundgetan, wie diese Verflechtungen zustande gekommen sind. Zusammengefasst heißt das jetzt nichts anderes, als dass die Geschäftsführung keiner externen Kontrolle unterliegt und die handelnden Personen in Tochtergesellschaft, Muttergesellschaft und Gemeinderat identisch sind. Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind beinahe feudale Strukturen. Diese feudalen Strukturen hat die Sozialdemokratie in der Gemeinde Fohnsdorf eingeführt. Dass Bürgermeister Straner heute über die Kleine Zeitung bekannt gibt, dass er die Geschäftsführung zurücklegt, das ist mehr als überfällig. Ich möchte dazu auch noch feststellen, dass eine Ämterkumulierung, wie sie in diesem Falle vorliegt, grundsätzlich abzulehnen ist. Es ist keine Kontrolle möglich und das darf nicht sein. Ich darf Ihnen, geschätzte KollegInnen von der SPÖ, noch eines sagen: Sie machen sich meiner Meinung nach lächerlich, wenn Sie in Ihrer Anfrage an Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer im Zusammenhang mit Ämterkumulierung des „roten“ Bürgermeisters Straner die Frage stellen, wie viele „schwarze“ Bürgermeister gleichzeitig als Gemeindebedienstete beschäftigt sind und Funktionen in Gesellschaften haben. Dass es nicht funktionieren kann, wenn Eigentümer, Geschäftsführer und Kontrolleur ein- und dieselbe Person sind, das ist uns ja leider mit dem Beispiel Fohnsdorf sehr dramatisch vor Augen geführt worden. Daraus sollten Sie, geschätzte KollegInnen der ÖVP, genauso lernen. Denn das politische Couleur ist dabei ja mehr als egal. Es verbessert sich die Situation in Fohnsdorf nämlich nicht, weil es womöglich auch in ÖVP-Gemeinden solche Konstellationen gibt. Ich hoffe, da sind wir uns einig. Denn auch diese sind abzulehnen und aufs Schärfste zu verurteilen.

Auch noch ein paar Sätze zur ÖVP: Sie stehen jetzt da und verurteilen zu Recht das, was in Fohnsdorf passiert ist. In den vergangenen Jahren aber haben Sie ebenso wie die SPÖ sämtliche Anträge, die in Richtung mehr Kontrolle gegangen sind – Kontrolle der Aufsichtsbehörde durch den Landesrechnungshof zum Beispiel –, abgelehnt. Ich erinnere Sie an einen Antrag vom 18.11.2008, an einen Antrag vom 20.01.2009 und zuletzt an einen Antrag, den auch Herr Klubobmann Kröpfl heute Morgen hier sehr ausführlich behandelt hat, nämlich vom 20.10.2009. Dabei ging es konkret unter anderem um Köflach, Kammern, Trieben und um die Prüfung der Gemeinde Fohnsdorf durch den

Landesrechnungshof. Sie haben diese Anträge alle abgelehnt und das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, das ist „Wasser predigen und Wein trinken“. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen*) Tatsache ist nämlich, dass die Gemeindeaufsicht seit 2005 gewusst haben muss, dass in Fohnsdorf etwas schief läuft, aber sie hat nicht eingegriffen. Die Mehrheitsfraktion SPÖ hat zum Beispiel durch Abwesenheit die Arbeit des Prüfungsausschusses des Gemeinderates boykottiert. Und was macht ... (*LTAbg. Drexler: „Das ist ja unglaublich.“*)... die Gemeindeaufsicht? Nichts. KPÖ-Gemeinderätin Elfriede Wieser, Vorsitzende des Prüfungsausschusses, hat dem Bau der Therme sowie die weitere Entwicklung immer kritisch und realistisch – vor allem realistisch – beobachtet. Das können Sie in der Fohnsdorfer KPÖ-Gemeindezeitung „Glück auf“ nachlesen. Sie hat seit Jahren auf die Gefahren hingewiesen, Kontrolle und Prüfung eingefordert und die Gemeindeaufsicht hat einfach nicht reagiert. Letztendlich ist das eingetreten, wovor die KPÖ seit langem gewarnt hat: Ein Finanzdebakel der Sonderklasse. Und das soll jetzt unter „die Decke gekehrt werden“. Selbst jetzt, wo klar ist, dass Fohnsdorf ohne Hilfe sehenden Auges „gegen die Wand gefahren wird“, sträuben Sie sich immer noch gegen eine Rechnungshofprüfung. Walter, du lobst die Gemeindeaufsicht. Wir stellen uns nicht her und sagen, die haben schlecht gearbeitet. Im Gegenteil, wir loben sie auch. Aber auch die Gemeindeaufsicht selbst kommt ja jetzt zu dem Schluss, dass eine Rechnungshofprüfung notwendig ist. Damit ist der eigentliche Skandal – und ich will es als Skandal bezeichnen – gar nicht in Fohnsdorf sondern in Graz passiert. Es geht uns nämlich hier und heute weniger darum, dass man jetzt das Scheitern des Fohnsdorfer Bürgermeisters breittritt, sondern es geht um das totale Versagen der Aufsicht der Landesregierung und das aus politischem Kalkül. In einer schriftlichen Anfragebeantwortung an die ÖVP im Mai 2007 haben Sie nämlich noch, Herr Landeshauptmann, mitgeteilt, dass es selbstverständlich eine begleitende Baukontrolle gibt, dass der Gemeindeaufsicht das Projekt bekannt ist und es laufend Gespräche mit dem Bürgermeister hinsichtlich der Finanzierung gibt. Es muss Ihnen und der Gemeindeaufsicht ja schon vor geraumer Zeit klar gewesen sein, dass „Feuer am Dach“ ist. Doch anstatt die Ursachen dieser falschen Entwicklung zu bekämpfen, haben Sie ausschließlich versucht, die Symptome mit Finanzspritzen so gering wie möglich zu halten. Dass es nun doch zu einer Prüfung der Gebarung der Gemeinde Fohnsdorf gekommen ist, lässt sich eben auf das auch schon erwähnte Schreiben der Vizebürgermeisterin zurückführen, auf das bereits am 17. Juni 2009 der Rechnungshof von sich aus reagiert hat, indem er ersucht hat, zu den hier dargestellten Sachverhalten Stellung zu nehmen. Mittlerweile wissen wir auch, wurde auch schon erwähnt, dass der Prüfungsbericht der zuständigen Staatsanwaltschaft übermittelt wurde. Die derzeitige finanzielle Situation in Fohnsdorf hat Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer schon in seiner zweiten Anfragebeantwortung sehr ausführlich dargestellt. Wir wissen also, dass derzeit rund 2 Millionen Euro notwendig sind, damit eine Insolvenz abgewendet werden kann; 2 Millionen Euro und das sofort. Wenn sich an der finanziellen Situation der Gemeinde Fohnsdorf nichts ändert – und davon ist im Moment ja leider auszugehen, dann wird künftig 1 Million Euro jährlich zur Verfügung stehen

müssen, damit überhaupt nur die Zahlungsfähigkeit sichergestellt ist. Die Gefahr einer Insolvenz droht, das wissen wir auch. Das heißt, wenn die Therme „baden“ geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sind die 5 Millionen Kapitalzuschuss verpufft, dann sind zusätzliche 29 Millionen Euro für Haftungen fällig, die aber gar nicht vorhanden sind und weder die Therme noch der Thermengrund sind im Eigentum der Gemeinde sondern gehören dann der Bank. Das heißt, die wichtigste Frage, die im Moment geklärt werden muss, die ist wohl jene, dass man sagt: Wie kann es mit der Therme Fohnsdorf und der Gemeinde Fohnsdorf überhaupt weitergehen? Wie können Lösungen gefunden werden, die nicht auf Kosten der Bevölkerung gehen und die auch nicht auf Kosten der Beschäftigten in den Projekten ausgetragen werden? Eine Prüfung durch die Aufsichtsbehörde des Landes ist zu wenig. Zu wenig deshalb, weil das System der Gemeindeaufsicht es offensichtlich erlaubt, in der Steiermark einen Schutzmantel über SPÖ- und ÖVP-Gemeinden auszubreiten und das sehen nicht nur wir so, sondern das sieht auch die Zeitschrift NEWS. Sie schreibt über den Fall Fohnsdorf in der Ausgabe 36/0 wörtlich: „Die zuständige Gemeindeaufsichtsbehörde ziert sich nach allen Regeln der Kunst, die ebenfalls „roten“ Gemeindeverantwortlichen auf Herz und Nieren zu prüfen. Sogar der Vorwurf, eine Bürgermeisterschutzbehörde zu sein, steht bereits im Raum.“ Das sind Vorwürfe, die haben schon was! Aus unserer Sicht ist eine Rechnungshofprüfung die Grundvoraussetzung dafür, dass es jetzt zu einer umfassenden und transparenten Aufklärung dieses Finanzdebakels kommt. Ich verstehe auch ehrlich gesagt nicht, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen, wenn Sie hier heute gemeinsam mit Ihrem Bürgermeister, der dafür ja Verantwortung trägt, mit einem Transparent auftauchen worauf steht „Fohnsdorf darf nicht zerstört werden“. Ja genau deswegen sind wir ja hier und genau deswegen gibt es diesen Sonderlandtag, damit wir uns darum kümmern, dass Fohnsdorf nicht zerstört wird. *(Beifall bei der KPÖ, der ÖPV und den Grünen)* Eine Prüfung zerstört eine Gemeinde nicht. Das, was vorher passiert ist, geht in Richtung Zerstörung und das ist schlimm genug. Darum muss jetzt daran gegangen werden, Lösungen zu finden.

Zu diesem Schluss komme ja nicht nur ich, zu diesem Schluss kommt ja auch die Gemeindeaufsicht selbst. Die will ja sogar eine Prüfung, weil sie sagt, es sind Fragen offen geblieben, es war zu wenig Zeit, es konnten gewisse Dinge nur am Rande behandelt werden. Und wenn man zu einer guten Lösung kommen will, dann braucht man sich vor einer Prüfung des Rechnungshofes auch nicht zu fürchten.

Unserer Meinung nach ist es generell sinnvoll, dass die Prüfung durch den Landesrechnungshof bei allen Gemeinden – also auch bei jenen mit weniger als 20.000 EinwohnerInnen – möglich gemacht wird. Wir werden heute auch noch einen Entschließungsantrag einbringen. Und da stimmt mit mir übrigens auch der derzeitige Vorsitzende der Landeshauptleutekonferenz, der burgenländische Kollege Landeshauptmann Hans Niessl, sehr überein, indem er nämlich in einem Standardinterview vom 28.11. dazu sagt, ich zitiere: „Wenn eine Gemeinde mit 6 bis 7.000 EinwohnerInnen über 10 Millionen Schulden in ausgelagerten Gesellschaften hat, dann ist das ein Zustand, wo es unbedingt

notwendig ist, dass die entsprechende Kontrolle gegeben ist.“ Weiter sagt er: „Ich persönlich bin dafür, dass auch Gemeinden unter 20.000 EinwohnerInnen geprüft werden und dass vor allem ausgelagerte Gesellschaften kontrolliert werden, bei denen die Gemeinden mehr als 50 % halten.“ Also Ihr Kollege im Burgenland sieht das ganz anders als Sie. Ich würde Sie bitten, sich mit ihm darüber zu unterhalten, denn wir brauchen diese Kontrolle auch hier in der Steiermark. (*LTabg. Riebenbauer: „Das wird möglich sein!“*)

Sehr geehrte Damen und Herren! Abschließend, bevor ich zur Fragestellung komme, möchte ich auf eines noch hinweisen: Außerachtlassen darf man bei der ganzen Sache auch nicht, dass die kapitalistische Wirtschaftskrise, in der wir uns befinden, die Situation noch zusätzlich verschärft hat. In Zeiten der Hochkonjunktur nämlich hatte die Gemeinde Fohnsdorf mehr Einnahmen und auch das Land mehr Geld, um zu unterstützen (*LTabg. Mag. Drexler: „Jede Gemeinde!“*) (*LTabg. Majcen: „Der Bund!“*) wo es notwendig war. In der jetzigen Krise kämpfen sehr, sehr viele Gemeinden mit ihren Finanzen und wenn so ein großes Projekt wie die Therme angegangen wird und dann auch noch diese Misswirtschaft dazukommt, dann stehen die Dinge besonders schlimm. Wir wollen eine gute Lösung für die Gemeinde Fohnsdorf, für das Thermenprojekt und vor allem auch für die Bevölkerung der Gemeinde Fohnsdorf finden und für jene, die jetzt in diesen Projekten beschäftigt sind und die auch weiterhin in einer von Krisen geschüttelten Region eine Arbeit haben sollen.

Ich darf daher an Sie, Herr Landeshauptmann, folgende Anfrage stellen:

Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgende Dringliche Anfrage:

1. Wie konnte es unter Ihrer Verantwortung für die Gemeindeaufsicht in Fohnsdorf zu einer derartigen Ansammlung von Misständen kommen?
2. Warum haben Sie in der Landesregierung trotz der unfassbar gravierenden Misstände die Prüfung der Gebarung der Gemeinde Fohnsdorf durch den Rechnungshof verhindert?
3. Welche Maßnahmen wird das Land ergreifen, um die finanzielle Gesundung der Gemeinde Fohnsdorf unter möglichst geringer Belastung der dortigen Bevölkerung zu gewährleisten?

Ich bitte Sie um Beantwortung unserer Fragen und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ und den Grünen – 10.55 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Ich erteile nun Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Voves (10.55 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Vorweg auch einige Bemerkungen meinerseits: So wie der Kollege Schützenhöfer zu Recht Loipersdorf nicht im Stich lässt, werde auch ich die Aqua-Lux-Therme in Fohnsdorf nicht im Stich lassen.

(*LTA*bg. Majcen: „Loipersdorf braucht er nicht in Stich lassen!“) (*Beifall bei der SPÖ*) Herr Kollege Majcen, wir werden uns darüber sicher auch noch in nächster Zeit sehr intensiv unterhalten. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Schändlich, die anderen mit reinreißen, schämen Sie sich!!“) Das heißt, ich möchte Folgendes hier schon einmal allen vor Augen führen: Wir als sozialdemokratische Fraktion haben überhaupt keine Probleme gehabt, weil das unsere Linie ist, all das, was regionalpolitisch wichtige, Impuls gebende Projekte sind, die wertschöpfend in der Region gebraucht werden, auch tatsächlich zu erhalten.

Da war auch bei Herberstein für uns kein Problem gegeben. Sie erinnern sich noch (*LTA*bg. Riebenbauer: „Na ja.“) an die Überbrückungshilfe und wie Sie das damals argumentiert haben. Heute steht Herberstein in der Trennung da, die immer zwischen privat und öffentlich notwendig gewesen wäre und wir nehmen gemeinsam 800.000,-- Euro Jahresverlust in Kauf, im Wissen, dass dort 160.000 Gäste jährlich Herberstein besuchen und das eine unglaublich wichtige Umweltsrentabilität für die Oststeiermark darstellt. (*Beifall bei der SPÖ*) Auf der anderen Seite, Kollege Schützenhöfer, soll man bei den Versprechen bleiben, die man im Kern abgegeben hat, als wir gemeinsam gemeint haben, dass wir die Anteile an der Therme Loipersdorf verkaufen – an die ÖVP-Gemeinden mehrheitlich dort – und wir damals politisch beschlossen haben und mit diesem Beschluss war ich bereits, als ich in die Politik gekommen bin, konfrontiert, dass Teile des Verkaufserlöses nach Köflach gehen bzw. nach Fohnsdorf. So! Weil du immer wieder betonst, ich halte mich nicht an das, was ich versprochen habe: Ich halte mich daran. Jetzt sage ich Ihnen was, meine Damen und Herren: Wenn man die Abwanderungstendenzen gerade in den (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Das braucht nur immer ein bisschen, bis Sie sich daran halten. Meistens einen Landtagsbeschluss!“) Regionen der Weststeiermark und der Obersteiermark sieht, dann haben's die Obersteiermark-Konferenzen zum Beispiel veranstaltet, wo der Herr Bartenstein, die Frau Klasnic ... - alles was Rang und Namen der ÖVP hatte, ist in der ersten Reihe gesessen, Riesenbeträge versprochen. Nur einer hat wirklich was für die Region getan und jetzt sage ich auch sehr deutlich dem Herrn Bürgermeister Straner: Alles was Verstöße gegen die Gemeindeordnung anbelangt, muss geahndet werden und wird geahndet werden. Aber eines ist ihm zuzusprechen: Niemand sonst hat ein Impuls gebendes Projekt wirklich in die Region gebracht. Und heute – schauen Sie – Tourismus und (*Beifall bei der SPÖ*) Wirtschaft, Tourismusunternehmen und Wirtschaft, (*LTA*bg. Mag. Drexler: „So kann das ein jeder, wenn das Geld wurscht ist!“) in der gesamten Großregion Obersteiermark West sprechen sich eindeutig für die Therme Aqua-Lux als Leitprojekt aus.

Und jetzt komme ich zu Köflach: Wie wurde das in den letzten Jahren skandalisiert. Das ist ja eine „rote“ Gemeinde. Wir haben kein Problem bei „schwarzer“ Gemeinde Stubenberg am See, ein bisschen eine Gräfin – da haben wir kein Problem.

(*LTA*bg. Mag. Drexler: „Das ist letztklassig!“) (*Unruhe bei der ÖVP*) Da machen wir eine gemeinsame Lösung. (*Beifall bei der SPÖ*) Da machen wir eine gemeinsame Lösung, Herr Kollege,

weil das ist für die Oststeiermark wichtig. (*LTabg. Mag. Drexler: „Da haben wir einen Untersuchungsausschuss gehabt, keinen Rechnungshofbericht!“*) Jetzt haben wir erlebt, Mariazeller Europeum. Gell! (*LTabg. Mag. Drexler: „Sie wissen nicht, wovon Sie reden, Hilflosigkeit!“*) Ein Projekt, Projektentwicklung Dr. Prohaska in engster Kooperation mit Ihrem Hofrat Schille, uns beiden vorgelegt, wir beide haben daran geglaubt, die Bürgermeister haben daran geglaubt. Verlust momentan oder Liquiditätsbedarf nach dem ersten Jahr: Eineinhalb Millionen Euro bei 11 Millionen Investition – primär nur aus Landesmitteln. Es war überhaupt kein Problem beim Herzstück Mariazell – ÖVP-Gemeinde. Es war überhaupt kein Problem, dass wir jetzt mit 75 % in eine Gesellschaft gegangen sind und (*LTabg. Mag. Drexler: „Wie der Schelm ist, so denkt er!“*) versuchen, dieses regionale Projekt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger der Kleinregion Mariazeller-Land am Leben zu erhalten und in eine gute Zukunft zu führen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist Ihre Unkultur!“*)(*Beifall bei SPÖ*) So ist es, ja. Und in Mautern ist auch ein bisschen ein Prinz dabei, da ist es auch kein Problem. Und was war bei Köflach? Was war bei Köflach?

(*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist unglaublich!“*)

Wie wurde das in den letzten Jahren von Ihnen, der ÖVP-Fraktion, schlecht geredet?

(*Unruhe bei der ÖVP*) (*LTabg. Mag. Drexler: Unverständlicher Zwischenruf!*) Aber ich habe mich weiter bemüht.

Und nach einem wirklich tollen Gespräch mit dem Karl Haas, Chef der Pensionsversicherungsanstalt – wenn man Wege sucht und ehrlich für eine Region kämpft, dann gelingt auch was – ist es gelungen, dass das 4-Stern-Hotel in Köflach –

(*LTabg. Mag. Drexler: „Zahlen die Beitragszahler!“*) das größte Problem – zu 100 % über 365 Tage im Jahr ausgelastet dort steht? Der Großteil der rehabilitativ dort Ansässigen geht jetzt auch in die Therme und die Therme in Köflach wird heuer das erste Mal ein ausgeglichenes Ergebnis schreiben. Das ist die Realität. (*Beifall bei der SPÖ*) So, also da haben „wir“ auch skandalisiert, in Köflach haben „wir“ auch skandalisiert. Aber ich sage Ihnen eines: Mich wird niemand abhalten, so lange es mich noch geben darf, (*LTabg. Kasic: „Hoffentlich nicht allzu lange!“*) der ehemaligen Bergbauregion Köflach-Voitsberg als auch der Bergbauregion in Fohnsdorf in der Obersteiermark über die Runden zu helfen. (*Beifall bei der SPÖ*) Davon werden Sie mich nie abbringen. (*Beifall bei der SPÖ*) Das heißt, wenn wir uns auch im Interesse von Tourismus und Wirtschaft in der Obersteiermark West, wenn wir uns nur wirklich gemeinsam finden würden, dann würden wir auch sicher Konzepte finden, weil Anlaufprobleme (*LTabg. Kasic: „Reden Sie von der Misswirtschaft, die dort herrscht?“*) in Loipersdorf hat es auch drei bis fünf Jahre gegeben. Wir haben das damals auch zu Recht und richtigerweise in Kauf genommen. Aber diesen Projekten in Köflach, in Fohnsdorf wollen Sie überhaupt keine Anlaufzeit von drei bis fünf Jahren, (*LTabg. Straßberger: „Hören Sie auf!“*) wie bei solchen Projekten völlig üblich, zugestehen. Nein! Weil das ist eine „rote“ Gemeinde! Was können „wir“ dort für Skandale herbeiführen? (*LTabg. Kasic: „Sie haben keine Ahnung wovon Sie reden!“*)

Ja, das ist Ihre wahre Politik. (*Beifall bei der SPÖ*) Jaja, so wird es nicht funktionieren. Das heißt, ich würde mir von uns allen hier in der steirischen Politik wirklich ein Bekenntnis zu regionalen Projekten erwarten, zu Leitprojekten, die derartige (*LTAbsg. Gödl: „Ja, aber ohne Misswirtschaft!“*) Hoffnung bedeuten. Da sind 2.500 Menschen symbolisch mit einem Spaten mit mir da oben beim Spatenstich gestanden. Die ganze Region hegt unglaublich große Hoffnung, verbindet unglaublich große Hoffnung mit diesem Projekt, weil es das einzige war. Nach ihrer Kernführerschaft im Land (*LTAbsg. Gödl: „Misswirtschaft ist das Thema!“*) gibt es jetzt erstmalig da oben ein Projekt, an das sich alle klammern. Und das wollt's auch noch niederreden. (*Beifall bei der SPÖ*) Alles klar. So, meine Damen und Herren, das hat aber überhaupt nichts mit dem zu tun, was ich eingangs betont habe. (*LTAbsg. Riebenbauer: „Nein.“*) Dort, wo in der Gemeinde gegen die Gemeindeverordnung verstoßen wird, haben wir ganz, ganz klar vorzugehen. (*LTAbsg. Riebenbauer: „Warum reden Sie von Niederreden!“*) Jetzt darf ich Ihnen zur Kontrolle etwas sagen: (*LTAbsg. Mag. Drexler: „Sie sind ein Wahnsinn!“*) Herr Kollege von den Grünen, was höre ich zu Trieben in der letzten Zeit? Nichts mehr! Wer hat denn dort geprüft, Herr Kollege Schönleitner? Unsere Gemeindeaufsicht. Da waren auch 30 Millionen im Spiel. Höre ich irgendetwas zu Trieben? (*LTAbsg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Zehn Jahre nur vertuscht!“*) Ist irgendwas „unter der Tuchent“ geblieben? (*Unruhe bei der ÖVP*) Ich habe Sie nie mehr gehört. (*LTAbsg. Straßberger: „Immer nur rote Gemeinden!“*) Das heißt, unsere Gemeindeaufsicht hat ausgesprochen gut gearbeitet. (*LTAbsg. Kasic: Unverständlicher Zwischenruf.*)

Dort wurde alles aufgedeckt, was aufzudecken ist. (*Beifall bei der SPÖ*) Ja, und ich sage Ihnen, mir hat es nicht an Mut gefehlt, dort den Bürgermeister zu entheben und den Gemeinderat aufzulösen, weil die Vorwürfe so gravierend waren. Mir hat der Mut nicht gefehlt. Aber wenn ich so öffentlich sage, ich will den Bürgermeister Straner nicht zum Märtyrer machen, dann fängt es bei mir zu „ticken“ an. Dann vermute ich parteipolitische Absicht dahinter, warum ich das nicht mache, (*Beifall bei der SPÖ*) und nicht ein objektives Zugehen darauf. Daher sage ich Ihnen vorweg, bevor ich jetzt die Fragen gerne beantworten möchte.

1. Kollegin Klimt-Weithaler, niemand von der Gemeindeaufsicht schreibt das, was Sie hier dreimal behaupten, dass die Gemeindeaufsicht eine Prüfung des Bundesrechnungshofes verlangt. Wo haben Sie das gefunden? Wo steht das? Nirgendwo. (*LTAbsg. Kröpfl: „Im NEWS!“*) Und daher darf ich Ihnen vorweg trotzdem eines sagen, in Anbetracht dessen, was ich sonst hier dargelegt habe. Wenn wir wirklich nicht unsere Keimzelle Gemeinden zerstören wollen – und jetzt komme ich zu dem, was der Kollege Schützenhöfer letztens für mich an diesem Platz richtig formuliert hat, nur leben tut er leider etwas anderes – dann sage ich Ihnen, wenn wir jetzt bei jeder Aufsichtsbeschwerde einer Oppositionsfraktion erleben, dass sofort der Bundesrechnungshof eingeschaltet wird, (*LTAbsg. Mag. Drexler: „Wer will denn das?“*) das spielt sich ja in der Politik ab, Herr Kollege, (*LTAbsg. Mag. Drexler: „Das ist ein Blödsinn!“*) Sie sind ja so ein Profi, das wissen Sie ja, wie sich das dann abspielen wird. Daher sage ich Ihnen, glauben Sie doch bitte genau so daran, an die tolle Arbeit

unserer Gemeindeaufsicht wie bei Trieben, wo alles aufgedeckt wurde. Ich habe kein Problem, darf ich Ihnen das jetzt da sagen, wenn der Bundesrechnungshof mit der Prüfung der ausgelagerten Gesellschaften zusätzlich beauftragt wird. Aber ich habe ein Riesenproblem, wenn wir dann generell erleben, dass wir bei jeder Geschichte sofort den Bundesrechnungshof haben. (*LTabg. Riebenbauer: „Das ist Skandalisieren!“*) Nein, aber das sehe ich kommen. Daher sage ich Ihnen, ich glaube an unsere Gemeindeaufsicht. An ihre tolle Arbeit – drei Monate haben alle Mitarbeiter der Gemeindeaufsicht sich ausschließlich mit Fohnsdorf beschäftigt, daher bin ich überzeugt, dass es ein guter Bericht ist, der uns alles transparent machen wird. Wenn zusätzlich der Bundesrechnungshof die ausgelagerten Gesellschaften noch prüfen soll, dann soll er das.

Jetzt sage ich Ihnen eines vorweg: Ich werde keiner anderen Lösung in der Landesregierung zustimmen. Haben Sie dann auch den Mut – ich sage Ihnen das hier ganz offen –, den Misstrauensantrag gegen mich zu stellen und wählen Sie mich ab. Aber in einer Politik des Zerstörens unserer Gemeinden werde ich sicher nicht dabei sein. (*Beifall bei der SPÖ*) Ich bitte Sie darum. Also, dann dürften Sie sich vor Weihnachten schon freuen, ja.

Ich darf noch die einzelnen Fragen wie folgt beantworten:

ad 1.: Ich will nicht wieder (*LTabg. Mag. Drexler: „Habe ich selten erlebt!“*) die verfassungsrechtlich festgeschriebene Gemeindeautonomie (*LTabg. Mag. Drexler: „Der Landeshauptmann spricht sich selbst das Misstrauen aus!“*) und die damit verbundene Verantwortung des Gemeinderates sowie des Prüfungsausschusses strapazieren. Wie ich bereits in meiner Anfragebeantwortung im Rahmen der Fragestunde am 07.07.2009 festgehalten habe, wurden an die Gemeindeaufsicht gerichtete Sachverhaltsdarstellungen und Anfragen von der Fachabteilung 7A immer objektiv und ohne politische Einflussnahme geprüft und ausführlich beantwortet. Die Fachabteilung 7A hat die Gemeinde Fohnsdorf immer wieder auf vorliegende Fehler, die zu beheben sind, hingewiesen. Inwieweit diesen Aufforderungen nachgekommen wurde, ist dem Prüfbericht zu entnehmen. Im Juli 2009 wurde auf Ersuchen von Herrn Bürgermeister Straner die umfassende Gebarungsprüfung beauftragt. Ich gehe davon aus, dass wie bereits bisher auch im vorliegenden Prüfbericht alle Fragen objektiv und sachgerecht aufgearbeitet wurden. Der gesamte Prüfbericht ist nunmehr dem Gemeinderat binnen drei Wochen zur Kenntnis zu bringen, das weitere in der Gemeindeordnung festgelegte Prozedere ist ja bekannt.

ad 2.: Wie schon in der Fragestunde am 07.07.2009 ausgeführt, haben die bisherigen Erfahrungen in Öblarn, Knittelfeld, Trieben und Pöfing-Brunn gezeigt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilung 7A ihre Prüfaufgaben objektiv, fachlich äußerst versiert und politisch völlig unbeeinflusst wahrnehmen. Daher ist es für mich eine Selbstverständlichkeit und ein Zeichen des Vertrauens in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilung 7A, dass die Landesregierung alle Vorwürfe im Rahmen einer umfassenden Gebarungsprüfung durch die Fachabteilung 7A

untersucht. Ich gehe davon aus, dass mit diesem Prüfbericht alle offenen Fragen geklärt werden können und sich damit eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof erübrigen sollte.

Dies war meine Antwort im Rahmen der Fragestunde. Und dies, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch heute meine Antwort mit dem Zusatz, den ich ausgeführt habe. Wir haben eine funktionierende Gemeindeaufsicht, die für die Aufsicht bzw. Kontrolle zuständig ist. Wir brauchen keine Doppelprüfung durch den Bundesrechnungshof. Der Prüfbericht hat Mängel und Missstände aufgezeigt, das kann und will ich gar nicht wegdiskutieren. Es ist für mich selbstverständlich, dass diese aufgezeigten Fehler zu beheben sind und sofern notwendig, die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Maßnahmen und Konsequenzen ergriffen werden. Laut Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer als zuständiges Regierungsmitglied für die Aufsicht über SPÖ-Gemeinden, jederzeit die Möglichkeit Konsequenzen zu ziehen und die in der Gemeindeordnung vorgesehenen Maßnahmen zu setzen. Aber offensichtlich scheut sich mein Kollege trotz der angeblich so gravierenden Missstände (*LTA*bg. Gödl: „Die stehen im Bericht!“) vor dieser Entscheidung. Aber diese Entscheidung, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird ihm auch ein Rechnungshofbericht nicht abnehmen können, denn die Konsequenzen hat immer das zuständige Aufsichtsorgan zu ziehen. Wenn Kollege Schützenhöfer davon spricht, dass er keine Märtyrer schaffen will, dann zeigt sich seine wahre Einstellung. Es geht ihm nicht um Aufarbeitung und allfällig rechtlich notwendige Konsequenzen, sondern um Parteipolitik. (*LTA*bg. Straßberger: „Unmöglich, jetzt hören Sie aber auf!“) Durch die Einschaltung des Bundesrechnungshofes möchte er weiter skandalisieren und eine Aufarbeitung der Probleme weiter hinauszögern. Denn eine Aufarbeitung der Problembereiche wäre schon jetzt möglich, der Bericht der Gemeindeaufsicht ist umfassend und beantwortet aus meiner Sicht bereits jetzt alle laut Kollege Schützenhöfer offenen Fragen. Wenn dem nicht so ist, frage ich mich, warum Kollege Schützenhöfer diesen Bericht als umfassenden Gebarungsbereicht der Regierung vorlegt. Warum hat er nicht die Fachabteilung 7A beauftragt, die angeblich offenen Fragen – wie er so schön formuliert – umfassend transparent und vollständig aufzuklären. In diesem Fall wiederhole ich mich gerne: Ich habe nicht zuletzt in Öblarn, Trieben, Pöfing-Brunn und Knittelfeld bewiesen, dass ich für umfassende Aufklärung und Konsequenzen stehe. Das gilt auch für die Causa Fohnsdorf. Es ist alles aufzuklären, wenn notwendig sind die vorgesehenen Maßnahmen und Konsequenzen zu ziehen. Dazu ist aus meiner Sicht kein Bundesrechnungshof erforderlich, dazu genügt die Prüfung und Begleitung durch unsere Aufsichtsbehörde. Darüber hinaus wurde zusätzlich der Bericht an die Staatsanwaltschaft übermittelt, die diesen auf strafrechtliche Relevanz zu prüfen hat und ich gehe davon aus, dass diese – falls erforderlich – weitere Ermittlungen zum Sachverhalt einleiten wird. Nicht die Politik oder die Verwaltung hat zu beurteilen, ob strafrechtlich relevante Tatbestände tatsächlich vorliegen und zu ahnden sind, sondern die Staatsanwaltschaft bzw. die Gerichte.

ad 3.: Allgemein ist festzustellen, dass die Gemeinde Fohnsdorf aufgrund massiver Abwanderung mit finanziellen Problemen zu kämpfen hat. (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Auch nicht die einzige!“) Aufgrund dessen gewährte das Bundesministerium für Finanzen mit Schreiben vom 29.12.2008 der Gemeinde Fohnsdorf eine einmalige Bedarfszuweisung in Höhe von 229.704 Euro. Dazu kommt, wie bei allen Gemeinden, ein massiver Einbruch der Ertragsanteile. Mit Schreiben vom 01.12.2009 habe ich die Fachabteilung 7A gebeten darzulegen, welche Schritte aus Sicht der Fachabteilung 7A im Zusammenhang mit der Therme-Fohnsdorf-Errichtungs- und Betriebs-GmbH kurz- und mittelfristig seitens der Gemeinde Fohnsdorf und des Landes gesetzt werden sollten. Weiters habe ich um Darlegung der Bedingungen, unter welchen eine weitere Auszahlung von Mitteln an die Gemeinde Fohnsdorf bzw. Therme-Fohnsdorf-Errichtungs- und Betriebs-GmbH erfolgen kann, gebeten. Ich habe mich immer zur Therme Fohnsdorf als wichtiges, regionales Leitprojekt bekannt und wie Sie wissen, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch sehr viel Geld zur Verfügung gestellt.

Wie Sie der Anfragebeantwortung von Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer entnehmen können, hat er seitens des Tourismusressorts für die Therme Fohnsdorf die zweieinhalb Millionen aus dem Förderungsrücklauf in Blumau zur Verfügung gestellt. Ansonsten hat er jetzt öffentlich erklärt, er wird keinen zusätzlichen Cent zur Verfügung stellen. Es gibt im Gegensatz zu vielen anderen touristischen Projekten auch keine stillen Beteiligungen des Landes. Auch das Wirtschaftsministerium hat für dieses zentrale Leitprojekt der Region keine Mittel zur Verfügung gestellt – aber schön gesessen bei der Obersteiermark-Konferenz.

Ich stehe auch jetzt voll hinter der Region Obersteiermark West und werde nicht zulassen, dass diese Therme ihre zentrale Funktion als touristischer Motor verliert. Ich werde daher aus meinem Ressort weitere Mittel für den Fortbestand der Therme zur Verfügung stellen. Ich nehme den Prüfbericht der Aufsichtsbehörde aber sehr ernst und werde das nur unter den folgenden Bedingungen tun: Dass ein Aufsichtsrat, der sich aus Experten aus den Bereichen Wirtschaft, Recht und Tourismus zusammensetzt, eingerichtet wird, die Geschäftsführung neu ausgeschrieben wird, die Geschäftsführung dann in Abstimmung mit einem Wirtschaftsprüfer und Tourismusexperten einen Businessplan für die nächsten fünf Jahre zu erarbeiten hat. Außerdem hielte ich es für sinnvoll, (*LTA*bg. Dirnberger: „Ist so etwas nicht von Haus aus üblich?“) dass das Land Steiermark ... – wir waren nicht beteiligt als Land, aber das verstehen Sie nicht ganz, glaube ich. Außerdem hielte ich es für sinnvoll, dass das Land Steiermark eine Beteiligung in Höhe von zumindest 51 % an der Therme Fohnsdorf eingeht, um dieses regionale und touristische Leitprojekt langfristig abzusichern.

Bevor der Gemeinde Fohnsdorf weitere Mittel für ihren Haushalt zur Verfügung gestellt werden können, sind die von der Fachabteilung 7A vorgeschlagenen ersten Sanierungsschritte umzusetzen bzw. einzuleiten. Eine Mittelauszahlung wird nur auf Basis einer Stellungnahme der Fachabteilung 7A erfolgen. Auch im Hinblick auf die Höhe der notwendigen Unterstützung verlasse ich mich auf die objektiven Feststellungen der Gemeindeaufsicht. Sie können sicher sein, dass Mittel nur fließen

werden, wenn seitens der Gemeinde auch die notwendigen Maßnahmen gesetzt werden. Im Zuge der Aufarbeitung der Kritikpunkte ist auch ein mittelfristiger Finanzplan zu erstellen. Aufgrund der Gemeindeautonomie hat über die konkreten Maßnahmen der Fohnsdorfer Gemeinderat zu beschließen, ich gehe davon aus, dass Überlegungen hinsichtlich der sozialen Verträglichkeit von Maßnahmen bei den Überlegungen des Gemeinderates von Fohnsdorf eine zentrale Rolle spielen.

Meine Damen und Herren, ja – Bundesrechnungshofprüfung zusätzlich für die ausgelagerten Gesellschaften, das kann ich nachvollziehen, alles andere nicht. Sonst habe ich verlautet, auf welche Reaktion ich Ihrerseits warte. Ich werde damit kein Problem haben. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ – 11.17 Uhr)*

Präsident: Ich eröffne nunmehr die gemeinsame Wechselrede zu diesen drei Dringlichen Anfragen und weise auf § 68 Abs. 5 in Verbindung mit § 57 der Geschäftsordnung hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die HauptrednerInnen nicht länger als 20 Minuten und die DebattenrednerInnen nicht länger als 10 Minuten sprechen dürfen. Zu Wort gemeldet hat sich Klubobmann Mag. Drexler.

LTAbg. Mag. Drexler (11.18 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf mit einer Vorbemerkung beginnen: Also, es ist ein neuer Beitrag zur politischen Kultur in der Steiermark, dass ein Regierungsmitglied um einen Misstrauensantrag bittet. *(LTAbg. Straßberger: „Er will nicht mehr!“)* Also, das Betteln um einen Misstrauensantrag ist wirklich nur der letzte Beitrag, der einfach hier die politische Kultur zeigt, in welcher sich hier manche offensichtlich bewegen. Ich darf Ihnen aber eines sagen: Es ist mit ein weiteres Zeichen dafür, dass wir zunehmend an der Spitze dieses Landes in der Person des derzeit amtierenden Landeshauptmannes Hilflosigkeit und Verantwortungslosigkeit zu gewärtigen haben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Das zeigt sich auch beim Vorgehen *(LTAbg. Böhmer: „Leere Phrasen!“)* um diese ... - das sind keine leeren Phrasen, Herr Kollege Böhmer. Wenn jemand, der an der Spitze einer Regierung steht, von einer großen Inflation fabuliert, mit der man sich dereinst der Staatsschulden entledigen wird, wenn man das an der Spitze einer Regierung sagt, wenn man vor einer zweiten Blase warnt, weswegen man schnell alles verkaufen soll, weil man den „Spiegel“ gelesen hat – einmal – ja dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist Verantwortungslosigkeit an der Spitze keine leere Phrase, sondern ein bedauerndes Faktum. *(Beifall bei der ÖVP)*

Kommen wir aber zum Thema des heutigen Sonderlandtages: Ich möchte gleich zu Beginn sagen, das umfangreiche Ablenkungsmanöver, das die SPÖ durch ihre 34 Fragen versucht hat, kann als gescheitert betrachtet werden. *(Beifall bei der ÖVP)* Es geht heute nicht um einen Vergleich aller möglichen Tourismusprojekte, die einem einfallen können und um irgendwelche zeitgeschichtliche

Erwägungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, (*LTA*bg. Kröpfl: „Danke, Herr Oberlehrer! Du hast nicht zugehört, was wir gesagt haben!“) es geht heute darum, dass die Mehrheit in der Regierung – die SPÖ-Fraktion in der Regierung – sich trotz der vorliegenden Fakten, trotz des vorliegenden Berichtes, trotz der vorliegenden Situation in der Gemeinde Fohnsdorf weigert, den Rechnungshof einzuschalten, weil sie in Wahrheit offensichtlich gemeinsam mit dem Bürgermeister dieser Gemeinde ein Vertuschungskartell bilden wollen. (*Beifall bei der ÖVP*) (*LTA*bg. Böhmer: „Spricht für deine Kultur!“) Ich verstehe überhaupt nicht, warum Sie in diesem Fall den Rechnungshof dämonisieren. Es war schon der Wortmeldung des Kollegen Kröpfl und jetzt auch den emotionalen Ausbrüchen des derzeit amtierenden Landeshauptmannes zu entnehmen, dass man den Rechnungshof quasi dämonisiert, was wir da Böses im Schilde führen, dass der Rechnungshof wohin kommt. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wes Geistes Kind sind Sie? Der Rechnungshof wird bei vielen Gelegenheiten gelobt, der Rechnungshof und auch die Landesrechnungshöfe sind unverzichtbare Kontrollinstrumente in dieser Republik. (*Beifall bei der ÖVP*) Die zu dämonisieren ist einfach abzulehnen. Und wenn Sie nun so tun, als wäre es völlig ungehörig, dass man für eine Gemeinde den Rechnungshof anfordert: Wir sind heute in einem Gemeinderatssitzungssaal einer Stadt, die ganz selbstverständlich vom Rechnungshof geprüft wird ... (*Landesrat Ing. Wegscheider*: „Fragen Sie einmal den Gemeindebund, was der für eine Freude hat!“) ... und die gleiche Bundesverfassung, die das regelt, lieber Kollege Wegscheider, die gleiche Bundesverfassung regelt auch in ihrem Artikel 127a Abs. 1, dass eine Landesregierung ein begründetes Ersuchen an den Bundesrechnungshof richten kann, eine Gemeinde unter 20.000 Einwohner zu prüfen. Das steht in der österreichischen Bundesverfassung.

Da brauche ich bei einem Faktum, bei einer Vorschrift, Herr Landesrat, die in der Bundesverfassung steht - aus gutem Grund, ich bin stolz auf unsere Bundesverfassung -, brauche ich nicht Positionspapiere befragen, was wer davon hält. Da geht es darum, dass wir alle auf diese Verfassung angelobt worden sind und daher bekenne ich mich auch zu dieser Bestimmung in der österreichischen Bundesverfassung. (*Beifall bei der ÖVP*) Sie dämonisieren den Rechnungshof, Sie unterstellen uns da quasi irgendeine Spielerei, ja sogar die Zerstörung einer Gemeinde. Ich meine, das ist ja völlig unfassbar. Es ist völlig unfassbar, was dieser Landeshauptmann hier zum Besten gibt. Er unterstellt uns, eine Gemeinde zerstören zu wollen. Also ich meine, langsam verstehe ich, warum er sich selbst einen Misstrauensantrag wünscht. Langsam verstehe ich das. Worum geht es? (*LTA*bg. Böhmer: „Warum geht es fünf Jahre schon?“) Dieser Bericht der Gemeindeaufsicht hat offensichtlich eine Reihe von Missständen zutage gefördert. Wissen Sie, meine Damen und Herren, es geht beileibe nicht nur um die Therme. Es geht auch beileibe nicht nur um die ausgegliederten Gesellschaften. Ich meine, da wird ja die Argumentationslinie des Landeshauptmannes endgültig unschlussig. Jetzt soll der Rechnungshof, der gerade vorhin noch furchtbar böse war, zwar nicht in die Gemeinde kommen, aber zu den gemeindeeigenen Unternehmen. Also diese Logik, die werden Sie ohnehin dereinst irgendwo

erklären müssen. Wenn Sie wieder einmal mehr Zeit haben, können Sie in Ihren Memoiren Ihre Entscheidungsfindung zu diesem Thema uns darlegen. (*LTA*bg. Kröpfl: „Die Logik ist ganz klar!“) Tatsache ist, dass es eine Reihe von Verfehlungen gibt – ja, Tatsache ist es, meine Damen und Herren, wenn man die Zeitungen liest, hat man den Eindruck, dass in dieser Gemeinde das Recht in den letzten Jahren mit Füßen getreten worden ist. (*LTA*bg. Kröpfl: *Super, die werden sich bedanken!*“) Es ist so. Ich bedanke mich auch, lieber Kollege Kröpfl. Weißt du, bei wem ich mich bedanke? Bei den Oppositionspolitikerinnen und Oppositionspolitikern in der Gemeinde Fohnsdorf, die sich nicht einschüchtern haben lassen, die jahrelang dafür gekämpft haben, dass die Missstände aufgezeigt werden ... (*LTA*bg. Schleich: „Das ist ja unglaublich!“) ... und die sich am heutigen Tag und in den letzten Tagen endlich bestätigt fühlen. Diesen Damen und Herren ist zu danken. (*Beifall bei ÖVP*) Die Frage, die sich für uns alle stellt, ist folgende: Was, Herr Landeshauptmann, haben Sie zu verbergen? (*LH Mag. Voves: „Ich habe nichts zu verbergen, aber die Gemeinde vielleicht!“*) Was, Herr Landeshauptmann, haben Sie zu verbergen, wenn Sie sich derartig vor der Prüfung des Rechnungshofes fürchten? (*Unruhe bei der SPÖ*) Sie haben nichts zu verbergen, aber Sie meinen, die Gemeinde hat was zu verbergen? Sehr verehrte Damen und Herren, wenn der bis vor wenigen Wochen für die Gemeindeaufsicht zuständige Landeshauptmann jetzt erklärt, er hat nichts zu verbergen, aber die Gemeinde hat vielleicht etwas zu verbergen: Ja, meine Damen und Herren, das ist überhaupt der größte Skandal, der mir am heutigen Tag passiert ist. (*Glockenzeichen*) Es ist völlig unglaublich. (*Glockenzeichen*) (*Präsident: „Ich glaube, wir sollten das Dreiecksverhältnis der Debatte wieder ein bisschen in einen Vortrag des Herrn Klubobmanns zurückbringen.“*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch diese unbeabsichtigte Erklärung ist eines für mich auch klar, was ich heute sagen wollte: (*Hoher Lärmpegel*)

Sie haben gesagt, Sie haben nichts zu verbergen, aber vielleicht die Gemeinde – wie auch immer. (*LH Mag. Voves: „Ich habe gesagt, ich habe nichts zu verbergen!“*) (*Glockenzeichen*) Herr Landeshauptmann, streiten wir uns nicht. (*Präsident: „Bitte gebt alle dem Herrn Klubobmann Mag. Drexler die Möglichkeit, innerhalb der 20 Minuten das zu sagen, was er zu sagen beabsichtigt. Ihr hindert ihn nur durch zu lange Zwischenrufe der eigenen Fraktion.“*) Danke, Herr Präsident. Insbesondere die Abklärung dessen, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat oder nicht, 30 Sekunden nachdem es gefallen ist, hat jetzt Zeit gekostet. Aber es ist für mich ein guter Anlass, auf ein weiteres Argument einzugehen. Wissen Sie, meine Damen und Herren, ich bin am heutigen Tag sehr froh, dass wir seinerzeit die Initiative ergriffen haben, die Gemeindeaufsicht zwischen den beiden Gemeindereferenten zu tauschen. Denn wenn man sich ansieht, was Walter Kröpfl und Franz Voves in den letzten Stunden und letzten Tagen für Argumente genannt haben, damit ja kein Rechnungshof dort dazu kommt – ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen eines: Wenn Franz Voves noch für die Gemeindeaufsicht in dieser Gemeinde zuständig wäre und diesen Prüfbericht bekommen hätte, dann hätte es heute keinen Sonderlandtag gegeben, dann hätte es keine Berichterstattung

gegeben, dann hätte es keinen Ruf nach dem Rechnungshof gegeben, dann würde dieser Bericht sehr gemütlich in irgendeiner Schreibtischlade liegen, meine Damen und Herren. Wie du willst. (*Beifall bei der ÖVP*) Das, meine Damen und Herren, ist ja das. Und liebe KollegInnen von der SPÖ, ich finde das gar nicht so witzig. Das, meine Damen und Herren, ist ja das, was einem eigentlich zu denken geben sollte. (*LTabg. Schwarz: Das ist wirklich ein Trauerspiel!*) Wie wäre das ausgegangen, wenn es diesen Bericht schneller gegeben hätte – sozusagen, wenn noch Franz Voves dafür zuständig gewesen wäre? Man kann es sich nicht ausdenken. Wissen Sie, meine Damen und Herren, wenn der derzeit amtierende Landeshauptmann sich hier an das Pult stellt und uns vorwirft – und auch Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer vorwirft –, man wäre mit dem Ansinnen, in diese Gemeinde den Rechnungshof zu schicken, in Bausch und Bogen gegen alle Gemeinden, ja, man zerstört die Keimzelle der Gesellschaft, die Gemeinden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich weise es auf das Entschiedenste zurück, dass anlässlich dieser Missstände in einer einzelnen Gemeinde 541 andere Gemeinden in Geiselschaft genommen werden. (*Beifall bei der ÖVP*) Es gibt nämlich etliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die mit Sicherheit mit uns den Kopf darüber schütteln, was in dieser Gemeinde denn so alles vorgefallen ist. Dort ist die Gemeindeordnung scheinbar nicht einmal mehr als unverbindliche Empfehlung verstanden worden, sondern man hat sich schlicht und ergreifend überhaupt nicht darum geschert. Meine Damen und Herren, dass das jahrelang dauert, bis hier endlich entschieden eingegriffen wird, das ist in Wahrheit kein gutes Zeugnis für den bis vor wenigen Wochen zuständigen Landeshauptmann Mag. Franz Voves. Und, meine Damen und Herren, wenn hier behauptet wird, das Fordern einer Kontrolle durch den Rechnungshof wäre ein Misstrauen gegenüber der Abteilung und gegenüber den Beamten: Ja, das ist überhaupt das obskurste Argument. Dann ist nämlich der Rechnungshof insgesamt ein Misstrauensinstrument, weil der Rechnungshof prüft in aller Regel Institutionen, die sich auch intern selbst prüfen. Und natürlich prüft der Rechnungshof auch Abteilungen des Landes Steiermark und das gesamte Amt der Steiermärkischen Landesregierung. Meine Damen und Herren, es ist nicht Ausdruck von Misstrauen, wenn der Rechnungshof wo hinkommt, es ist Ausdruck einer gesunden Kontrolle, es ist Ausdruck einer entwickelten Demokratie, dass wir solche Institutionen haben. Und mit Ihrer Dämonisierung des Rechnungshofes, mit dem, was Sie so nebenbei zwischen den Zeilen so behaupten, dass das sozusagen irgendwie fast eine Folterbehörde ist, die da jetzt irgendwie alle „karniefelt“: Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit tun Sie dem Rechnungshof nichts Gutes und Sie tun, nebenbei bemerkt, auch Ihrem politischen Fortkommen nichts besonders Gutes, wenn man sich so über den Rechnungshof auslässt. Warum sind wir hier dafür? Es ist versucht worden, uns eine unschlüssige Linie zu unterstellen, weil wir den Antrag der Grünen seinerzeit nicht mitbeschlossen haben, wo der Rechnungshof aufgefordert worden wäre, die Abteilung zu prüfen. Warum haben wir damals nicht zugestimmt? Weil der Rechnungshof die Abteilung jederzeit prüfen kann und keine Aufforderung von uns braucht. Hier kann der Rechnungshof nur aufgrund eines begründeten Ersuchens der Landesregierung tätig werden. Und hier

ist es notwendig, der Regierung seitens des Landtages eine entsprechende Handlungsanweisung am heutigen Tag mitzugeben, weil die Mehrheit in der Regierung bis zum heutigen Tag nicht bereit war, diese dringend notwendige Rechnungshofprüfung durchzusetzen. (*Beifall bei der ÖVP*) Und noch einmal: Es geht nicht nur um ein angebliches Zukunftsprojekt, das wir jetzt hier torpedieren wollen. Es geht nicht nur um die Therme. Meine Damen und Herren, es geht darum, dass in dieser Gemeinde – wenn man sich das alles anhört, was heute hier gesagt worden ist – über Jahre Zustände wie in der sprichwörtlichen Bananenrepublik geherrscht haben. (*LTAvg. Kröpfl: „Es ist ein Wahnsinn!“*) Wenn man derartig über Rechtsvorschriften hinweggeht, wenn man in sich Geschäfte macht, wenn man beispielsweise hergeht – ich meine, auch das wird viele Bürgermeister interessieren: Wissen Sie, wie viele Bürgermeister tagtäglich „herumköpfeln“ und irgendwie versuchen, Gemeinde/Zivilberuf unter „einen Hut“ zu bringen, meine Damen und Herren? Das ist nicht einfach. Aber hier gibt es eine sehr angenehme Konstruktion. Der Bürgermeister schließt für sich selbst mit seinem Dienstgeber, einem anderen besonders erfolgreichen Unternehmen – nämlich die Österreichischen Bundesbahnen –, einen Vertrag ab, dass er weiter bei der ÖBB beschäftigt bleibt (*LTAvg. Schwarz: „Das ist unglaublich!“*) und die Gemeinde den Österreichischen Bundesbahnen sozusagen das Entgelt ersetzt und der Bürgermeister auf diese Weise sein Bürgermeistergehalt „aufdoppelt“. Das ist etwas, was es, glaube ich, in keinen sonstigen Gemeinden gibt, meine Damen und Herren, weil heute schon Fragen in diese Richtung gestellt worden sind. Das ist ein Faktum, das habe ich, wie ich es in der Zeitung gelesen habe, im ersten Moment gar nicht glauben können, dass man das tun kann. All diese Geschichten führen dazu, dass die „Großmann-Sucht“, die in dieser Gemeinde grassiert hat – zumindest in der Person des Bürgermeisters offensichtlich über Jahre hinweg die völlige Realitätsverweigerung –, möglicherweise den Bürgerinnen und Bürgern diese jahrelange sozialdemokratische Misswirtschaft „auf den Kopf fällt“. Wissen Sie, meine Damen und Herren, wenn dann eine SPÖ hergeht und sich noch dazu weigert, den Rechnungshof hier zuzulassen, dann ist das insgesamt ein Sittenbild, das jeder Beschreibung spottet. Und wissen Sie, Herr Landeshauptmann, vielleicht haben Sie mit Ihren Mutmaßungen, dass Sie nicht mehr allzu lange Landeshauptmann sein werden, sogar Recht, wenn Sie weiterhin eine derartige Politik betreiben, wie Sie sie in den letzten Wochen und Monaten – in Wahrheit in den letzten vier Jahren – in diesem Land vorgezeigt haben. Es gäbe noch viel über einzelne Vorwürfe zu sagen, die in diesem Zusammenhang den Medien zu entnehmen waren. Alles zusammen, meine sehr verehrten Damen und Herren – es gibt ja sicher noch eine Reihe von weiteren Wortmeldungen –, lassen Sie mich eines an diesem heutigen Tag noch sagen: Wir ...- und das ist im Übrigen auch der Unterschied zu Beispielen, die der Landeshauptmann genannt hat und das ist ja so billig. Es ist ja so billig, da wieder auf den Gräfinnen und Prinzen „herumzureiten“ als wäre das irgendeine Kategorie zur Entscheidung. Da kann ich Ihnen wirklich nur eines sagen, (*LTAvg. Schleich: „Das tut weh!“*) Herr Landeshauptmann: Wie der Schelm denkt, so ist er. (*Beifall bei der ÖVP*) Aber eines wird selbst Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit nicht entgangen sein: Bei dem von

Ihnen genannten Fall hat es einen Rechnungshofbericht gegeben – da schau her, hat es einen Untersuchungsausschuss gegeben – auch nicht schlecht. (*LTAbg. Prutsch: „Sehr gewagt!“*) Und nach all diesen Angelegenheiten ist es unter Federführung des Tourismusreferenten Hermann Schützenhöfer zu einer Neuaufstellung dieses Projektes gekommen. Da ist aber alles überprüft gewesen und mit der Vergangenheit abgeschlossen worden, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*) Oder, erinnern Sie sich, Herr Landeshauptmann, der Sie ein bisschen aus der Wirtschaft kommen, erinnern Sie sich – das wundert mich am allermeisten, dass Sie, der Sie ein bisschen aus der Wirtschaft kommen, da nichts gegen diese abenteuerlichen Machenschaften, die es dort gegeben hat, einzuwenden haben. (*LTAbg. Kröpfl: Du hast die historische Wahrheit übersehen!“*) Sie müssten ja noch ein bisschen ein Rest-Know-how haben, das Sie sich bewahrt haben. Sie verweisen ja bei anderer Gelegenheit immer gern darauf, welch weiser Wirtschaftskapitän Sie dereinst waren. Da enttäuscht es mich ja doppelt, dass Sie da nicht ein bisschen genauer hinschauen und auch nicht genauer hinschauen wollen, offensichtlich, was besonders bemerkenswert ist.

Aber, meine Damen und Herren, erinnern Sie sich auch an andere Beispiele in der Geschichte der Steiermark, wo wir immer wieder den Rechnungshof beauftragt haben, zu prüfen. Diese Rechnungshofprüfungen haben uns in der Regel dann auch sehr gute Handlungsanweisungen gegeben. Daher ist es nicht nur zu begrüßen, sondern es ist wahrscheinlich der einzig denkbare Weg, nach dem Aufzeigen dieser Missstände, die es hier in dieser Gemeinde gibt, nun das verfassungsrechtlich gebotene und mögliche Mittel dieses begründeten Ersuchens an den Bundesrechnungshof zu ergreifen. Ich betone das mit der Verfassung deswegen so sehr, weil hier ja irgendwie der Eindruck unterstellt worden ist, das ist nur einer wild gewordenen ÖVP-Truppe eingefallen, dass man da jetzt auf den Rechnungshof verfällt. Es ist dem Bundesverfassungsgesetzgeber – und niemand Geringerem – eingefallen, dass man diese Möglichkeit vorsieht. Deswegen ist das kein Akt der Zerstörung gegenüber den Gemeinden, sondern es ist ein verfassungsmäßiges Handeln. Meine Damen und Herren, wir haben zuletzt etwa hier im Hause beschlossen – ich wende mich hier auch ein wenig an die KPÖ, die das kritisiert hat, dass es nicht so wäre; es war aber anders –, dass wir diesen Bundesverfassungsgesetzgeber auch auffordern, endlich uns als Landesverfassungsgesetzgeber die Möglichkeit zu geben, auch eine Prüfkompetenz für den Landesrechnungshof für Gemeinden unter 20.000 Einwohnern vorzusehen. Wir haben das hier im Haus beschlossen, dass wir das wollen.

Daher geht Ihr Entschließungsantrag in diesem Fall auch ein wenig in die Leere und wendet sich meines Erachtens auch an den falschen Adressaten.

Was will ich damit sagen? Wir bekennen uns zur Kontrolle. (*Präsident: „Ich bitte, zum Schluss zu kommen.“*) Wir bekennen uns auch, Herr Präsident, dazu, aus der Kontrolle die nötigen Konsequenzen zu ziehen. Aber uns hier eine politische Schlammschlacht unterstellen zu wollen und selbst, wie sie im ORF passiert ist, mit den obskursten Argumenten hier zu operieren – warum wir keine Absetzung, warum wir dies und jenes machen –, das, meine sehr verehrten Damen und Herren, stellt der

Sozialdemokratie heute kein überzeugendes Zeugnis aus. Ich hoffe aber, der Landtag stellt sich selbst ein überzeugendes Zeugnis aus, indem er die Landesregierung beauftragt, diese Rechnungshofkontrolle für Fohnsdorf zu verlangen. *(Beifall bei der ÖVP – 11.39 Uhr)*

Präsident: Als Nächster am Wort ist Herr Klubobmann Kaltenegger.

LTAbg. Kaltenegger (11.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren auf der Zuhörergalerie!

Kontrolle ist keine Majestätsbeleidigung, auch wenn es offensichtlich Regierende gibt, die das so auffassen. Wir beobachten das immer wieder, ob das in der Landesregierung ist oder auch in den Gemeinden. Wenn es um Kontrolle geht, man ist selbst betroffen, dann möchte man oft nichts davon wissen. Ich verstehe in dieser konkreten Frage den Bürgermeister von Fohnsdorf überhaupt nicht. In seiner Situation hätte ich den Verantwortlichen schon längst „die Türe eingetreten“, dass sie endlich die Kontrolle schicken, auch den Rechnungshof, damit dann endgültig einmal frei gestellt wird: Ja, das ist alles in bester Ordnung; es gibt nichts, was wirklich zu kritisieren wäre. Dann wäre die Sache vom Tisch.

Und deshalb, muss ich schon sagen, bin ich in dieser konkreten Frage auch etwas misstrauisch. Wenn ich heute vom Herrn Landeshauptmann gehört habe – nur um ein Beispiel zu nennen: Das Finanzministerium, wenn ich es richtig verstanden habe, gibt an Fohnsdorf eine Sonderbedarfszuweisung in der Höhe von über 200.000 Euro. Wunderbar! Die Gemeinde Fohnsdorf allerdings ist wesentlich großzügiger, denn sie hat ca. den zehnfachen Betrag für Abbruchhäuser an eine Firma bezahlt, die noch dazu, wenn ich richtig informiert bin, dem ehemals höchsten Beamten der Gemeinde Fohnsdorf gehört. Hier muss man sich schon die Frage stellen, welchen Vorteil eine Gemeinde hat, eine so große Summe für Abbruchhäuser, die Privaten gehören, zu bezahlen? Mir ist das noch nicht einsichtig, aber vielleicht gibt es jemanden, der mich aufklären kann. *(LTAbg. Riebenbauer: „Der Rechnungshof.“)* Der Rechnungshof wäre eine Möglichkeit. Das ist vollkommen richtig. Und jetzt ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter draußen. *(LTAbg. Hamedl: „Er hört alles mit!“)* Ich hätte ihn nämlich ersucht, heute vielleicht etwas Licht ins Dunkel zu bringen. Ich bin relativ verwirrt, muss ich eingestehen. Vom Herrn Landeshauptmann haben wir früher gehört, dass sich die Gemeindeaufsicht nicht dafür ausgesprochen hätte, den Rechnungshof einzuschalten. Und dann haben wir aber auch gehört, dass es doch dieses Ersuchen der Gemeindeaufsicht gibt, den Rechnungshof einzuschalten, um hier aufzuklären. Jetzt wäre es wünschenswert einfach aufzuklären, gibt es unterschiedliche Berichte, die vorliegen oder gibt es hier Missverständnisse? Ich halte es ja nicht für unwesentlich, ob die Gemeindeaufsicht auch der Meinung ist, dass der Bundesrechnungshof vielleicht eingeschaltet werden sollte. Wir werden das unter Umständen ja noch hören.

Jetzt zu einem Problem, das nicht nur die Gemeinde Fohnsdorf betrifft, das ist die Geschichte mit den ausgelagerten Gesellschaften: Ich halte diese Entwicklung in allen Gemeinden für einen Weg in die Sackgasse, wenn Kernaufgaben von Gemeinden plötzlich in ausgelagerten Gesellschaften betrieben werden. Was passiert dann? Die Gemeinde hat keine Möglichkeit mehr, entsprechend – also der Kontrollausschuss – in die Gebarung Einsicht zu nehmen. So zum Beispiel, wenn man es sich bei der Thermen-Gesellschaft anschaut, kann der Prüfungsausschuss des Gemeinderates dort nicht Einsicht nehmen, weil das ja eine eigene Gesellschaft ist. Die Gemeinde selbst aber muss für alle Angelegenheiten gerade stehen. Das ist doch bitte ein Widerspruch in sich. Das kann es ja nicht sein, dass man dann dem zuständigen Organ nicht einmal die Möglichkeit gibt, Einsicht zu nehmen. Darum halte ich es für notwendig, dass Rechnungshöfe diese ausgelagerten Gesellschaften immer wieder prüfen und nicht nur jetzt in diesem einen Fall.

Es geht jetzt ja nicht nur um Thermen, sondern um alle möglichen Einrichtungen: Müllabfuhr, Kanal usw. werden ausgegliedert und sind der Kontrollmöglichkeit durch die gewählten Gemeindevertreter weitestgehend entzogen. So kann es bitte nicht sein. Das ist jetzt eine „Modeerscheinung“ geworden: Wir müssen alles auslagern. In Wirklichkeit wissen wir dann oft nicht einmal mehr, wie viel Schulden wir überhaupt noch haben, weil die halt irgendwo bei privaten Gesellschaften gebunkert sind. Das verzehrt auch das Bild.

Deshalb möchte ich namens der KPÖ-Fraktion heute einen Entschließungsantrag stellen – besonders, was jetzt die Prüfung durch den Rechnungshof anbelangt.

Es wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Rechnungshof zu ersuchen,

1. die Gebarung der Gemeinde Fohnsdorf zu überprüfen und
2. eine Gebarungsprüfung der ausgegliederten Unternehmungen, an denen die Gemeinde Fohnsdorf beteiligt ist, einzuleiten.

Und das ist bitteschön kein Angriff auf die Fohnsdorferinnen und Fohnsdorfer, sondern im Gegenteil, man muss ja auch eines wirklich sagen: Kleine Kinder haben eine sehr liebenswerte Eigenschaft manches Mal, also wenn sie nicht möchten, dass sie gesehen werden, machen sie einfach die Augen zu.

Wenn man dann doch ein bisschen älter wird, kommt man dann drauf, es funktioniert eigentlich doch nicht, man wird ja doch gesehen und so müsste es auch bei der Prüfung der Gemeindegebarung und den ausgegliederten Gesellschaften sein. Also nicht die Augen verschließen, sondern prüfen, alle Sachen auf den Tisch und wenn wir sie auf dem Tisch haben, dann können wir Lösungen finden. Wenn wir die Augen verschließen, dann kann es passieren, dass wir mit geschlossenen Augen – obwohl wir sie eigentlich offen haben – in die Katastrophe gehen. Das sollte nicht geschehen, weder

bei der Therme Fohnsdorf, noch bei der Gemeinde Fohnsdorf, sie sollen weiterhin leben können, aber wir brauchen entscheidende Fakten auf dem Tisch. Die müssen wir bekommen, der Rechnungshof kann sie liefern. Deswegen glaube ich, dass der Antrag sinnvoll ist und eigentlich niemand, der guten Willens ist, etwas dagegen haben könnte. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der KPÖ – 11.48 Uhr)*

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Voves (11.48 Uhr): Herr Klubobmann, Kollegin Klimt-Weithaler, ich versuche aufzuklären aus meiner Sicht: Der Antrag des Kollegen Schützenhöfer, der Regierungssitzungsantrag war so abgefasst, dass Sie glauben könnten, die Gemeindeaufsicht hätte die Prüfung durch den Bundesrechnungshofbericht verlangt. Das ist aber nicht so. Verlangt hat das ausschließlich der politisch zuständige Gemeindeferent oder Gemeindeaufsichtsreferent in dem Fall, aber nicht die Gemeindeaufsicht. *(11.48 Uhr)*

Präsident: Bitte, als Nächster am Wort ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer.

Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer *(11.49 Uhr)*: Das kann ich bestätigen, das ist auch nicht die Aufgabe der Gemeindeabteilung, es ist die Aufgabe des politischen Referenten, die Konsequenzen zu ziehen oder Maßnahmen vorzuschlagen, das habe ich getan. Und in Abwägung Amtsenthebung usw. oder Bundesrechnungshof habe ich mich zunächst einmal für den Bundesrechnungshof entschieden und das der Regierung vorgeschlagen. *(11.49 Uhr)*

Präsident: Als Nächste am Wort ist die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek, ich erteile es ihr.

LTabg. Lechner-Sonnek *(11.49 Uhr)*: Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne und im Hohen Haus!

Ich habe heute einmal so nachgedacht und mir ist eingefallen, die Zeit vor der letzten Landtagswahl, die Zeit der Versprechen - Wahlkampfzeiten sind immer Zeiten von großen Versprechungen – und im Konkreten ist mir eingefallen die Situation der sogenannten Elefantenrunde, so nennt man das, wenn die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten im ORF zusammensitzen und miteinander diskutieren. Dort habe ich mich beklagt darüber, wie intransparent in der Steiermark Politik passiert, dass man einfach nicht einmal weiß in der Steiermark – wir hier und Sie auch – worüber die Landesregierung jeden Montag berät und schon gar nicht, was raus kommt. Irgendwie ist das unfassbar, oder? Oder z.B. dass es keine klare Auflistung dessen gibt, wo das Geld hingehet in Sachen Förderung usw. usf. und Sie, Herr Landeshauptmann haben dort dann eigentlich versucht, die Türen

weit aufzustoßen und haben gesagt: „Ja, das ist ja wirklich ganz schlecht, so kann es nicht weitergehen und volle Transparenz und all das wird geöffnet und alles wird einsehbar und es wird eine neue demokratiepolitische Kultur geben in der Steiermark.“ Ich kann mich noch sehr, sehr gut erinnern, weil sehr viele Menschen da auch eine Hoffnung damit verbunden haben mit ihren Ansagen und viele, viele Menschen der SPÖ ihr Vertrauen geschenkt haben in der Hoffnung, dass das, was so verzopft und verfilzt in der Steiermark als Landespolitik oft einmal daherkommt im Wesentlichen – es war von beiden Parteien immer geprägt bei SPÖ und ÖVP aber doch auch sehr stark von der „Landeshauptmannschaft“ oder „-Frauschaft“ der ÖVP - dass sich das einmal ändern könnte. Und das ist eine sehr bittere Erfahrung, dass sich daran aber nichts geändert hat, weder das, was Sie dort bei der Elefantenrunde versprochen haben, noch das angekündigte Fördercontrolling ist jemals zustande gekommen, sodass es diesen Namen verdienen würde. Wir haben im Übrigen auch einmal ein Beteiligungsmanagement gefordert, weil Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, das heute gesagt haben und haben als Antwort bekommen: „Geht nicht, brauchen wir nicht!“ Nichts von all diesen Dingen ist gekommen.

Und wir haben und das möchte ich Ihnen auch sagen - und das ist für mich sehr wichtig, das heute hier herauszuarbeiten, wir haben – wir haben noch immer eine Situation in der steirischen Landespolitik, wo das einfach auf ... oder sagen wir so, das ist ein Boden, sowie in der Steiermark Landespolitik betrieben wird, das ist ein guter Boden für solche Situationen, wie wir es hier im Moment haben. Vieles passiert nach wie vor hinter verschlossenen Polstertüren und über vieles darf auch hier der Landtag nicht reden bzw. offensichtlich keine Information bekommen, obwohl dieser Landtag, meine Damen und Herren, über das Budget entscheidet, über den Rechnungsabschluss entscheidet, eigentlich schon deswegen jegliches Recht hätte alle Daten anzuschauen. Nein, so darf es offensichtlich nicht sein.

Und auch heute erleben wir wieder diese Situation. Wir haben die zwei großen Parteien, die aufgrund des Proporz immer miteinander in der Regierung sitzen, egal wie die Wahl ausgeht, könnten wir fast sagen, haben wir noch immer die Situation, dass sehr hoheitlich umgegangen wird mit den Gemeinden. Wir haben zwei Gemeindereferenten - übrigens ich weiß nicht, ob Sie das wissen, österreichweit einzigartig, in anderen Bundesländern gibt es eine Person, die für die Gemeinden zuständig ist, genauso wie es eine Person gibt, die für Soziales zuständig ist und eine Person, die für Gesundheit zuständig ist, nein bei uns sind es zwei. Und die teilen sich die Mittel, die der Bund, also die der Steuerzahler und die Steuerzahlerin für die Gemeinden der Steiermark zur Verfügung stellt, teilen sich die beiden auf. Aber sie teilen es sich nicht so auf: Wie viele Bürger leben in den jeweiligen Gemeinden, in den roten und in den schwarzen? Nein, sie teilen es sich so auf: Wie ist die Landtagswahl ausgegangen? Das hat zwar absolut gar nichts mit der Arbeit und den Aufgaben der Gemeinden zu tun, aber so läuft das in der Steiermark. Und diese beiden Herren - seit 4 Jahren sind es Herren - gehen nach wie vor in der Gegend herum und verteilen die Mittel. Angeblich gibt es

Kriterien, die Einhaltung kann hier niemand überprüfen, wir erfahren nicht einmal, wie viel Geld eine Gemeinde in welchem Jahr für welches Projekt bekommen hat.

Und ich sage Ihnen deswegen das so deutlich, weil diese Form, wie mit Mitteln umgegangen wird, wie mit Entscheidungen umgegangen wird, direkt dorthin führt, dass man sich nicht wundern darf, dass es auch ein Kontrollversagen gibt und wir haben es hier heute ganz massiv mit Kontrollversagen zu tun. Wir haben heute schon einiges gehört davon, wie Kontrolle empfunden und erlebt wird. Und wenn man den Regierungsparteien zuhört, dann ist Kontrolle eher was Schlechtes, meistens etwas Übelmeinendes und Übelwollendes, etwas Schädigendes. Und wenn man sagt, wir wollen eine Sache genau wissen, wir wollen da genauer hinein schauen, dann wird einem sofort unterstellt, dass man damit die Sache an sich schlecht machen möchte. Nur meine Damen und Herren, man muss sich im Umkehrschluss die Frage gefallen lassen: Was versucht man zu verbergen, in dem man sagt, man darf nicht reinschauen, wenn die Sache ohnehin in Ordnung ist und wenn die jeweilige Gemeinde oder die Gemeinden ihre Arbeit gut machen – und das ist in der Mehrzahl der Fall – warum darf man dann nicht hinein schauen? Und warum darf dann nicht eine Institution oder dürfen nicht Institutionen hineinschauen, die das als Aufgabe haben, eine profunde, seriöse, überparteiische Kontrolle zu machen? Das ist der Landesrechnungshof und das ist der Bundesrechnungshof, meine Damen und Herren, genau dafür gibt es diese Einrichtungen, die liefern Berichte ab, die können das gut und die verurteilen nicht. Die sagen nicht: „Das und das hat jetzt zu geschehen“, sondern die arbeiten uns zu, sodass wir nachvollziehen können, was da gelaufen ist und was nicht z.B. den Regeln des Gesetzes oder den Regeln einer Finanzwirtschaft in einer Gemeinde entsprechend gelaufen ist.

Was ist heute auch gefallen? Walter Kröpfl, hat mich echt entsetzt, die Frage: „Wie viele Stunden an Kontrolle sind hier investiert worden?“ Entschuldigung, wenn ich das so oststeirisch sage, da hat es mir die „Ketten hinaus gehaut“ (LTAvg. Kröpfl: „Das ist interessant!“)– ja wirklich! (Beifall bei den Grünen – LTAvg. Böhmer: „Wieviele Stunden?“) Das sage ich dir, lieber Wolfgang Böhmer: 1.600 Arbeitsstunden. (LTAvg. Böhmer: „Warum?“) Nein weißt, du musst bedenken was du mit deiner Frage auch auslöst und was du für ein Bild zeichnest. (LTAvg. Böhmer: „Ich will wissen, wie viele Stunden da waren!“) Ganz so naiv wollen wir es nicht halten. Natürlich darf man hier alles fragen, was nicht gesetzlich verboten ist, aber man muss auch aushalten, dass ein Rückschluss gezogen wird darauf, wie jemand eine Sache sieht. Und die Frage zu stellen, wie viele Stunden (wie viel wahnsinnig viele Stunden) sind hier verwendet worden ... (LTAvg. Böhmer: „Das ist eine Interpretation!“) ... für die Kontrolle dieser Gemeinde, die finde ich doch wirklich steil und ich sage Ihnen ganz genau warum, meine Damen und Herren. Wenn ich die finanziellen Mittel, die notwendig sind, um auszubügeln, was in den Gemeinden Trieben, Fohnsdorf und Köflach passiert ist, wenn ich die hernehme, dann habe ich die Gesamtsumme der Sozialhilfemittel des Landes Steiermark, die auf Landesseite aufzubringen sind und das sind andere Größenordnungen meine Damen und Herren. Und damit in den Raum zu stellen, dass man nicht kontrollieren soll, weil das so teuer ist– um Gottes

Willen, 1.600 Stunden – das halte ich für unglaublich. Das halte ich für unglaublich, nicht nur aber besonders auch vor diesem Hintergrund, um welche Summen es geht. Und ich sage Ihnen meine Damen und Herren, wofür die Steiermark kein Geld hat: Die Steiermark hat kein Geld für Misswirtschaft. (*Beifall bei den Grünen und der ÖVP*) Das möchte ich in den Adventkalender des 4. Dezember geschrieben haben, das soll der heutige Tag mit Sicherheit klarstellen. (*LTabg. Böhmer: „Die heilige Barbara!“*) Was ist – die heilige Barbara darf auch drinnen stehen, aber ich sage Ihnen eines: Ich möchte, dass dieser Tag Folgen hat. Ich komme noch dazu, ich möchte, dass dieser Tag Folgen hat.

Zur Kontrolle: Ich möchte noch eine weitere Beobachtung beistellen und Sie auf etwas aufmerksam machen. Ich habe vorher gesprochen von den 2 Gemeindereferenten, die sehr – sagen wir einmal so – Freihand entscheiden können, welche Gemeinde wofür welches Geld bekommt, wir können es ja nicht kontrollieren. Wir können im Übrigen auch nicht wahrnehmen hier im Landtag, wie viel von den Bedarfszuweisungsmitteln wirklich dafür verwendet werden, solche Defizite, die durch Misswirtschaft entstehen, auszubügeln – können wir auch nicht, finde ich auch nicht in Ordnung.

Aber was ist heute noch passiert? Hier heute ist passiert, dass die Landesregierung sagt, wann der Rechnungshof eine Gemeinde prüfen darf und wann nicht. Das ist eine zu kleine Schleife meine Damen und Herren. Wenn die Landesregierung die durch ihr Tun oder Nichttun auch zu solchen Situationen beiträgt, in der Hand hat zu entscheiden, ob weiter geprüft wird oder nicht, das ist nicht Demokratie, meine Damen und Herren. (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Das ist Bundesverfassung!“*) Das ist mir zu wenig. Das ist mir zu wenig, ja ich würde eh mit meinen Ratschlägen zum Schluss noch aufwarten, Herr Landesrat Wegscheider, es ist ... (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Lesen Sie in der Gemeindeordnung nach!“*) ... ja ja, ich kenne die Gemeindeordnung. Aber wissen Sie was? Es gibt so etwas wie einen politischen Willen. Witzigerweise muss ich das in der letzten Zeit öfter mal sagen und super, ausgerechnet schon wieder zu Ihnen, Herr Landesrat! Es gibt so etwas wie einen politischen Willen und wenn wir wollen, wenn wir wollen, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler auch erfahren können, wie ihr Geld investiert wird und ob es gut eingesetzt wird und ob damit gut gewirtschaftet wird oder nicht – und ich will das, wir wollen das – dann führt kein Weg daran vorbei, dass die Rechnungshöfe, Landes- und Bundesrechnungshöfe Gemeinden prüfen dürfen, daran führt einfach kein Weg vorbei. Und dass es nicht notwendig sein muss, ob ein Regierungsmitglied sagt: „Prüfen oder nicht prüfen.“ Das ist demokratiepolitisch nicht einwandfrei, so erwarte ich mir das nicht in der Steiermark, meine Damen und Herren. Es wird nach wie vor hinter verschlossenen Polstertüren entschieden, ob irgend etwas untersucht werden darf oder nicht und im Übrigen meine Damen und Herren, da sind sich die beiden Parteien offensichtlich nach wie vor einig im Geiste – ich weiß nicht, ob Ihnen das heute aufgefallen ist? Es gibt Dinge, da sind sich die beiden einig, in diesen Dingen, was kontrolliert werden darf und was nicht kontrolliert werden darf, sind sie sich einig.

Meine Aufforderung an beide Regierungsparteien: Klären Sie die Verhältnisse! Klären Sie der Verhältnisse! Wenn alle Dinge auf dem Tisch liegen, wenn man alles anschauen kann, dann ist es nicht möglich, das zu tun, was Sie sich heute wechselseitig unterstellen, nämlich die Situation, in den Gemeinden zu missbrauchen für eine Debatte, die so nicht sein soll. Sie beide haben heute die Gemeinden dafür instrumentalisiert, wie Sie glauben, dass Sie sie am besten aufstellen – jetzt vor der Landtagswahl. Sie beide haben das heute gemacht und Sie beide haben in der Hand, die Situation zu verbessern und Klärung zu ermöglichen.

Der ÖVP kann ich nur sagen – vielleicht auch ins Adventfenster geschrieben: Stimmen Sie zu zur Abschaffung des Proporz. Wenn klar ist, wer Regierung ist und wer Opposition ist und wenn nicht Gewohnheit ist, dass immer die zwei gleichen Parteien immer die gleiche Art der Mittelvergabe praktizieren können, dann schaut die Situation anders aus. Sie wissen das, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, wir haben darüber ja schon verschiedentlich diskutiert, die ÖVP hat da wirklich etwas in der Hand und sie sollte es gebrauchen. Ich glaube, der Rest des Landtages würde das sehr zu würdigen wissen.

Eine Aufforderung an beide: Stehen Sie dem nicht im Wege, dass alle Gemeinden durch die Institutionen geprüft werden können, die eigens für die Prüfung der öffentlichen Gebarung aller Gremien und aller politischen Ebenen installiert worden sind, nämlich der Rechnungshöfe.

Und eine Aufforderung an die SPÖ natürlich: Stehen Sie einer Prüfung der Gemeinde Fohnsdorf durch den Rechnungshof nicht im Weg und auch nicht einer Prüfung der Gemeindeaufsicht und auch nicht einer Einsetzung des Regierungskommissärs. Und Herr Landeshauptmann, ein Tiefpunkt des heutigen Tages finde ich war Ihre fast kokette Aufforderung: „Ihr könnt mich ja abwählen!“ Die Nachhilfe brauchen wir nicht, wir kennen die Geschäftsordnung. Wir wissen, dass es möglich ist, ein Regierungsmitglied abzuwählen. Aber ehrlich gestanden, gezuckt hätte es mich schon in den Fingern. Nur ich habe mir dann gedacht: So leicht sollten wir es ihm nicht machen. So geht es einfach nicht. Man kann nicht einfach, wenn einem einmal was nicht passt, was der Landtag beschließt, das Sandküberl ins Eck feuern und sagen: „Ich gehe halt!“ (*Beifall bei den Grünen und der ÖVP*) Herr Landeshauptmann, ich erwarte mir von Ihnen, dass Sie die Beschlüsse, die dieser Landtag heute fällt umsetzen, das erwarte ich mir von Ihnen. Meine Damen und Herren, ich denke mir, auch die Bevölkerung geht immer davon aus, dass Beschlüsse des Landtages von der Landesregierung umgesetzt werden. Ich glaube, Sie und wir, wir werden ganz genau hinschauen, ob diese Beschlüsse umgesetzt werden, das kann ich mit Sicherheit garantieren. Alle weiteren Schritte, die die Geschäftsordnung dem Landtag in die Hände legt, alle weiteren Schritte werden wir uns gut überlegen und wir wissen, was unsere Möglichkeiten sind. Aber zuerst einmal fallen wir die Beschlüsse und dann, Herr Landeshauptmann, erwarten wir natürlich die Umsetzung dieser Beschlüsse. Danke. (*Beifall bei den Grünen und der KPÖ 12.04 Uhr*).

Präsident: Als Nächster am Wort ist der Herr Klubobmann Kröpfl.

LTAbg. Kröpfl (12.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, verehrte Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben jetzt eine sehr, sehr ausführliche Debatte schon über dieses Thema Fohnsdorf hinter uns und wie ich gesehen habe an den Wortmeldungen, haben wir noch eine längere Debatte auch vor uns und es ist gut so, dass wir dieses Thema sehr intensiv und sehr genau diskutieren.

Ich bedanke mich bei dir, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dass du diese 34 Fragen, die wir an dich gestellt haben, dass du diese beantwortet hast. Du hast einleitend ein Loblied auf den Tourismus abgefeuert, das ist auch gut so, der Tourismus – wir haben ein Glück gehabt, dass es sehr gute Zahlen gibt und dass die Regionen einigermaßen gut ausgelastet sind. Aber ein paar Bemerkungen darf ich vielleicht zu deinen Ausführungen doch machen. Wenn du – du hast davon gesprochen, dass der Rohbericht vorbesprochen wurde und dort ist glaube ich schon, oder hättest du in deiner Abteilung mit deinen Leuten schon erkennen müssen, wohin der Endbericht gehen wird. Da hätte man aber auch von dir erwarten können, dass du schon zu diesem Zeitpunkt die Gemeinde einmal geholt hättest und einmal gesagt hättest: „Schaut einmal her, was da los ist und könnt ihr jetzt schon irgendwelche Vorschläge machen?“ Das ist nicht passiert, das hast du eben nicht gemacht.

Eine zweite Geschichte, zur Frage der Staatsanwaltschaft, warum die eingeschaltet wurde, da hast du gesagt, es hat zwar keine konkreten Vorwürfe gegeben, aber ihr habt einfach den Bericht einmal der Staatsanwaltschaft gegeben und gesagt: „Schaut einmal, ob da etwas Strafrechtliches drinnen ist.“ (*LTAbg. Mag. Drexler: „Die Fachabteilung!“*) Ja, die Fachabteilung, wer auch immer, einfach hingegeben und gesagt: „Da schaut einmal, ob da irgend etwas drinnen steckt.“ Und noch eines ... (*LTAbg. Mag. Drexler: „Die Fachabteilung muss es auf Grund des Gesetzes!“*) ... weil du gesagt hast: „Verantwortung über das Land tragen“, genau darum geht es ja auch, dass man für dieses Land Verantwortung trägt. Und deswegen geht es auch darum, wie man mit solchen Berichten umgeht und diese Kritik muss ich aufrechterhalten und werde ich immer aufrechterhalten. So wie du, Herr Landeshauptmannstellvertreter, mit diesem Bericht vorgegangen bist, das ist einfach aus meiner Sicht und aus Sicht der SPÖ nicht korrekt. Wenn so ein Bericht vorliegt, dann hat man zuerst die Gemeinde damit zu beschäftigen und nicht die Öffentlichkeit. Und ich glaube nicht, dass die Medien, die Journalistinnen und Journalisten deine Berater sein sollten für dein politisches Handeln. Sondern wichtig in dieser Frage wäre es gewesen, ... (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Unverständener Zwischenruf!“*) ... na ja, aber es schaut so aus, weil du hast kaum den Bericht in der Hand gehabt, ist am nächsten Tag in der Kleinen Zeitung gestanden, was da für Grauslichkeiten drinnen stehen. Wie kommt den die Kleine Zeitung dann zu dem Bericht? (*LTAbg. Kasic: „2006 haben schon die ersten Medien berichtet darüber!“*) Das ist sagenhaft, wie das passiert ist. Und noch eines möchte ich sagen: Die Bürgermeister werden sich sehr sehr bedanken bei euch von der ÖVP.

Weil die können in Zukunft immer damit rechnen: Wenn es einen Bericht der Fachabteilung gibt, dass eine Gemeinde geprüft wird: Am nächsten Tag stehen wir in der Zeitung. (LTAbg. Kasic: „Sind alle roten Gemeinden so schlecht?“) Genau so wird es sich abspielen, die werden sich sehr bei euch bedanken. So ist die Geschichte. (LTAbg. Dirnberger: „Behauptest du, dass alle Gemeinden solche Verfehlungen machen?“)

Aber es gibt sehr viele Berichte, Kollege Dirnberger, du weißt das. Schau, warum bremst denn dein Kollege Mödlhammer bei den Prüfungen? Warum bremst er denn? Warum ist er nicht einverstanden, dass die Landesrechnungshöfe die Gemeinden prüfen sollen? Warum will er das nicht?

Weil er genau weiß, was das bewirkt, nämlich dass man dann ständig die Gemeinden in die Öffentlichkeit zerrt und parteipolitisches Kleingeld wechselt und das soll man nicht in der Gemeinde. (Beifall bei der SPÖ – LTAbg. Mag. Drexler: „Kleingeld ist das nicht, worüber wir heute reden!“) Dort, verehrte Damen und Herren, wo es Missstände gibt – und das hat der Landeshauptmann ganz klar gesagt heute, auch dass das in Fohnsdorf oben nicht alles richtig war, (LTAbg. Kasic: „Jetzt wissen wir was Kleingeld ist, Herr Landeshauptmann!“) aber was der Herr Landeshauptmann ganz klar gesagt hat: Wo es Missstände gibt, die gehören aufgeklärt und die werden aufgeklärt. Wir haben das bei einigen Gemeinden, so wie es der Herr Landeshauptmann, wenn ihr zugehört habt, Ihnen gesagt hat. Es sind rote Gemeinden und er war auch für die Kontrolle der roten Gemeinden zuständig und deswegen hat er dort keine Sekunde gezögert und hat gesagt: „Da gehört aufgeklärt und da wollen wir hinein schauen und da schauen wir hinein.“ Und das ist auch richtig so, da brauchen wir keine Angst haben.

Aber jetzt zu dem konkreten Fall, weil die Frau Lechner-Sonnek mir vorwirft, dass ich frage, wie viele Stunden da hinein gegangen sind. Ja bitte, ich wollte wissen, wie intensiv sich die Abteilung wirklich mit dem Problem beschäftigt hat. (LTAbg. Mag. Drexler: „Ja genau!“) Ja und 1.600 Stunden, verehrte Kolleginnen und Kollegen zeigen ja, dass die Gemeindeaufsicht sehr, sehr genau kontrolliert hat. Weil, wenn die dort in 50, 60 Stunden fertig gewesen wären, dann hätten wir sagen können: „Das ist ein oberflächlicher Bericht, da brauchen wir eine Ergänzung.“

Und wir stehen auch dazu, verehrte Damen und Herren, dass eben das, was die Fachabteilung nicht prüfen konnte, das sind die ausgelagerten Gesellschaften, dass die jetzt vom Bundesrechnungshof geprüft werden. Dazu stehen wir ja. Aber wir stehen nicht dazu, dass wir jetzt den Bundesrechnungshof noch einmal auf die Gebarung der Gemeinde draufsetzen. Dazu sind wir einfach nicht zu haben, verehrte Damen und Herren.

Zu dem ganzen Problem, warum es überhaupt zu dieser Therme gekommen ist, hat unser Landeshauptmann auch schon ausgeführt, ich wiederhole das nur, weil ich merke, in diesem Haus ist das oft notwendig, dass man Dinge wiederholt.

Ihr könnt euch alle erinnern, die Obersteiermarkkonferenz im März 2005, alle sind dort gesessen nach dem Debakel des A1-Ringes, das die ÖVP zu verantworten gehabt hat, nach diesem Debakel sind alle

dort gegessen und haben gesagt: „Ja, jetzt müssen wir etwas tun für diese obersteirische Region. Jetzt müssen wir nach vor preschen, jetzt ist Handeln angesagt.“ Groß haben sie alle versprochen und Versprechungen abgegeben und der Herr Landeshauptmann hat schon aufgezählt, wer alles in den ersten Reihen gegessen ist. Nur was ist passiert? Nichts ist passiert. Den A1-Ring haben wir noch immer nicht und so wie er war, werden wir ihn auch nicht mehr bekommen. Wir bekommen eine abgespeckte Variante und das auch nur, weil sich die SPÖ sehr intensiv eingesetzt hat. Und das Zweite, bei der Therme Fohnsdorf versucht ihr alles zu tun, damit die ja nicht ins Laufen kommt. Und das kritisieren wir, verehrte Damen und Herren, das ist das, was wir wirklich anprangern.

Wir sind für alle Regionen, wie wir es heute schon bei der Einbringung gesagt haben, wir stehen zu allen Regionen, wir wissen, dass es viele Probleme gibt. Wir wissen auch, dass finanzielle Zuschüsse notwendig sind in bestimmten Bereichen. Wir wollen nur nicht haben, das wir sagen: „Da sind die Roten, die wirtschaften alle so schlecht und da sind die Schwarzen und die geht es so gut, die brauchen ja nichts“, (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Das hat kein Mensch gesagt!“*) denn dieses Bild stimmt ja nicht.

Ja, aber da haut ihr nur auf die roten Gemeinden hin und Fohnsdorf habt ihr euch ganz besonders ausgesucht. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Eine Legendenbildung!“*) Na ja, es geht euch – schau einmal, seit dem Jahre 2005, seit dem 2. Oktober 2005 geht es euch ja um nichts anderes, als dass ja die SPÖ in dem Land keinen Erfolg hat, nur es gelingt euch nicht. (*Beifall bei der SPÖ –*) Es gelingt euch nicht, es wird euch nicht gelingen, das Bild ... *LTAvg. Mag. Drexler: „Wenn ich an die Europawahl denke, ist schon etwas gelungen!“*) ... na ja, jetzt kommt er mit der Europa-Wahl, ich meine so viel besser seid ihr auch nicht gewesen, weil die paar Prozente, das könnt ihr euch aber auch schon – da brauchst dir nicht unbedingt ein „Fahnderl“ auf den Hut heften, lieber Christopher.

Ich glaube dir schon, du wärst froh über die paar Prozent, was ihr vorne wäret, aber das wird's nicht spielen, weil die Leute in diesem Land erkennen, was sich in den letzten 4 Jahren verbessert hat. Schaut euch den ganzen Bereich der Wohnbeihilfe an ... (*LTAvg. Kasic: „Verschlechtert!“*) ... nein, weißt, wir machen eine andere Politik, wir machen eine soziale Politik. Wir machen eine Politik für die Menschen in diesem Land und wir betreiben keine Kartellpolitik. (*Beifall bei der SPÖ*) Nur so viel dazu.

Das habe ich schon gesagt, brauche ich nicht mehr. Jetzt kommen wir zur Reverstaatlichung, weil das der Landeshauptmannstellvertreter auch angespielt hat – gibt es nicht, Reverstaatlichung. Wir können uns alle – und der Christopher hat ja heute so ein bisschen Geschichtsaufarbeitung auch gemacht – wir können uns daran erinnern, als es noch diese Holding gegeben hat, die Landesholding: Das war schlecht, das geht nicht, die öffentliche Hand kann nicht wirtschaften. Dann haben wir das alles privatisiert, die Schilifte, die Thermen sind alle privatisiert worden. Was ist heute? Heute stellen sich die wieder an, wie auch in den anderen Bereichen, stellen sich diese wieder an und sagen: „Bitte helft uns, wir können alleine nicht mehr davon kommen.“ Und ich habe mir gedacht, das Private ist um so

viel besser. Und jetzt sagen wir, wie wir auch bei den anderen Bereichen gesagt haben, die jetzt auf öffentliches Geld zugreifen müssen: „Ja OK, wir helfen denen, aber dann wollen wir auch dort drinnen mitreden, dann wollen wir als Land dort dabei sein und nicht still beteiligt und ruhig sein, sondern dann wollen wir dort mitsprechen.“ (*Beifall bei der SPÖ*) Dann wollen wir ein Mitspracherecht haben, das hat mit einer Reverstaatlichung nichts zu tun, lieber Herrmann.

Das hat damit gar nichts zu tun, sondern wenn wir dort Geld hingeben, dann wollen wir dort mitreden und nicht am Ende dann zuschauen: Jetzt schauen wir wieder durch die Finger. Dann stellen sich die wieder an und wir tun wieder ein Geld dort hineinbuttern. Dafür sind wir nicht zu haben. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Weil das eine Legendenbildung ist!“*) Na ja, schau einmal, wie viel Geld in den einzelnen Thermen hinein geronnen ist, seit dem sie alleine stehen, schau dir das einmal an. (*LTAbg. Majcen: „Und wie viel zurückgekommen ist!“*) Ja, wunderbar. Ja warum? Wenn eh so viel zurückgekommen ist, dann ist es ja kein Problem, warum können sich dann die Thermen nicht selber erhalten, die Privaten? Warum brauchen sie dann immer die staatliche Unterstützung? (*LTAbg. Riebenbauer: „Und wer wollte die H2O-Therme?“*) Eines noch zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: Ich habe aufmerksam verfolgt, was du nach der Rede von Bundeskanzler Faymann gesagt hast und da ist mir ein Zitat aus dem ORF.at so aufgefallen, dass ich mir gedacht habe, das muss ich heute unbedingt bringen. Du sagst dort – wörtlich jetzt, ich hoffe, dass die richtig zitiert haben, also ich habe das nicht kontrolliert, aber du wirst das ja dann sagen können. Wörtlich, so steht es da: „An sich gibt es keine Alternative. In Zeiten wie diesen, wo wir eine Finanzkrise, eine nach wie vor anhaltende Wirtschaftskrise haben, müssen, sollen die beiden Großen zusammenarbeiten. Eine Alternative dazu gibt es nicht.“ Jetzt frage ich dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter ... (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Ist richtig zitiert!“*)... - ist richtig zitiert. Jetzt frage ich dich, Herr Landeshauptmannstellvertreter: Gilt das nur für den Bund oder gilt das auch für das Land? (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Auch für das Land!“*) Gilt auch für das Land, gut. (*Beifall bei der SPÖ*)

Dann Herr Landeshauptmannstellvertreter bin ich froh über deine Aussage, dann kann ich ja zuversichtlich sein, dass es doch zu einer Zusammenarbeit kommt ...

(*LTAbg. Mag. Drexler: „Ich glaube mit 41 %!“*) ... dass ihr das nicht verweigert. Nein, den Spruch habe ich schon immer gehabt. Christopher, der Spruch ist abgedroschen, den habe ich schon immer bei der Frau Klasnic verwendet, das ist schon uralt. Aber weil der Christopher gesagt hat mit dem Prüfen von Graz, dass Graz vom Rechnungshof geprüft werden muss, ja das ist rechtlich festgelegt. Aber du wirst auch wissen ... (*LTAbg. Mag. Drexler: „Wir haben auch einen Stadtrechnungshof. Einen exzellenten Stadtrechnungshof!“*) ... ja, du wirst aber auch wissen, dass auch die Fachabteilung des Landes auch Graz prüfen könnte. Wir prüfen aber Graz nicht, weil wir uns verlassen drauf, wir verlassen und drauf, dass der Rechnungshof das ganz korrekt abwickelt und dass die einen Stadtrechnungshof haben und dass wir da nicht zu den 2 Kontrollen noch eine 3. Kontrolle dazugeben

müssen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Was ist da so grausliches drinnen?“*) Und das ist unser Zugang. Und deswegen sagen wir auch: Die Gebarung der Gemeinde Fohnsdorf muss nicht noch einmal vom Bundesrechnungshof geprüft werden. Dort liegt alles am Tisch. (*LTabg. Mag. Drexler: „Was ist da so grausliches drinnen?“*) Dort ist alles drinnen. Ja ist es notwendig, dass man doppelt noch einmal Ressourcen hingibt? Ist nicht notwendig aus meiner Sicht. (*LTabg. Mag. Drexler: „Die EStAG wollte das 23 mal!“*) Daher brauchen wir das – na ja komm, da ward gerade ihr nicht zimperlich. Daher ist es glaube nicht notwendig, dass wir hier noch einmal eine Prüfung hinschicken.

Und zum Abschluss fällt mir noch ein, der Kollege Schönleitner hat sich da heraußen heute sehr gut präsentiert, wird glaube ich auch notwendig sein, weil morgen, am Krampustag, habt ihr eure Listenerstellung. Symbolisch, ist wichtig, dass man dort, nachdem euch ja euer Landessprecher den ersten Platz schon an einen Kabarettisten vergeben hat, kommt ihr wahrscheinlich, müsst ihr ziemlich raufen, dass ihr da hinten nach dran kommt, das verstehe ich alles. (*LTabg. Mag. Drexler: „Ihr habt manchmal einen Kabarettisten an der Spitze!“*) Das verstehe ich alles, dass man sich dann da vorne herstellt und sagt: „Ja, ich muss mich da profilieren, jetzt zeige ich, was ich kann“, alles OK, alles super. Aber was ich bei dir, Kollege Schönleitner, immer wieder bemerke, du hast zu allem eine Grundskepsis. (*LTabg. Schönleitner: „Unverständener Zwischenruf!“*) Du hast an allem – na ja, da redest du gerade richtig. Nein, du hast eine Grundskepsis, das habe ich schon beim Unterausschuss für Parteienspenden gemerkt.

Du siehst überall bis zur kleinen Ortsorganisation herunter siehst du eine Möglichkeit, dass da Korruption statt findet, dass da Gelder hin- und hergeschoben werden. Bitte, Kollege Schönleitner, lege diese Grundskepsis einmal ab und tu nicht überall gleich einen Skandal vermuten und überall gleich denken: „Da steckt so viel drinnen.“ Es ist nicht so. Du solltest froh sein, dass wir dieses politische System haben, dass wir die Parteienlandschaft haben und dass wir die Ortsorganisationen haben. Ich bin auch froh, dass wir die Rechnungshöfe haben. Ich bin nicht einer, der den Rechnungshof verurteilt, aber ich bin dafür, dass man den Rechnungshof sinnvoll einsetzt und dort wo es notwendig ist, dass man ihn einsetzt. (*LTabg. Mag. Drexler: „Und wenn er nicht will muss er nicht kommen!“*) Abschließend verehrte Damen und Herren, an die ÖVP gerichtet, es wird euch auch im letzten Jahr vor der Wahl nicht gelingen ein Bild zu erzeugen, dass in diesem Land nichts weitergegangen ist. Die Steirerinnen und Steirer haben ein anderes Bild, die wissen, was unter Landeshauptmann Voves in diesen 4 Jahren weiter gegangen ist. (*LTabg. Strassberger: „Das glaubst wohl selber nicht!“*) Ich glaube daran, sonst würde ich nicht dastehen und das sagen. Ich weiß, dass du oft anderes tun musst, aber ich stehe da, weil ich davon überzeugt bin, Kollege Straßberger.

Ich bin ganz davon überzeugt, dass die Menschen dieses Landes genau das so sehen wie ich das sehe und dass wir auch 2010 ein gutes Ergebnis für Franz Voves und die SPÖ einfahren werden. (*Beifall bei der SPÖ - 12.18 Uhr*)

Präsident: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Murgg.

LTabg. Dr. Murgg (12.19 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebes Mitglied der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, viele sind ja aus der Region Fohnsdorf gekommen, die Stadt, die heute Anlass unserer Debatte ist, auch Ihnen ein herzliches Glückauf!

Bevor ich zwei Anträge unserer Fraktion auch einbringen werde, möchte ich trotzdem noch die eine oder andere Bemerkung machen, obwohl ich sagen muss, vieles oder das meiste ist eigentlich schon gesagt worden. Erstens - das sage ich vor allem an die SPÖ - es geht heute nicht darum, wer, wann, wie viel wohin gegeben hat, dass man sozusagen einen Thermenlandtag oder einen Tourismuslandtag oder einen Sonderlandtag abführt, sondern der Anlass unserer Landtagssitzung ist ein ganz konkreter, nämlich ungeheuerliche Zustände in einer obersteirischen Gemeinde. Und da auch nicht primär die Tatsache, dass eine Therme nicht funktioniert, sondern dass die zuständige Fachabteilung aufgedeckt hat, dass in der Gemeinde selbst - es ist heute Einiges zitiert worden - zum Himmel schreiende Missstände aufgedeckt wurden, darum geht es und um nicht mehr und nicht weniger, das Erstens.

Zweitens: Auch zum Kollegen Kröpfl, der dann plötzlich anfänglich die Zahlenreihe ein bisschen durcheinander gebracht hat und wo eine T4 plötzlich zu einer T1 geworden ist, die dann uns sehr viel Zeit gekostet hat und wo aber 34 Fragen sich Großteils eigentlich mit dem beschäftigt haben, worum wir uns heute zusammengesetzt haben und was wir heute eigentlich debattieren wollen, das war nämlich der erste Knieschuss, lieber Kollege Kröpfl. Und der zweite war dann der und dass muss ich sagen, also wenn man einmal etwas anerkennen muss, dann anerkenne ich es auch, wenn es von anderen Parteien kommt, in dem Fall von der ÖVP, die dann vom Kollegen und Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer – wenn nicht alles, was er erzählt hat von dem Traumbücherl war, wo ich keinen Grund habe, das anzunehmen – sehr souverän beantwortet wurde. Und ich muss sagen, das war eigentlich der zweite Knieschuss, dass man zuerst ablenken wollte von dem Thema Fohnsdorf, irgendeine andere Geschichte aufbaut und die dann auch in sich zusammengestürzt ist.

Drittens, da sage ich, man soll sich vielleicht nicht an die Zuhörerinnen und Zuhörer wenden, sondern wir debattieren da hier Tete-a-Tete im Landtag, aber ich sage es trotzdem, an die Bürgerinnen und Bürger, die heute hier hergekommen sind und auch an den Bürgermeister Straner: Es ist auch ein Zeichen spätfeudaler Unkultur, dass viele Bürgermeister und da nehme ich nicht nur SPÖ-Bürgermeister oder schließe nicht nur SPÖ-Bürgermeister darin ein, sondern da sind mir auch schon von anderen Fraktionen derartige Bürgermeister über den Weg gelaufen, dass eben diese Bürgermeister sich selbst mit der Gemeinde gleichsetzen. Also wenn ich heute hier lese: „Fohnsdorf darf nicht zerstört werden“, wenn ich das Transparent richtig im Hinterkopf habe, dann verwechseln

manche eine Bürgermeisterfunktion mit der Gemeinde. Es geht nicht um die Gemeinde, es geht um die verantwortlichen Personen dieser Gemeinde, die diese Missstände angerichtet haben.

Und ich wage eine Prophezeiung: Viele der Klakeure, die heute noch klatschen, werden angesichts der Zustände, die dann auf sie zukommen, wenn man nämlich diese Missstände auszubaden hat und wenn Müll, Wasser, Kanal, Kindergarten usw. die Gebühren erhöht werden und möglicherweise die Leistungen zurückgefahren werden, dann: „Kreuzigt!“ rufen, die heute noch: „Hosianna“ geschrien haben. Auch diese Prophezeiung wage ich hier abzugeben.

Und dann noch etwas ganz kurz, bevor ich dann zu den eigentlichen Dringlichkeitsanträgen unserer Fraktion komme, zu Ihnen – ja Sie sind noch hier, Herr Landeshauptmann. Die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat es angesprochen, sie hat es so ein bisschen salopp umschrieben mit dem „Sandkübel in die Ecke werfen“, mit dem selbst angebotenen Misstrauensantrag, Sie haben schon angekündigt, dass Sie den Empfehlungen des Landtages wieder einmal nicht nachkommen wollen – ist ja nicht das erste Mal – aber Sie haben schon gesagt, wir können dann einen Misstrauensantrag stellen. Also wenn ich die Landesverfassung richtig im Kopf habe, dann wissen Sie natürlich genau, dass dieser bei unserer Landesverfassung, dass dieser Misstrauensantrag insofern ins Leere geht, dass die SPÖ natürlich insofern ein Vetorecht hat, weil der Landeshauptmann kann ja nur dann sozusagen tatsächlich abgesetzt werden, wenn ein anderer Landeshauptmann gewählt wird und da haben Sie als SPÖ das Vorschlagsrecht. Also das geht irgendwie gar nicht und das wissen Sie natürlich vorher ... (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Vielleicht gehen Sie mit!“) ... das haben Sie natürlich schon vorher gewusst, bevor Sie dieses Angebot gemacht haben.

Aber jetzt komme ich zu den Anträgen. Wir haben heute im Rahmen dieser Debatte auch, obwohl es eigentlich nicht das Thema war, aber doch über Missstände anderer Gemeinden gehört. Trieben, da ist angeblich alles dann aufgedeckt worden, ist richtig, aber erst nachdem – muss ich wirklich sagen tragischerweise – ein ehemaliger Bürgermeister dort ein fürchterliches Schicksal erlitten hat und wo jahrelang zugeschaut wurde. Es ist glaube ich Kammern vorgekommen, es ist vorgekommen Köflach, ich könnte jetzt noch Knittelfeld erwähnen, Geheimkonto etc., darum meine ich, es ist höchst an der Zeit, dass der Antrag, der hier bereits mehrmals in diesem Hause debattiert wurde, tatsächlich so beschlossen wird, wie wir uns ihn vorstellen. Und da bin ich nicht ganz einer Meinung mit dem Kollegen Christopher Drexler, der da eingangs gesagt hat: „Das brauchen wir gar nicht mehr einbringen, weil das ist ohnehin beschlossen worden.“ Also meiner Meinung nach ist das so nicht beschlossen worden wie wir es nämlich wollen, dass der Landtag beschließt und die Landesregierung auffordert, alle Maßnahmen zu setzen, damit die Prüfung aller steirischen Gemeinden durch den Landesrechnungshof möglich wird. Das ist der erste Antrag, also d.h. dass man sich darum bemüht, dass die Bundesverfassung in diesem Punkt geändert wird, dass diese Prüfung möglich ist.

Und das Zweite, damit es eben nicht nur heißt: Heute prügeln alle auf eine SPÖ-Gemeinde ein und wir sind gegen die Obersteiermark etc., es hat auch in anderen Gemeinden glaube ich Missstände gegeben,

Einiges ist hier diskutiert worden, ein besonderer Missstand, obwohl er nicht – noch nicht – zu einem Finanzdebakel der Gemeinde geführt hat, ist der Fall in Hartberg, wo aber ... (*LTA*bg. *Majcen*: „Über den Beschluss!“) ... wo aber mit Gemeindegeldern, Sie wissen genau Herr Kollege, dass nämlich das Geld, das dort verjuxt wurde durch den Verkauf der Gemeindesparkasse eingenommen worden ist. Die Gemeindesparkasse hat – ist ja verkauft in der Zwischenzeit – sich selbst gehört, das ist diese Konstruktion der Gemeindesparkassen, aber es sind doch Gemeindegelder, die dort eingesetzt wurden, und zu einem Großteil jetzt zumindest einmal vorläufig, manche werden vielleicht wieder hoffen, dass irgendwelche Fonds steigen, aber vorläufig verloren sind. (*LTA*bg. *Riebenbauer*: „Aber es sind Gelder da. Kennen Sie doch genau!“) Ja, es sind Gelder da, aber eben viel weniger und es sind öffentliche Gelder und nicht Privatgelder. Es waren öffentliche Gelder und ein Großteil dieser öffentlichen Gelder ist eben nicht mehr da.

Deswegen meinen auch wir, dass der Landtag beschließen möge, die Landesregierung aufzufordern, den Rechnungshof zu ersuchen, die Gebarung der Gemeinde Hartberg zu überprüfen und das Ergebnis dieser Überprüfung dem Landtag vorzulegen.

Soweit unsere beiden Anträge und zum Abschluss möchte ich noch eine Bemerkung machen, weil wir heute ein bisschen etwas von dieser Landestourismusholding aus der Geschichte mitbekommen haben und jetzt erst ganz am Schluss Kollege Kröpfl wieder herausgekommen ist und skizziert hat, wie furchtbar das ist. Also jetzt ist das privatisiert worden und jetzt schreit man nach Geld und früher, wie das Land mitsprechen konnte, hat man das privatisiert und hat offenbar nichts gebracht. Also ich habe ein bisschen verfolgt, dass die SPÖ gestern oder vorgestern eigentlich vorgehabt hatte, einen derartigen Antrag einzubringen, nämlich dass man das wieder in einer Landesholding zusammenführt, offenbar hat Sie jetzt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie der Mut verlassen, wir wären da gerne mitgegangen, aber ich sage dir lieber Walter Kröpfl schon eines auch: Wir wollen nicht immer nur dort mitgehen, wenn man Landesholdingbetriebe errichtet, wo es darum geht, sozusagen die Finanzschwachen und das Schlechte ins öffentliche Kröpfchen zu bringen und das Private und Gute, was floriert, bringt man sozusagen ins private Töpfchen. Ich erinnere mich an die Therme Blumau, schon einige Zeit her, wo wir sehr wohl den Antrag gestellt haben, das Land soll sich gefälligst mit den Mitteln, die wir damals (*Glockenzeichen der Präsidentin*) – bin sofort am Ende – die wir damals der Rogner-Therme gegeben haben, soll sich um diesen Betrag an der Therme Blumau beteiligen oder beteiligt werden. Und das ist genau mit Ihren Stimmen - mit denen der ÖVP übrigens auch, aber die ÖVP hat wenigstens heute nicht für diese Sache die Trommel gerührt so wie die Sozialdemokratie – ist eben genau mit den Stimmen der Sozialdemokratie niedergestimmt worden. Und das ist in Wirklichkeit Ihr Debakel, warum Sie eben so den Karren vor der Bevölkerung gegen die Wand fahren, weil sie ihre eigene Propaganda, die Sie betreiben, selbst unentwegt brechen (*Glockenzeichen der Präsidentin*) und weil Sie sich selbst untreu werden, wie man auch in dieser Thermensache gesehen hat. Danke. (*Beifall bei der KPÖ - 12.30 Uhr*)

Präsident: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Kolar.

LTabg. Kolar (12.30 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werter Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat!

Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer ist leider schon gegangen ...

(LTabg. Majcen: „Nein, er ist nur draussen!“) ... er ist nur hinausgegangen höre ich gerade, na vielleicht hört er mich trotzdem. Die Stimme aus der Obersteiermark West - ich bin nicht nur die Stimme aus der Obersteiermark West, ich bin auch geborene Fohnsdorferin und ich bin mit Freuden und Stolz eine Fohnsdorferin. Und als ich noch ein Kind war, war diese Gemeinde ein Bergmannsdorf, 1978 ist leider dieses Bergwerk geschlossen worden. Dann kam eine lange Zeit der Abwanderung, der Verfall von Gebäuden, von Straßen, ein Schleier des Verfalls hat sich über diese Gemeinde gezogen und 1998 hat es einen neuen Bürgermeister gegeben in Fohnsdorf, unseren Bürgermeister Johann Straner. Wenn wir in Fohnsdorf hinein gefahren sind, ab diesem Zeitpunkt hat ein ganz großes Banner diese Ortseinfahrt geziert. Da ist oben gestanden: „Fohnsdorf baut auf“ und ich sage euch, Fohnsdorf hat aufgebaut. (Beifall bei der SPÖ)

Und jeder und jede, die da oben leben und wohnen, spüren und wissen – und nicht nur in der Gemeinde Fohnsdorf, sondern viele im Bezirk Judenburg, in Judenburg, rund um Judenburg bis nach Murau hinauf, bis nach Knittelfeld und weiter hinaus - spüren, dass hier wirklich Großartiges für die gesamte Region geleistet wurde. Von 1998 an begann aber auch etwas anderes für den Herrn Bürgermeister Straner: Es begann die 10-jährige Tour-the-Therme, so wie wir sie oben genannt haben. 10 Jahre hat der Herr Bürgermeister mit seinem Gemeinderatsteam aller Couleurs für diese Therme damals gekämpft bis zum Jahr 2005. Denn bis zum Jahr 2005 vor der Gemeinderatswahl war auch die ÖVP noch maßgeblich daran beteiligt, sich für die Therme stark zu machen. Und ich erinnere mich: Im Juli 2005 haben wir oben gemeinsam mit dem jetzigen Landeshauptmann Voves und dem damaligen und jetzigen Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer das Tourismusbüro in Fohnsdorf eröffnet. Und ich kann mich noch gut erinnern und der Herr Landeshauptmann Schützenhöfer wird sich vielleicht auch daran erinnern, damals hat er wirklich die Lanze geschlagen für diese Therme: „... und dass wir alles daran setzen vonseiten der ÖVP, dass diese Therme gebaut wird.“

Und dann kam im Oktober 2005 die Landtagswahl und dann hat für die ÖVP in unserer Region alles anders ausgesehen. Die ganzen Versprechungen – ist heute schon des Öfteren gefallen – von der Obersteiermarkkonferenz wurden nicht eingelöst. Das einzige, was uns damals geblieben ist, war eine Baustelle von Spielberg, wo viele junge Menschen nicht gewusst haben, wie es in unserer Region weitergehen wird. Die Abwanderung hat weiterhin stattgefunden, es war wirklich ... Schulen, die HAK, das Gymnasium, sie sind alle nach Spielberg gepilgert, alle wollten, dass etwas für die Jugend

getan wird. Und wenn ich heute höre: „Wir dürfen nicht investieren, weil wir dürfen keine Schulden machen nämlich für die nächsten Generationen“, dann sage ich euch etwas, wir werden keine nächsten Generationen im ländlichen Raum haben, wenn wir nicht in diese Regionen, in den ländlichen Raum investieren. (*Beifall bei der SPÖ*) Und dann endlich, endlich war es dann soweit, dass wir es geschafft haben, gemeinsam vor allem in erster Linie mit unserem Landeshauptmann Franz Voves, auf den alle gesetzt haben und gehofft haben und gebaut haben, dass diese Therme gebaut wird und es war ein Freudentag, der Spatenstich, 2.000 Leute waren anwesend. Danke Herr Landeshauptmann, du warst dabei, du hast diese Stimmung eingefangen, eine positive Stimmung in der gesamten Region. Lieber Kollege Heinz Gach, du hast 1.000 kleine Spaten gespendet von proHolz, warst auch mit dabei, alle sind wir dagestanden und wir haben gesagt: „Ja, endlich ist es geschafft, die Tour-the-Therme ist sozusagen im Ziel.“ Wir sind nicht im Ziel. (*LTAbg. Gödl: „Unverständener Zwischenruf!“*) Lieber Herr Bürgermeister, Abgeordneter Gödl, zu den Bürgermeistern, die auch Abgeordnete sind, würde ich gerne später kommen, wenn mir noch so viel Zeit bleibt, sonst melde ich mich ein zweites Mal, denn gerade du, lieber Herr Abgeordneter und auch Bürgermeister müsstest wissen, welche Verantwortung die Bürgermeister ... (*Unruhe bei der ÖVP – LTAbg. Kasic: „Unverständener Zwischenruf!“ – LTAbg. Gödl: „Unverständener Zwischenruf!“*) ... im Speziellen – so, Herr Bürgermeister, darf ich jetzt bitte in meiner Rede fortfahren? Und zu diesem Thema, Bürgermeister und Gemeinden möchte ich gerne später kommen und von dir Herr Kasic, lieber Wolfgang, erwarte ich mir ein bisschen mehr Höflichkeit, dass du mich nicht gleich so anfährst, ich habe dir auch nichts getan. (*Beifall bei der SPÖ*) Ja, wie dem auch sei, wir haben diese Woche einen großen Tag in der Obersteiermark West gehabt: Am 2. Dezember haben wir am Abend die Konstituierung der Großregion Obersteiermark West mit den Bezirken Judenburg, Knittelfeld und Murau durchgeführt und es war, so wie ich gehört habe vom Herrn Landesrat Wegscheider, der bei uns war von Seiten der Landesregierung in Vertretung von Herrn Landeshauptmann Voves, der schon bei einigen Konstituierungen dabei war, eine ganz gute, sogar sehr gute Stimmung. Das bestätigten auch die Regierungsbeamten, also die Beamten aus der ... (*LTAbg. Kasic: „Glaubst du, dass das wichtig ist?“*) ... ich weiß. Lieber Herr Kasic, weißt du wie oft du von irgendetwas gesprochen hast, wo ich der Meinung war, es war nicht wichtig? Aber Regionext ist in diesem Zusammenhang mit der Therme Fohnsdorf sehr, sehr wichtig, möchte ich dir nur sagen. (*Beifall bei der SPÖ*) Und diese Konstituierung der Großregion Obersteiermark West, die sehr positiv angelaufen ist, hat ein Leitbild, die Obersteiermark West hat ein Leitbild. Ein Mentor dieses Leitbildes unter anderem ist unser Abgeordneter Heinz Gach von der ÖVP, wie ihr alle wisst und da drinnen in diesem Leitbild sind alle Gemeindepotionierungen, alle Positionierungen der Kleinregionen drinnen, welche Projekte sozusagen für die Region wichtig sind und auch da drinnen in unserem Leitbild ist die Therme Fohnsdorf, die Therme Aqualux ein Leitbild für die gesamte Region, denn wir haben nur eines, es gibt

sonst nämlich noch keines. Und ich hoffe, dass Spielberg bald kommt, dass wir noch ein zweites großes Leitbild haben.

Ganz kurz noch zum Bau der Therme. Jene, die bereits an so großen Projekten beteiligt waren, vielleicht schon so große Projekte umsetzen durften, Bürgermeister, Vertreter des Landes, des Bundes, sollten sich vielleicht überlegen, dass die Baukostenüberschreitung bei der Therme Fohnsdorf nur 1 % betragen - bitte, die Baukostenüberschreitung hat nur 1 % betragen – und das müsst ihr euch einmal alle, die ... (LTAvg. Rieser: „Unverständener Zwischenruf!“) ... lieber Peter Rieser, du bist nachher am Wort. Und – jetzt möchte ich noch etwas dazu sagen – ich möchte, Hans Bacher, hör mir zu, 1 % Baukostenüberschreitung, wir regen uns auf, diese Therme Fohnsdorf hat so wenig Förderung und wir überhaupt im Speziellen in der Obersteiermark, wir sind das Stiefkind der gesamten Steiermark. (LTAvg. Strassberger: „Geh, geh, geh!“) Glaub es mir, komm einmal herauf, du warst ja noch gar nicht bei uns heroben. Und wenn ich daran denke, wie oft wir da heraußen stehen und über den Ausbau der S 36 sprechen, im Jänner 2006 waren die Baukosten für 40 km Straße 210 Millionen Euro und 2 Jahre später 420 Millionen Euro und keiner redet darüber? (Unruhe bei der ÖVP) Wie soll ich das einem Bürger oben erklären, dass es da um Hunderte von Millionen geht, wo da der Ausbau einfach so unwidersprochen verteuert wird, aber bei einer Therme, bei einem Leitprojekt, wo es um Arbeitsplätze geht, wo es um Leute geht, die abwandern ... (Unruhe bei der ÖVP – LTAvg. Strassberger: „Unverständener Zwischenruf!“)... darum geht es ja gar nicht, aber ihr widersprecht auch nicht und sagt: „Das ist uns zu hoch“, ihr schreit immer: „Ausbau, Ausbau, Ausbau“ und keiner sagt: „Schauen wir einmal, was da Geld ...“ ... (LTAvg. Gach: „Die Mittel sind im Budget!“) ... ja genau, die Mittel sind im Budget. So, jetzt weiter: Wir haben vorher, Herr Klubobmann Kaltenegger, vom Augenschließen gesprochen, ich stelle mir oft vor in unserer Region die Augen zu schließen, keine Arena zu haben, keine Therme zu haben, einen abgerissenen Ring zu haben, könnt ihr euch vorstellen, was wir da oben haben? Gott sei Dank haben wir noch unsere Schiberge, aber sonst haben wir da oben nichts mehr für unsere zukünftige Jugend. (Beifall bei der SPÖ)

Und jetzt würde ich ganz gerne zum Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer kommen: In einem Interview zu dem vorliegenden Prüfbericht hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer von Brutalität gesprochen, die ihm noch nie untergekommen ist. Und Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich möchte Ihnen jetzt übers Mikro mitteilen: Sie sprechen hier über einen Bürgermeister, nämlich den Bürgermeister (*Glockenzeichen der Präsidentin*) der Gemeinde Fohnsdorf, Johann Straner, der seit 20 Jahren in der Gemeindepolitik tätig ist, Bürgermeister ist und nichts anderes getan hat, als nach seinem Ermessen – und das hat er nicht aus Jux und Tollerei gemacht – nur für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Fohnsdorf und für die Region zu arbeiten. (LTAvg. Strassberger: „Hat er sich überzeugt? Das hat damit nichts zu tun!“) Und all diese Ämter, die er bekleidet, bitteschön vergesst nicht, dass das ehrenamtliche Ämter waren und wenn wir

das alles bezahlt bekämen, einen Thermengeschäftsführer, der 12.000 Euro im Monat verdient, dann bitte her damit, wir nehmen ihn gerne mit Handkuss, wir können es brauchen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident, bitte einen Satz noch, heute ist Barbara-Tag, die heilige Barbara ist die Schutzpatronin der Bergleute, die heilige Barbara ist auch die Schutzpatronin der Gemeinde Fohnsdorf. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein herzliches Fohnsdorfer Glückauf, liebe Fohnsdorfer. *(Beifall bei der SPÖ – 12.41 Uhr)*

Präsident: Als Nächster am Wort ist der Abgeordnete Majcen.

LTabg. Majcen *(12.41 Uhr)*: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren der Landesregierung, Hohes Haus, geschätzte Gäste, Zuhörer, wo immer Sie sich befinden!

Ingrid Lechner-Sonnek hat in ihrer Wortmeldung gesagt praktisch in Abwandlung von Worten des ehemaligen Landesrates Pörtl, ihr hat es die „Ketten heraus gehaut“ – das kann ich verstehen. Ehrlich gesagt, wie ich diese letzten Berichterstattungen über Fohnsdorf gelesen habe, ist mir die „Grausbirn aufgestiegen“, um ein ähnliches Wort zu verwenden. Und zwar deswegen, weil hier sehr bewusst, wie ich behaupte, in einer für eine Gemeinde zugegebenermaßen schwierigen Situation durch Erstellung eines Prüfberichtes insbesondere aber dann durch den Landeshauptmann eine – wie soll ich sagen – eine Aktion stattfindet, wo man das Gefühl hat, er ist der Kommandant einer Vernebelungstruppe. So kann es nicht sein. Es ist unfassbar, wie in einer Reaktion auf das Aufzeigen eines Missstandes, die nicht von der Opposition aufgezeigt wurde, sondern von einer Prüfbehörde, wie dann in Bausch und Bogen drüber gefahren wird über viele andere Regionen, Unternehmungen, Initiativen in diesem Land und wie das alles in Bausch und Bogen schlecht gemacht wird und verglichen wird mit einem „Kriminalfall“. Das kann es nicht sein. Aber wir haben das ja schon in Trieben erlebt, dort ist es ja auch so gegangen *(Beifall bei der ÖVP)*, dort waren ja auch diejenigen die gesagt haben: „Da stimmt etwas nicht“, die Grauslichen und die, die was angestellt haben, waren die Guten. Ich erinnere daran und ich bin – Sie wissen das – ich bin mit Herz und Seele ein Oststeirer und bin viele Jahre in der Politik tätig und habe mich immer bemüht nicht auszugrenzen, alle mit einzubeziehen wenn es irgendwie geht. Und ich bin auch nicht das, was man einen böartigen Menschen nennt. *(LTabg. D. Gruber: „Typisch grauslich zu sein!“)* Aber diesmal hat es mich wirklich getroffen deswegen, weil eben dieser Landeshauptmann, der kein wirtschaftspolitisch und wirtschaftlich unerfahrener Mensch ist, wie das ja auch sein könnte - es könnte ja jemand Landeshauptmann sein, der bisher Zentralmusikdirektor oder sonst irgend etwas war – er kommt aus der Wirtschaft. Wie jetzt dort vorgegangen wird und eine Initiative in einer Region, die vor 40 Jahren entstanden ist und zu den innovativsten und positivsten Betriebsgründungen dieses Landes gehört, wie das in einem Atemzug mit einer Entwicklung genannt wird, die letztendlich unfassbar ist – sie ist uns geschildert worden – das ist nicht in Ordnung. Und das ist unfair und das ist ungerecht. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine Damen und Herren, das, was die Kollegin Kolar gerade gesagt hat von der Region, hat in unserer Region auch gestimmt. Wir waren viele Jahre nach dem Krieg ein Gebiet, wo man gar nichts gehabt hat und wo es dann einen EUMIG-Konkurs gegeben hat mit 2.000 Beschäftigungslosen über Nacht, wo der Herr Vranitzky übrigens gesagt hat: „Bringt mir 4 Milliarden, dann kaufen wir das Unternehmen“ (*LTA*bg. Böhmer: „*Die Aufnahme eines traumatisierten Sonntagsromanes!*“) und wo der Herr Kreisky gesagt hat: „Wir werden dort schon was machen.“ Nichts haben sie gemacht, das Land Steiermark war es im Einvernehmen, damals Wegart, Klauser, die gesagt haben: „Das ist eine Chance“ und damals ist die Therme Loipersdorf entstanden unter Beteiligung von Gemeinden, unter großen Anstrengungen des Landes. Damals ist etwas entstanden, was eigentlich als „Mutter des Thermentourismus“ bezeichnet werden könnte und das ist auch heute noch so. Und der Schaden, den jemand einem solchen Unternehmen, das auch heute noch – Bilanz dieser Woche: 2 Millionen Netto-Cash-Flow – ein Unternehmen, das im Zuge der Vertuschung anderer Dinge schlecht gemacht wird, ist unerhört und darf so nicht passieren. Das ist eine Gemeinheit! (*Beifall bei der ÖVP*)

Eine ganze Region hat sich positiv entwickelt, den vielen öffentlichen Investitionen sind noch viel, viel mehr private Investitionen gefolgt. Diese Leute haben eigenes Geld in die Hand genommen, die haben nicht gewartet, dass ihnen irgendwer noch etwas dazulegt, noch was dazulegt, noch was dazulegt. Dort haben sich viele Private, Kleine und Große, Buschenschänken, Gastwirte, Hoteliers angestrengt, haben Kredite aufgenommen, haben gesagt: „Wir glauben an dieses Projekt“ und haben investiert. Und dort ist eine Wertschöpfung und eine Arbeitsplatzsituation entstanden, die Ihresgleichen sucht, mehr als 1.000 Beschäftigte direkt und indirekt verbunden, eine Entwicklung einer ganzen Region. Dann zu sagen: „Das ist das Gleiche wie dort“, das ist unfassbar und das ist ganz scharf zurückzuweisen. Ich behaupte hier und heute, dass die Therme Loipersdorf die innovativste Betriebsgründung des Landes Steiermark in der Nachkriegszeit war und sie hat nachhaltig bis heute wirtschaftlich und beschäftigungsmäßig eine überaus positive Bilanz zu ziehen. Meine Damen ... (*LTA*bg. Konrad: „*Sage das den 60 Leuten die dort einen Job verloren haben!*“) ... ja, du hast schon Recht, du kommst ja aus dem Unternehmen, sei froh, dass du noch nicht verloren hast, weil wenn das, was du dort arbeitest, zum positiven Erfolg beitragen müsste, dann wäre es eh schon hin. (*Beifall bei der ÖVP*) Nein, ich sage das, weil so wie du, dass du aus dem Unternehmen ... (*LTA*bg. Konrad: „*Unverständener Zwischenruf!*“) ... dass du aus dem Unternehmen kommst und das Unternehmen schlecht machst und immer sagst, was alles falsch ist, das ist falsch. Ich erwarte positive Vorschläge, ich erwarte positive Vorschläge und ich gehe nicht näher darauf ein, vielleicht haben wir einmal Gelegenheit. (*LTA*bg. Konrad: „*Bitte gehe näher darauf ein!*“) Ich gehe nicht näher darauf ein, vielleicht gibt es irgendwann einmal den Zeitpunkt, wo wir hier die Möglichkeit haben, im Detail über manche Dinge zu sprechen. Ich sage es nur ganz schnell, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen: Die Therme Loipersdorf ist dem Land abgekauft worden und wenn man alles, was man heute – nicht vom Land, von den Gemeinden – wenn man heute alles das, was das Land für die

Therme ausgegeben hat und das, was das Land durch die Therme eingenommen hat und das, was an Steuerleistungen durch 30 Jahre positive wirtschaftliche Entwicklung entstanden ist, zusammen rechnet, dann hat die Therme Loipersdorf dem Land nicht mehr als 3 Millionen Euro gekostet, um das einmal klar festzustellen. Weil da immer von Unsummen geredet wird und das Geld wird hineingeschüttet. Für Investitionen gibt es Unterstützungen - für Investitionen gibt es Unterstützungen, die es für jeden anderen auch gibt. Aber es gibt dort keine Geldflüsse, wo man irgendjemanden sagt: „Da hast du das, tu damit, was du willst“. Das gibt es nicht!

Und ich möchte noch einmal sagen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen: Ein solches Unternehmen als Ablenkungsmanöver zu verwenden und in einem Atemzug zu nennen – aber das kennen wir ja aus der Geschichte, das gibt es ja überall, das ist ja da in diesem Haus auch schon mehrmals passiert, dass man das eine mit dem anderen vergleicht, was unvergleichbar ist. Eine solche Vorgangsweise ist eine schwere Beschädigung und ich meine das wirklich ernst. Ein Unternehmen, das für die Region unverzichtbar ist, in dem viele engagierte Mitarbeiter gute Arbeit leisten und jetzt sage ich sage das zum Kollegen Konrad in einem Nebensatz: Natürlich ist die Konkurrenz in den letzten Jahren größer geworden und natürlich ist die Frequenz zurückgegangen, aber das ist ja auch ganz klar. Im Burgenland sind 3 neue Thermen gebaut worden, dort sind neue Thermen, da sind neue Thermen und noch immer besuchten im letzten Jahr mehr als 600.000 Gäste diese Therme. Ehrlich gesagt, ich muss der Therme ein Kompliment aussprechen, dass die nicht die gleich viel Mitarbeiter hat als früher, weil sonst wäre sie nämlich schon ruiniert, lieber Freund Konrad. Wenn die Therme gleich viel Beschäftigte hätte wie sie gehabt hat, als 800.000 Gäste da waren, dann würde irgendetwas nicht stimmen. Und daher ist es natürlich notwendig, dass sich ein Unternehmen, das in Konkurrenz mit anderen Unternehmen steht, in der Zahl der Beschäftigten anpasst. Freude hat keiner damit, niemand hat eine Freude, wenn wer keinen Arbeitsplatz hat, aber um noch einmal zu sagen: Es sind im Umfeld eine Reihe von weiteren Initiativen entstanden, die durchaus als positiv zu bezeichnen sind. Diese Vorgangsweise – ich mag das Wort „Skandal“ nicht verwenden, das ist heute hier schon mehrmals gesagt worden, ich bin da immer sehr vorsichtig, weil heute wird alles als Skandal bezeichnet, was irgendwer sagt, dass es nicht so ist, wie es sein soll, – diese Vorgangsweise ist abzulehnen.

Und ich sage jetzt Folgendes: Entweder Herr Landeshauptmann, Sie haben das so nicht gemeint, wie Sie es gesagt haben, (*Glockenzeichen der Präsidentin*) oder Sie haben es bewusst als Landeshauptmann der Steiermark in Kauf genommen, dass eine so wichtige Institution mit all den Menschen, die dahinter stehen, beschädigt wurde, anstatt stolz darauf zu sein und zu sagen: „Das kann man nicht vergleichen“. Das wäre der richtige Weg gewesen und nicht alles in einen Strudel hineinzuziehen und positive Entwicklungen so darzustellen, als wäre es ganz etwas Furchtbares. Leider ist die Zeit vorbei, ich sage nur eines und das ist meine ganz große Bitte: Ich würde mir erwarten, dass der Herr Landeshauptmann anstatt negativ drüber zu reden, positiv und schützend für

die Steiermark da ist und für die Menschen und für die Unternehmen und Betriebe eintritt und sie nicht niedermacht und zur politischen Argumentation verwendet. Und am Schluss darf ich Ihnen, Herr Landeshauptmann - ich habe ja etwas mitgebracht, weil ich mir denke, vielleicht sollen Sie sich das einmal anschauen – 2 Eintrittskarten für die Therme Loipersdorf überreichen. (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP – Landeshauptmann Mag. Voves: „Ich brauche keine Eintrittskarte für die Therme Loipersdorf. Ich war schon sehr oft in der Therme. OK? Schenken Sie sie sozial Schwächeren!“ – 12.53 Uhr*)

Präsident: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Konrad.

LTAbg. Konrad (12.53 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, Zuseherinnen und Zuseher!

Kollege Majcen, es fällt mir fast ein bisschen schwer ... (*LTAbg. Riebenbauer: „Das glaube ich auch!“*) ... ja das glaube ich auch – es fällt mir fast ein bisschen schwer, es fällt mir eigentlich schwer, nicht nur fast, dass ich nicht auf Details eingehe in Bezug auf unser Unternehmen. Und dass du dich da herstellst und das so in der Art und Weise ansprichst, also einen Vergleich traue ich mir locker anstellen: Herr Landeshauptmann, wenn du einmal Zeit hast, kommst vielleicht doch hinunter zu uns – er war übrigens heuer schon einmal unten in der Therme bei uns – ... (*LTAbg. Riebenbauer: „Er nimmt die Karten nicht!“*) ... er wird die Karte selber kaufen können im Gegensatz zu manchen anderen vielleicht. Eines traue ich mir felsenfest zu sagen: Freunde hat er in der Therme Loipersdorf mehr. (*LTAbg. Gödl: „Als du?“*) Nicht als ich, geht einmal hinein mit euren hochlöblichen Eigentümern dort und dann schaut, wie viele Freunde die haben, in welcher Art und Weise mit uns in letzter Zeit umgegangen worden ist und ich halte wirklich nichts davon daher zu gehen, die Therme Fohnsdorf zu verunglimpfen, die im Powerplay in einer Zeitung mit hinein zu nehmen ... (*Unruhe bei der ÖVP*) ... und dann – aha, es geht nicht um die Therme, habt ihr vielleicht die Zeitung gelesen? Ist es nicht um die Therme gegangen? Und da bitte, das ist nach dem Motto: Haltet den Dieb – ihr geht immer her und schüttet den Landeshauptmann an, egal mit welchem Projekt auch immer. Und wenn man dann einmal darauf hinweist, dass es ja auch andere Unternehmen gibt, die auch unserer Fürsorge bedürfen, dann wollt ihr gleich einmal sagen: „Das ist alles eine Sauerei!“ Also Franz Majcen, ich glaube, der Landeshauptmann, der braucht überhaupt keinen Begleitschutz für die Therme Loipersdorf, im Gegenteil, er wird sehr viele Menschen auf seiner Seite haben und es werden sehr viele Menschen auf ihn zugehen, wie sie auch auf mich zugegangen sind. Vielleicht nicht die Eigentümer, aber die Beschäftigten der Therme Loipersdorf wären hochofret über die Tatsache, wenn sich das Land Steiermark wieder mit einer Beteiligung einbringen würde zu 100 %. Willst du mit mir die Leute befragen, Franz Majcen? Ich war gestern unten, ich war vorgestern unten, ich bin

nahezu jeden Tag unten. (LTabg. Majcen: „Das ist klar!“) Ich rede mit den Leuten, ich rede mit den Beschäftigten. Und wenn du dich da herstellst und sagst: „Es war alles so super“, ja, klarerweise, wir haben alle ... (LTabg. Kasic: „Weil es um deinen Arbeitsplatz geht!“) ... betriebswirtschaftlichen notwendigen Maßnahmen mitgetragen. Aber sich daher zu stellen und zu sagen: „Es ist eine positive Entwicklung“, wenn 60 Leute ihren Job verloren haben, bitte bei aller Freundschaft, das ist nicht positiv, beim besten Willen nicht!

Ich hätte mir an und für sich erwartet, dass wir uns daher stellen und dass man bei all dem, ... (LTabg. Mag. Drexler: „Das hat niemand gesagt. Wenn der Landeshauptmann sagt, wie schlecht die Therme beieinander ist, das ist das Positivste!“) ... von der Therme hat er nicht gesprochen. (Heiterkeit bei der ÖVP)

Herr Klubobmann, du solltest eine finanzielle Situation eines Unternehmens und den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort auseinander kennen. Weil der Punkt ist der, dass das Unternehmen sehr gut geführt ist und ich weise darauf hin und ich gehe davon aus, dass die Therme Loipersdorf nach wie vor das touristische Flaggschiff in der ganzen Region ist. (LTabg. Kasic: „Das musst dem Landeshauptmann erklären!“)

Das ist klar, ja? Wir reden nicht von der finanziellen Situation, sondern von der Situation, wie sie sich den Gästen darstellt. Und liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller Liebe zum politischen Hick-Hack, wir sollten doch versuchen, den Tourismus bestmöglich in positivem Licht darzustellen, wir haben es auch bitter notwendig. Es ist einfach ein Gebot der Stunde, wenn man schaut, was es im Umfeld in der Steiermark – die Steiermark ist ja nicht isoliert von der ganzen Welt zu betrachten – was passiert tatsächlich im Umfeld der Thermen? Und da kann ich ein bisschen was aus dem Branchenradar wiedergeben: „Besorgniserregend ist die Lage bei den Gesundheitsthermen und Kuranstalten. Nicht nur die Anzahl der Gäste ist rückläufig, auch der Umsatz pro Gast wächst langsamer, als jener in Familienthermen, obwohl das Wellnessangebot in der Regel umfangreicher ist. Die Herausforderungen, sich gegen die sprunghaft steigende Anzahl an Wellnessressorts und Wellnesshotels durchzusehen, steigt. Mit - und jetzt wird es auch interessant - mit 31 Thermen ist die Thermendichte in Österreich beachtlich. Insbesondere im burgenländischen und steirischen Thermenland ist die Konkurrenz hoch. Im Umkreis von 100 km kannibalisieren sich 8 Thermen bei einem stagnierenden Gästeaufkommen.“ Und wenn wir jetzt daher gehen und nach wie vor glauben, dass die Thermen als Einzelobjekte in der touristischen Landschaft bestehen können, haben wir uns auch getäuscht. Und ich weise darauf hin, dass wir in der Vergangenheit mit dem Projekt „European Spa World“ gute Ansätze gezeigt haben, nur dass das mit der Zerschlagung der Holding mit gestorben ist, ist auch klar. Welche Beweggründe haben wir, die Thermen an und für sich stärker miteinander arbeiten zu lassen, gehabt? Es war an und für sich die Klammer der steirischen Holding, die die Unternehmen dazu gebracht hat, miteinander besser zu kommunizieren und zu versuchen, auf dem gesamteuropäischen Markt Fuß zu fassen. Bitte 90 % in den Thermen sind inländische Gäste, das ist

eh super, finde ich, wenn so viele Österreicherinnen und Österreicher bereit sind, die zu besuchen, aber Herr Landeshauptmannstellvertreter, wir müssen auch versuchen, international zu werden. Und da weiß ich dann nicht, warum ihr euch in der Art und Weise immer gegen Beteiligungen in dem Sektor jetzt sträubt, weil ihr versucht, wieder mit stillen Beteiligungen zu arbeiten, anstatt dass man wirklich ganz offiziell hinein geht und sagt: Wir stehen dazu, wir beteiligen uns bei der Therme Loipersdorf wieder, wir beteiligen uns bei der Therme Fohnsdorf, wir beteiligen uns von mir aus wieder in Bad Radkersburg und und und. Es ist ja wirklich ein Gebot ... (LTabg. Hammerl: „Soll das der Steuerzahler zahlen Herr Kollege? Soll alles der Steuerzahler bezahlen?“) ... ja Kollege, ihr zahlt ja sowieso hinein, no na. Da herzugehen, also das ist schon ein bisschen beachtlich, wenn ihr diese Sachen da so bringt.

Zum Festhalten auch: Seit dem Verkauf der Landesanteile konnten die meisten Betriebe die davor vorhandenen Besucherzahlen eben nicht erreichen. Der überregionale Wettbewerb wird eine schwierigere Situation darstellen. (LTabg. Hammerl: „Das hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer immer gesagt!“) Ach ja, ja da kommen wir ja dazu. Welche Attraktivierungen sind denn schon gesetzt worden, Kollege? Welche Attraktivierungen sind denn schon gesetzt worden? (LTabg. Hammerl: „Unverständener Zwischenruf!“) Ja, ich würde es ja wirklich begrüßen, wenn das funktionieren würde. Und deshalb, Herr Landeshauptmannstellvertreter, hören wir auf, dass wir da wirklich die Regionen gegeneinander ausspielen. (LTabg. Riebenbauer: „Wer hat das gesagt?“ – Unruhe bei der ÖVP) Ja ihr, ja bitte, ihr könnt ja nicht hergehen und die Tourismusregionen auseinander klaben. Ja was glaubt denn ihr? Glaubte ihr, dass wir international als kleine Region wahrgenommen werden? (LTabg. Gangl: „Das glaube ich jetzt nicht!“)

Wir müssen ja doch – und das macht der Landeshauptmannstellvertreter ja eh – wir müssen ja als Steiermark gemeinsam auftreten ... (LTabg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Das Grüne Herz!“ – Unruhe bei der ÖVP) ... und dann geht ihr aber her und klopft die einzelnen Unternehmungen ab. Ich stehe ja selbst als Betriebsrat der Therme Loipersdorf zu Fohnsdorf, ich stehe ja zu Köflach, ich stehe auch zu Radkersburg.

(LTabg. Kasic: „Gegen die Misswirtschaft in Fohnsdorf sind wir!“) Ja hallo, wenn im Branchenradar eh vom Kannibalismus drinnen steht, Herr Kollege Kasic und du als Wirtschaftler solltest auch wissen, dass wenn wir international aktiv werden müssen, dann müssen wir zusammenhalten bitteschön. Und das ist das, was ich einfordere. Das Beste zum Zusammenhalten wäre ja einfach, dass wir die Kräfte bündeln und wir wollen damit lenken. (LTabg. Kasic: „Gegen die Missstände oder was?“) Da gibt es keine Missstände, Herr Kollege Kasic, komm einfach da heraus und erkläre, wie es rundherum läuft. Wenn du das so gut weißt, geht einfach heraus und erkläre das.

(LTabg. Mag. Drexler: „Auseinanderdividieren tut nur der Landeshauptmann. Seit einer Woche...!“) Stellvertreter hast du vergessen zu sagen, ich würde es auf jeden Fall begrüßen, Herr Landeshauptmannstellvertreter und ich würde Sie wirklich bitten, dass Sie wieder versuchen ...

(*LTA*bg. Mag. Drexler: „Prinzen, Gräfinnen, Märchenstunde, Grimms Märchen!“) ... im Thermensektor Ruhe hinein zu bringen, dass Sie wirklich alle Thermen gemeinsam zu einem positiven Fortentwickeln führen. Ich glaube einmal, die Steiermark hat sich das verdient und nicht verdient haben wir uns, dass wir da quer treiben. Und Kollege Majcen, Ich würde dich bitten, dass du mit mir vielleicht zu den Mitarbeitern hinauskommst, machen wir eine Mitarbeiterversammlung (*Glockenzeichen der Präsidentin*), ich lade dich herzlich dazu ein und dann wirst du sehen, was die Mitarbeiter davon halten. Danke und Glückauf. (*Beifall bei der SPÖ – 13.02 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Detlef Gruber. Ich darf ihm das Wort erteilen

LTAbg. **Detlef Gruber** (*13.03 Uhr*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist schon ein bisschen eine bedrückende Geschichte, wenn ich mir die Diskussion da so anhöre und ich habe den... (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Das ist der Raum!“) ... es sind auch manche Wortmeldungen, lieber Christopher, es ist nicht nur der Raum. Und ich habe so ein bisschen das Gefühl, dass das, was der Kollege Konrad zum Schluss angesprochen hat, schon zutrifft, das mit dem Auseinanderdividieren der Regionen. Und ich glaube, meine Damen und Herren, dass die Steiermark ein viel zu kleines und viel zu wertvolles Land ist, dass man sich auf dieses Parkett begeben sollte.

Ich weiß nicht zuletzt seit der heutigen Wortmeldung unseres Landeshauptmannes, warum er Landeshauptmann ist und nicht der Herr Kollege Schützenhöfer. (*Beifall bei der SPÖ*) Wenn man heute in dieser Zeit ... (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Dass du das heute erfährst!“*) ... lieber Hermann, wenn man in dieser Zeit Schulter und Schulter durchs Land zieht und Regionext verkündet, aber nicht so danach handelt, wenn heute Interventionen kommen in die zuständige Fachabteilung, ob der Herr Landeshauptmann als zuständiger Feuerwehrreferent bei der Rüsthauseröffnung wohl nicht kommt, weil sonst der Herr Landeshauptmannstellvertreter nicht kommt, dann wird es mir bang um die Situation in der Steiermark – dann wird es mir bang. Denn so kann man Regionext einfach nicht sehen, so kann man es nicht sehen. Und genau da bin ich jetzt ... (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Was sind das für Geschichten?“) ... wenn wir keine Solidargemeinschaft mehr sind in der Steiermark, wenn wir kein Gefühl mehr dafür aufbringen, welche Region unsere Hilfe braucht, dann ist es ... (*LTA*bg. Mag. Drexler: „Ich war vor 2 Tagen dort. Ich habe keinen dort gesehen!“) ... dann ist es um uns schlecht bestellt, meine Damen und Herren. Dann ist es um uns wirklich schlecht bestellt. (*Beifall bei der SPÖ*)

Ich sage Ihnen nur eines – und zum Unterschied vom Herrn Kollegen Schützenhöfer, Entschuldigung, Kollege darf ich nicht sagen, Herrn Landeshauptmannstellvertreter -... (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Darfst immer Kollege sagen. Aber es könnte dir*

schaden!“) ... ja, ich komme sehr oft nach Fohnsdorf und ich bin zutiefst beeindruckt, was in den letzten 20, 25 Jahren hier passiert ist. Nachdem im jahrelangen Treiben der ÖVP-Verantwortlichkeit in der Steiermark die ganze Region Oberes Murtal ... (*LTAbg. Strassberger: „Was heißt Treiben? Du bist Pädagoge und Direktor. Da musst du in der Wortmeldung auch aufpassen!“*) ... in der Betätigung, im Treiben, im Handeln, wie immer du das haben willst, Kollege Straßberger, wie immer du das haben willst, (*Unruhe bei der ÖVP*) wenn man tunlichst versucht, über Jahrzehnte Verkehrswege, die die Industrie dort dringend gebraucht hätte, hintanzustellen und dann herzugehen und nicht helfen, wenn die Region am Boden ist, dann ist das Ihre Politik, aber nicht die sozialdemokratische. (*Beifall bei der SPÖ*)

Wenn der Herr Kollege Klubobmann - und viele von Ihnen wissen, dass ich zum Herrn Klubobmann Kaltenegger ein ganz besonderes Beziehungsgebilde habe - wenn er sagt: „Wir dürfen nicht die Augen verschließen“, dann stimme ich dem hundertprozentig zu und dann stimme ich auch den Worten zu - und wir haben sie heute glaube ich gut vernehmlich gehört – dass alles aufgedeckt gehört, was wirklich nicht Rechtens, nicht unserer Gemeindeordnung entsprechend gemacht wird. (*LTAbg. Hamedl: „Unverständener Zwischenruf!“*) Dafür stehen wir immer wieder ein. Wenn der Kollege Kaltenegger, lieber Ernst, wenn du sagst: „Wir dürfen die Augen nicht verschließen“, dann stimme ich dem wirklich zu, aber was hier passiert, was hier zur Zeit passiert, ist eine Vorverurteilung, die wir uns einfach nicht leisten dürfen. Wenn die Fakten am Tisch liegen, hast du gesagt, dann urteilen wir darüber. Wenn die Fakten aber, sobald sie nur an die Tischkante herangerückt werden, sofort an die Presse weitergespielt werden, dann frage ich mich, in welches Schachterl wir das hinein tun. Und es ist heute schon ein paar Mal angefallen – eigentlich wollte ich mit dem Laptop herauskommen und euch ein Liedchen vorspielen. (*LTAbg. Gödl: „Nein, bitte nicht!“*) Reinhard Fendrich hat das so schön geschrieben: „Es tut so weh, wen man verliert“. Und das kommt mir immer wieder vor, seit dem 2. Oktober 2005. (*Beifall bei der SPÖ*) Weil genau seit diesem Zeitpunkt versucht die ÖVP ständig alles, was hier Gutes im Land geleistet wird, mies zu machen. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Für euch wäre heute besser gewesen: „Ich bin ein Negarant Madame!“*)

Wenn wir weiterhin versuchen – und ich habe das das letzte Mal, als die Diskussion über die Prüfung der Gemeinden da stattgefunden hat, auch schon gesagt – wenn wir weiterhin versuchen auf dem Parkett, auf dem politischen Altar der Tagespolitik, der Parteipolitik, Gemeinden zu opfern und zu skandalisieren, dann sind wir schlecht bestellt. Die Investitionen, die für die Zukunft getätigt werden von unseren Gemeinden sind für die Klein- und Mittelbetriebe unserer Regionen enorm wichtig. (*LTAbg. Riebenbauer: „Das wissen wir!“*) Ich hoffe, dass Sie sich alle dessen bewusst sind. Investieren – und das gilt nicht nur für Fohnsdorf, für die Region Aichfeld-Murboden, das gilt für alle Regionen der Steiermark – investieren heißt auch Mut zu haben und dazu zu stehen. Ich sage abschließend vielleicht noch einmal an die Adresse vom Kollegen Schönleitner, wenn die Innovation, von der du immer sprichst, nur darin besteht, alles verhindern zu wollen, dann bist du Weltmeister!

Aber das ist ein bisschen zu wenig. Wir scheuen uns nicht vor Prüfungen ... (LTabg. Mag. Drexler: „Warum oder durchbrichst heute das Abstimmungsverhalten der SPÖ?“) ... wenn sie sinnvoll sind. Aber ich habe nichts dafür übrig, wenn der Bogen überspannt wird und in dem Fall ist das glaube ich so weit. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ - 13.09 Uhr)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gach und ich darf ihm das Wort erteilen. Bitte!

LTabg. Dipl.-Ing. Gach (13.09 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Fohnsdorferinnen und liebe Fohnsdorfer!

„Barbara“, das ist für mich ein besonders Ereignis, weil ich 38 Jahre meines Berufslebens mit dem Bergbau zu tun hatte und ich darf morgen in Eisenerz meine zwanzigste Barbara-Feier mitfeiern. Ich habe das sehr oft auch in Fohnsdorf getan und weil die Abgeordnete Kolar ihre Beziehung zu Fohnsdorf dargestellt hat, darf ich das auch einleitend tun. Im Jahre 1978 als der Bergbau geschlossen wurde, haben wir in der damaligen VOEST-Alpine Zeltweg 200 Fohnsdorfer übernommen und ich durfte einen Großteil dieser Menschen in unserem Unternehmen zu Staplerfahrern, Kranführern, Schlossern etc. ausbilden. Und dadurch hat sich auch eine sehr enge Bindung nicht nur im beruflichen Bereich, sondern auch in der Musik, in der Jagd und in anderen Bereichen ergeben. Damit will ich sagen, dass ich zu Fohnsdorf eine sehr innige Bindung habe. Und wenn jetzt als Erster Herr Klubobmann Kröpfl – und der Walter hat gesagt, er wird genau zuhören – sagt: „Seid froh, dass ihr ein Leitprojekt da oben habt!“ Und wenn der Landeshauptmann in die gleiche Kerbe haut, dann bin ich zutiefst empört. Wir haben vor zwei Tagen die Regionalversammlung konstituiert. Frau Abgeordnete Kolar ist zur Vorsitzenden gewählt oder bestimmt worden und ich darf die Stellvertretung machen. Ich darf Ihnen eines sagen, diese Zwischentöne, dass diese Region irgendwo so als – und ich verwende das Wort gar nicht mehr – hingestellt wird, wissen Sie, wie in Brüssel die Obersteiermark West gesehen wird? Als das Erfolgsbeispiel wie Restrukturierung erfolgreich bewältigt werden kann. (Beifall bei der ÖVP) Wir haben da Betriebe oben, die über Knittelfeld, Judenburg und Murau 42 % der Wertschöpfung erwirtschaften, 50 % der Arbeitsplätze bringen, 60 % der Kommunalabgaben zahlen und 70 % der Forschungs- und Entwicklungsausgaben. Also da oben ist keine Wüste, vor allem keine wirtschaftliche Wüste. Und um das auch zu relativieren, der Wertschöpfungsbeitrag des Tourismus liegt bei 4 %, also was nicht herabwürdigend ist, sondern einfach ein Faktum ist. So schauen die Dinge dort oben aus.

Das Zweite, was mir wichtig ist, weil ich vom Projekt von Anfang an dabei war und von der Stimmung, die dort erzeugt wurde in Fohnsdorf, zutiefst enttäuscht war. Ich kann Ihnen sagen, frisch in die Politik gekommen sind Unternehmer und Unternehmerinnen an mich herangetreten, ich möge aus einer Institution, der ich vorstehe, doch mithelfen. Herr Landeshauptmann hat sogar von 2.500

Sparten gesprochen. Wir haben das gesponsert, um dann in der Gemeindezeitung zu lesen: „Wenn die ÖVP ein bisschen einen Charakter hat, dann bleibt sie dem Spatenstich fern!“ Was wir natürlich auch getan haben, überhaupt keine Frage! (LTAvg. Mag. Drexler: „Nordkorea ist das!“) Da muss ich wirklich sagen, das ist unerhört – wo ist denn der Straner Hans? Es ist auch so, dass Landeshauptmann Voves bei der Sternenturmeröffnung in Judenburg öffentlich dort bei der Eröffnung gemeint hat, liebe Grete – damit ist gemeint die dortige Bürgermeisterin – so ein raumordnungspolitischer Blödsinn wie zwischen zwei roten Gemeinden, zwischen Judenburg und Fohnsdorf, darf in Zukunft nicht mehr passieren. Gemeint war damals die Arena, die Judenburg entleert hat, also was Geschäfte und Handel angeht. Also ich muss auch dazu sagen, dass der Hans Straner dazu neigt, dass er die ÖVP ständig als Bremser hingestellt hat. Warm – kalt ist seine Methode und eine sachliche Auseinandersetzung weder im Gemeinderat noch in der Region bei diesem Projekt zugelassen hat. Ich muss Ihnen sagen, ich habe jetzt nachgelesen in den Stenographischen Berichten vom Vorjahr und wir haben unberechtigt gesagt, dass hier ein parteipolitisch motivierter Stinkbombenwerfer unterwegs ist. Ich muss sagen, wenn der Herr Landeshauptmann auch gemeint hat: „Seid froh, dass ihr die Therme oben habt!“, dann bläst er in dasselbe Horn. Ich bin neugierig, wie ich mit Gabi Kolar in Zukunft zusammenarbeiten werde in Regionext, wo wir gesagt haben, übergreifend. Ihr müsst euch Folgendes vorstellen: Ist rot dominiert unsere Region im EU-Regionalmanagement bei der Abstimmung, wer denn das Leitbild für diese Region begleiten sollte ist man an mich herangetreten, was mich sehr geehrt hat, die Mentorenschaft zu übernehmen. Ich habe fünf Sekunden Zeit gehabt, das zu entscheiden und habe dann gesagt, ich mache das nur, wenn die rote Reichshälfte auch mittut und zwar in Form der damaligen Vorsitzenden Grete Gruber. Und wir haben als Erste in der Steiermark ein Leitbild zustande gebracht, haben einfach mündlich vereinbart, wir vermarkten das gemeinsam, was wir auch getan haben. Darum bin ich sehr enttäuscht, wenn hier in dieser Weise Stimmung gemacht wurde in der Vergangenheit und auch weiterhin Stimmung gemacht wird. Die Therme hat von uns sehr, sehr viel Unterstützung erfahren. Ich denke an den Steiermark-Tourismus. In der Winterbeilage 1,6 Millionen Stück Therme Fohnsdorf drinnen, in derselben Institution auf der Homepage. Fritz Grillitsch ist mit Straner zweimal in Wien gewesen bei AWS zu intervenieren, um vielleicht dort doch noch eine Förderung des Bundes zu bekommen. Und ihr wisst ganz genau, da sind die damaligen ÖVP-Minister angeschwärzt worden, in Wahrheit sind wir draufgekommen, dass dieses AWS sozialpartnerschaftlich besetzt ist, gleich viel Rote, gleich viel Schwarze. Aber da oben hat man eben Wirbel gemacht, um irgendetwas zu haben. Auch meine Damen und Herren, 26 Millionen Investment und wenn hier von Schützenhöfer 2,5 kommen hat man gesagt, ja, der lehnt ja das ab, der ist ja nicht dafür, das ist ja eine rote Gemeinde. Bitte das sind 10 % des Investments, meine Damen und Herren! Und eines muss ich euch sagen, wenn ich da denke an die Kunstflugfiguren hinsichtlich Finanzierung, zuerst hat es geheißt, 2 %, dann waren es 4 %, dann 6 %, jetzt liegen wir bei 8 % oder irgendwo. Mein Zugang, aus der Wirtschaft kommend, aber wirklich aus der Wirtschaft kommend, war eben immer der, so ein Projekt gehört

professionell geplant. So ein Projekt, da gehört auch, wenn es zum Bauen kommt, ein Leistungsverzeichnis her, eine Ausschreibung. Ja, wo sind wir denn, meine Damen und Herren? Ich habe den Eindruck, dass man davor Angst hat, dass der Rechnungshof das eben auch sagt. Und auch zum Politstil, wenn der Landeshauptmann so da steht und bei ihm kommt ja sehr viel körpersprachlich, da ist so eine kleine Gräfin draußen, ja was wollt ihr denn da in der Obersteiermark. Und Gabi, dass du sagst, dass verzögert wurde bei der S 36. (LTAbg. Kolar: „Das habe ich nicht gesagt!“) Was hast du denn dann gesagt zur S 36? (LTAbg. Kolar: „Dass die Baukosten um 200 Millionen binnen zwei Jahren gestiegen sind!“) Ja, wenn man nach deinen Vorschlägen gegangen wäre, den Zirbitz-Tunnel, dann würden wir bei 4 Milliarden liegen! Das muss ich auch dazu sagen, also all das stört mich heute derartig, dass hier so getan wird, als ob diese Region schlecht wäre, das Projekt. Da geht es um die Gemeinde, da geht es um die Abläufe in der Gemeinde und wenn ich da lese „Finanzdebakel – eventuell Konkursverschleppung – die Finanzlage gehört überprüft – die Ämterkumulierung – die Zahlungsströme, dass die nicht sauber sind“, das haben alle hier erkannt und auch angesprochen. Und wenn die Zeitung stimmt, dann hat Hans Straner das auch selber erkannt.

Meine Damen und Herren, ich kann euch wirklich nur raten, dass in unserer Region die Entwicklung so positiv weitergeht, wie sie sich jetzt zeigt, dass sie dieser Rechnungshofüberprüfung zustimmen, dass Transparenz auf den Tisch kommt und wir von dieser EU oder Europamentalität der Kontrolle, die oft angesprochen wurde, wo sich jeder betroffen fühlt im negativen Sinne einer weicht, wie sie in Asien vorherrscht, dass man sich bedankt, wenn man überprüft wird. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP – 13.20 Uhr)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schmid und ich darf ihm das Wort erteilen. Bitte, Herr Abgeordneter!

LTAbg. Ing. Schmid (13.21 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Lieber Kollege Gach Heinz, es freut mich deine Einstellung. Wir arbeiten auch sehr gut zusammen, aber deine Einstellung zur Therme scheint sich in deinem Landtagsklub nicht durchgesprochen zu haben oder du scheinst dich in deinem Landtagsklub nicht durchgesetzt zu haben.

Was ich mich heute frage ist, ob überhaupt viele, wenn Sie so agieren, wissen, wie eine Gemeindeverwaltung funktioniert. Denn dann käme man auf folgende Idee nicht: 1.600 Stunden hat das Land, die Fachabteilung geprüft. 1.600 Stunden und noch viele Stunden dazu waren somit die Aufwände der Gemeinde Fohnsdorf und der Beamten der Gemeinde Fohnsdorf und wahrscheinlich noch ein Vieles mehr. Jetzt gibt es Prüfungsergebnisse. Diese Prüfungsergebnisse müssen von der Gemeinde und auch in letzter Konsequenz von den Bediensteten der Gemeinde aufgearbeitet werden und Vorschläge umgesetzt werden. Das heißt, genau dieser Prozess ist jetzt zu starten. Und jetzt frage

ich die Kollegen der anderen Fraktionen, wie stellen Sie sich das organisatorisch vor? Sie blockieren in Wahrheit mit ihrem Anliegen eine zusätzliche Prüfung der Gemeinde und der Prüfer hier heute zu fordern, nämlich Folgendes, nämlich die Umsetzung des Berichtes der Gemeindeprüfer. Denn jetzt kommt dann der Rechnungshof und der Rechnungshof wird prüfen und dann werden wir wieder ein ähnliches Stundenausmaß erleben, auch ein ähnliches Stundenausmaß und die Belastung der damit Beschäftigten in der jeweiligen Gemeinde. Und wo bleibt dann die Zeit für die Umsetzung?

Und das muss ich ganz ehrlich sagen, das widerspricht sich! Das widerspricht sich, so wie sich vieles von Seiten der ÖVP-Fraktion und Gefordertes widerspricht!

Aber jetzt komme ich zum Eigentlichen. Wie hat Herr Landeshauptmannstellvertreter gesagt? Man wolle die steirischen Gemeinden nicht skandalisieren, sondern nur prüfen, so der ÖVP-Vorsitzende, Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer. Und gleich darauf, die Vorwürfe – ganz theatralisch – sind so schwerwiegend und dann beginnt der ÖVP-Vorsitzende gleich plakativ über Inhalte des Prüfberichtes der Gemeindeaufsicht zu plauschen. Plakatives Anpatzen in Öffentlichkeit, in der Presse. Gesprächsangebote des Landeshauptmannes zu diesem Thema werden einfach negiert, keine persönliche Gesprächsaufnahme des Landeshauptmannstellvertreters als Zuständigen für Fohnsdorf mit den Gemeindeverantwortlichen oder dem Bürgermeister, Stellungnahmen der Gemeinde, die ihnen zustehen, werden weder abgewartet, noch aktiv eingeholt. Ich gratuliere zu dieser Vorgangsweise und ich sage heute, das und diese Vorgehensweise, meine Damen und Herren, das ist der eigentliche Skandal! Sie skandalisieren nämlich damit die steirischen Gemeinden! Nicht mit der Sozialdemokratie! *(Beifall bei der SPÖ)*

Und was höre ich heute in einer Wortmeldung vom Klubobmann Drexler von Seiten der ÖVP-Fraktion? Er findet heute tatsächlich eine neue Definition für steirische Gemeinden, nämlich die Bananenrepublik! Na, ich gratuliere dazu! Sehr, sehr konstruktiv von Seiten der ÖVP-Fraktion. Sehr konstruktiv und absolut passend, dass eigentlich der Landeshauptmannstellvertreter das letzte Mal von diesem Rednerpult gesagt hat, wir wollen eigentlich nicht skandalisieren, aber agiert von Seite der ÖVP völlig, völlig anders.

Und dann kommt heute der Herr Kollege Murgg heraus. *(LTAbg. Schönleitner: „Das auch noch!“)* Das haben Sie gesagt, Herr Kollege Schönleitner! Finden Sie es vielleicht nicht gut, wenn der Kollege Murgg herauskommt? Aber das ist Ihre Meinung, ich werde nachdenken und jeder kann sich sein Bild machen, ob wir das teilen. Und was macht der Kollege Murgg? Er geht genau in die gleiche Schiene und skandalisiert. Er beginnt nämlich bereits mit Hartberg als Beispiel und als weiterfolgendes, das man sich unbedingt anschauen muss, in den Mund zu nehmen. Herr Kollege Murgg, in diesem Zug, den Sie hier wieder vorgeben wollen, bereits jetzt schon andere Gemeinden zu skandalisieren, in diesem Zug wird die SPÖ-Fraktion mit Ihnen mit Sicherheit nicht mitfahren. *(Beifall bei der SPÖ)*

So und nun, was möchte der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer weitermachen? Der Bundesrechnungshof soll es jetzt sein, der zusätzlich prüft, der die Prüfer prüft. Wir haben ja alle so viel Zeit, wir wollen ja nicht konstruktiv aufarbeiten, wir wollen ja sozusagen weiter prüfen.

Naja, warum eigentlich der Bundesrechnungshof? (*LTabg. Mag. Drexler: „Wie in einer Bananenrepublik. Nur in dieser Gemeinde!“*) Es gibt die Verfassung, haben wir heute gehört. Aber ich hoffe natürlich auch, dass Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer den § 97 der Steirischen Gemeindeordnung kennt, der sich „Aufsichtsbehörde“ betitelt. Und wir wissen natürlich auch, was da unter anderem drinnen steht, nämlich: „Die Aufsichtsbehörde ist die Landesregierung. Sie kann zur Überprüfung und erhebenden Ermittlungen der Bezirksverwaltungsbehörde sich bedienen. Die Landeskontrolle kann entsprechend eingeschaltet werden.“ Jetzt gibt es eine interessante Sache für mich: Es gibt doch im Landtag Arbeitskreise, die sich mit der Gemeindeordnung befassen und mit der Novellierung der Gemeindeordnung einen Ausschuss. Also all jene, die jetzt eine Prüfung durch den Bundesrechnungshof fordern, mir ist keine Wortmeldung bekannt oder kein Vorschlag einer anderen Fraktion bekannt, das in Zukunft vielleicht in der Gemeindeordnung zu verankern. (*LTabg. Mag. Drexler: „Es gibt auch eine Bundesverfassung!“*) Ja, habe ich angesprochen. Es freut mich, dass Sie auch kund der Bundesverfassung sind. Das ist sehr schön für uns, dass Sie uns diese Mitteilung machen. (*LTabg. Hammerl: „§ 47!“*) Aber genau das ist die Situation und genau diese Verbindung, dass diese Forderung hier in diesem Unterausschuss und bei diesen Besprechungen nie gekommen ist, genau diese Forderung lässt nämlich folgenden Schluss wieder zu, (*LTabg. Mag. Drexler: „Gerry, kennst du den Begriff gefährliches Halbwissen?“*) es lässt nämlich den Schluss zu, dass Sie nämlich, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, mit völliger Willkür agieren, betreffend dem Thema Fohnsdorf und der Prüfung von Fohnsdorf. Denn die Politik der ÖVP und ich muss es heute hier sagen, denn es ist wieder ein Kreis, der sich schließt, Ihre Politik ist seit langem die Politik der Vernaderung, die Politik der Verhinderung und die Politik des Blockierens in der Steiermark und ergänzt sich jetzt nun mit den Versuchen des Skandalisierens steirischer Gemeinden. Ihnen gratuliere ich dazu nicht! Auch nicht unser Weg der Sozialdemokratie! (*Beifall bei der SPÖ – LTabg. Mag. Drexler: „Das ist ja nicht in allen Gemeinden so!“*) Herr Kollege hören Sie zu! (*LTabg. Mag. Drexler: „Es sind ja nicht alle Gemeinden so wie Fohnsdorf.“*) Hören Sie zu! (*LTabg. Mag. Drexler: „Sie können ja nicht alle Gemeinden in einen Topf werfen!“*) Hören Sie zu! Es ist heute bereits kurz angeklungen: 11. Februar 2005, Wahlkampfauftakt der ÖVP in Knittelfeld. 300 Millionen Euro verspricht die damalige Landeshauptfrau Klasnic für die Steiermark, 70 Millionen verspricht sie genau in dieser Region. Genau in dieser Region! (*LTabg. Mag. Drexler: „Haltet euch an die Wirtschaftsdaten!“*) So, jetzt ist es leise geworden, denn alle wissen wir es. Versprochen, gebrochen! Du nickst, Herr Kollege, danke für die Zustimmung. (*Beifall bei der SPÖ – LTabg. Riebenbauer: „Wenn man dir zurückredet, dann wird gedroht!“*)

Ich hoffe, dass auch das nächste Thema deine Zustimmung findet, nämlich was sagt ÖVP-Vorsitzender Schützenhöfer vor der Wahl? Die Kollegin hat das schon angesprochen. Ich bin für das Thermenprojekt in Fohnsdorf, so im örtlichen Tourismusbüro oben und heute hören wir noch die Abmachung, Teile des Verkaufserlöses von Loipersdorf gehen nach Fohnsdorf. Ich hoffe, du stimmst mir wieder zu: Versprochen, gebrochen!

Und eines sage ich noch, wäre Bürgermeister Straner eine Gräfin, die ÖVP hätte schon längst geholfen und nicht wie heute skandalisiert. (*LTAbg. Mag. Drexler: „Ist ja eure Gräfin!“*) Ich kann Ihnen nur eines sagen, Fohnsdorf – und so sehen wir das als Regionalverantwortliche – Fohnsdorf (*Präsidentin Beutl: „Bitte zum Schluss zu kommen!“*) Fohnsdorf ist eine Erfolgsstory, nämlich in Revitalisierung, in Ansiedelung von Handelsbetrieben und in Entwicklung eines zukunftsorientierten Leitbildes. Die Menschen in Fohnsdorf sind wieder stolz, Fohnsdorfer zu sein! Und eines sage ich Ihnen, in die Therme Fohnsdorf gehört weiterhin investiert. Wir wissen, es bedarf auch für die Zukunft gesehen und für das optimale Funktionieren eines Zwei- bis Dreisterne-Hotels als Nischenprodukt. Helfen Sie mit, investieren Sie mit, (*Landeshauptmann Schützenhöfer: „Habe ich schon!“*) Herr Landeshauptmannstellvertreter lösen Sie Ihre Versprechen ein, zum Wohle der Region Obersteiermark West. Ich danke Ihnen! (*Beifall bei der SPÖ – 13.32 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen und erinnern, dass wir heute nur Gastrecht bis 14.30 Uhr haben. Das heißt, bei den Reden ersuche ich einfach wirklich hier sehr korrekt die Zeit einzuhalten.

Als nächstem Redner darf ich dem Herrn Abgeordneten Rieser ans Rednerpult bitten. Bitte Herr Abgeordneter.

LTAbg. Rieser (13.32 Uhr Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, Hoher Landtag!

Nur zuerst zu dir, lieber Kollege Gerald aus Knittelfeld. Ich glaube schon, dass in unserer Region – und Kollege Gach hat das angesprochen – sehr, sehr viele Leitprojekte gemacht wurden, dass sehr viele Hausaufgaben in unserer Region auch erledigt wurden. Ob das Spielberg, ob das der Holzcluster, ob das die Metallindustrie ist, in allen Bereichen ist in unserer Region sicherlich sehr viel passiert. Wir haben nur eine Differenz, nämlich ich stehe am Standpunkt, dass Prüfungen etwas Gutes sind, dass Prüfungen notwendig sind und dass Prüfungen, wenn es Ungereimtheiten gibt, der einzige Weg sind, Klarheit zu schaffen. Wir wollen hier niemand anschwärzen. Es soll hier niemand beschuldigt werden, daher ist eine Prüfung notwendig, dass Dinge heraufbefördert werden, die andere vielleicht vermuten. Wenn ich bitte hier die Kleine Zeitung hernehme, einen Kommentar von Sepp Fröhlich – ich zitiere: „Der Fohnsdorfer Bürgermeister Johann Straner macht es sich sehr leicht, wenn er Forderungen nach Sonderlandtag und Prüfung durch den Bundesrechnungshof als ‚politisches Spielchen‘ abtut!“ Ich

zitiere weiter: „Seine Gemeinde hat ein arges Problem. Das bestätigt immerhin auch ein prominenter Parteifreund Straners, nämlich Landeshauptmann Franz Voves.“ „Wir haben genügend erschreckende Information, wie in dieser Gemeinde gearbeitet wurde“, sagte er gestern in aller Öffentlichkeit. Kolleginnen und Kollegen, genau das ist es. Es soll bitte nichts im Raum hängenbleiben. Es soll auch nicht der Bürgermeister Straner angeschwärzt werden. Ich würde als Bürgermeister Straner hergehen und in den Gemeinderat gehen und einen Beschluss fassen, an die Landesregierung heranzutreten, dass mich der Bundesrechnungshof prüft. Weil das einfach das einzige richtige Mittel in dieser Situation wäre. *(Beifall bei der ÖVP)*

Und eines möchte ich schon klarstellen, liebe Gabi Kolar. Den gemeinsamen Weg, den hat die ÖVP nicht verlassen. Ich erinnere daran, erstens Kollege Gach hat das angesprochen, die Spatenstichsituation – auch wir haben einen Charakter – und wenn dort steht: „Wenn Schützenhöfer, Gach, Rieser, Grillitsch ein Ehrgefühl haben, dann bleiben sie fern!“ Aber das war es nicht, ich möchte etwas weiter zurückgreifen, nämlich und das ist für euch, liebe Kollegen in der SPÖ eine alte Taktik, um von eigenen Fehlern abzulenken, ist, sich einen bösen Gegner aufzubauen. Das ist euch gelungen, glaubt ihr, nämlich alle haben vergessen ÖVP und SPÖ haben gemeinsam den Ankauf des Thermengrundstückes sowie der Thermenrechte von Herrn **Zoidl** (?) beschlossen. ÖVP und SPÖ haben gemeinsam für die Subfinanzierung unter 2 % zugestimmt und aus dem Ressort Hermann Schützenhöfer – und das kann ich nicht oft genug wiederholen – Tourismus sind 2,5 Millionen Euro geflossen! Was ist passiert? Die Projektierung lief aus dem Ruder. Bürgermeister Straner ist ja auch gleichzeitig Geschäftsführer der Thermengesellschaft. Wir haben heute in der Zeitung gelesen – und dieser Schritt ist nur zu begrüßen – keine öffentliche Ausschreibung, teure Gutachten anstelle, Finanzierung um 2 %, dann um 4 % und schlussendlich um 6 % teurer geworden. Die Gemeinde haftet für die Rückzahlungen und so weiter und so weiter. Auch bedenklich stimmt mich, wenn man in den Unterlagen nachliest, ursprünglich ist ja die Therme kalkuliert worden und in den Unterlagen AWS ist es auch nachlesbar, bei 800 Tagesgästen, das mal 365 Tage. Das Problem ist aber, dass die Therme nur für 600 Tagesgäste ausgerüstet ist, da stimmt etwas nicht. Und wenn etwas nicht stimmt ... *(LTabg. Ing. Schmid: Wissen Sie was nicht stimmt? Einen Eurofighter weniger über die Therme!)* Lieber Kollege Schmid, wir führen jetzt keine Sicherheitsdebatte durch, sondern wir reden um das Projekt Fohnsdorf!

Werte Kolleginnen und liebe Kollegen, Walter Kröpfl hat es angesprochen und ich möchte schon hinzufügen, wenn er glaubt, aber er glaubt es ja selber nicht, dass er für den Österreicherling zuständig ist und dass der Österreicherling nur deshalb gebaut worden ist, weil Walter Kröpfl dafür ist, denn eines können wir auch nachvollziehen, Gott sei Dank haben sich die Zeiten geändert, dass man jetzt gemeinsam versucht, dort einen privaten Investor zu halten, dass er investiert. Verhandlungsleiter – und das wissen alle – waren Christian Buchmann und Hermann Schützenhöfer und niemand anderer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, kurz zur Schadensbegrenzung, weil deswegen kommen wir ja zusammen. Wir dürfen die Therme Fohnsdorf nicht in den Konkurs schicken. Diese Meinung vertreten wir oben, weil damit die Bevölkerung von Fohnsdorf unter die Räder käme, wenn am Beispiel Trieben zufällig auch in der SPÖ-Gemeinde Fohnsdorf nun die Bewohner zwischen vier- und fünfmal höhere Kanalgebühren bezahlen müssten. Es ist angesprochen worden, ja, es gibt eine Krise. Ja, es gibt Ausfälle bei den Bundesanteilen für die Gemeinden, ja, es führen weniger Einnahmen in den Gemeinden zu Problemen, die wir sehr ernst nehmen müssen. Die hausgemachten Probleme Trieben und Fohnsdorf, jedoch hier in einem Atemzug mit anderen Gemeinden zu nennen, ist, jawohl ich sage es, eine Zumutung. *(Beifall bei der ÖVP)* Denn viele Gemeinden, rote, schwarze und Namenslisten-Gemeinden bemühen sich ehrlich in Verbindung mit Kompetenz und Fleiß zu arbeiten, bemühen sich ehrlich etwas weiterzubringen. Was abgelehnt wird, ist Misswirtschaft, Inkompetenz, Machtgier, Alleinherrschaft. Das sind nämlich die Ursachen. Man muss jenen Gemeinderäten dankbar sein, die den Mut, die Kraft haben, Dinge zu sagen, die anders sind, weil die Gemeinderäte sind bitte – und sie sind auch heute hier anwesend – gedemütigt worden, ihnen ist das Recht abgesprochen worden und man sie verhöhnt. Und das lehnen wir auf das Schärfste ab! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ihnen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, möchte ich abschließend sagen, eigentlich sind wir sehr froh darüber, dass Sie die Prüfung der Staatsanwaltschaft mit Ihrer roten Mehrheit in der Landesregierung nicht verhindern können, so wie es bei der Prüfung durch den Bundesrechnungshof geschieht. Man tut mit dieser Sache dem Land nichts Gutes! *(Beifall bei der ÖVP – 13.42 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Prattes und ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAbg. Prattes (13.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn diese außerordentliche Landtagssitzung etwas gebracht hat, dann ist es das, das es gezeigt hat, wer für Projekte und wer zu Regionen steht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte zu Beginn meiner Ausführungen gleich sagen, die SPÖ hat sich ... *(LTAbg. Mag. Drexler: „Ist das heute der Morgenappell, den ihr alle wiederholt?“)*... die SPÖ hat sich vorbehaltlos zu allen sinnvollen Projekten Tourismus, Wirtschaft bekannt, egal in welcher Region und egal in welcher Gemeinde. Etwas fällt natürlich schon auf, wenn hier viele Projekte aufgezählt worden sind, die funktionieren, Gott sei Dank und manche Projekte, die nicht so gut funktionieren, dann muss man aber auch zurückblenden – und das war ja auch schon Teil der Diskussion – an die steirische Landesholding, meine sehr verehrten Damen und Herren und da muss man auch sagen, dass richtigerweise touristische Infrastruktur, wie wir es bei den Thermern gesehen haben, durch die Landesholding mit hohem Geldaufwand errichtet wurden, Lifte ganz genauso und dadurch Private in die Möglichkeit

versetzt worden sind, zusätzliche Projekte Restaurants, Beherbergungsbetriebe zu entwickeln. No, na, es ist ja völlig klar, dass diese touristischen Infrastruktureinrichtungen sehr viel Geld kosten und so lange es die Landesholding gegeben hat, ist auch immer wieder – da sitzen ja einige Kolleginnen, Kollegen im Landtag, die wissen –, dass immer wieder auch erneuert wurde, auf neuen Stand gesetzt wurde. Dann kam der Verkauf der Landesholdingbetriebe zu sehr moderaten und günstigen Preisen an die Gemeinden, das muss man auch sagen, und hat die natürlich auch in die Möglichkeit versetzt, ohne Vorbelastungen durch hohe Kredite, Betriebe zu führen. Das ist der Hebel, wo ich ansetzen möchte, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist ja ein Unterschied, ob ich eine fertige Infrastruktur hergestellt bekomme. Sinnvolle! Wir bekennen uns zu all diesen Projekten, das sage ich immer wieder und dann den Betriebe mir erwirtschaften muss, oder ob ich einen Beitrag, eine Subvention, eine Förderung des Landes bekomme, die jetzt ja nach Prozenten normiert ist, da schaut natürlich die Finanzierung ganz anders aus. Und wenn es dann noch dazu kommt, dass berechnete Forderungen nach Förderungen einfach ins Nirwana gehen, wo dann der zuständige Referent einfach sagt, ich will das nicht, das interessiert mich nicht und auf einmal Geldmittel in großer Menge fehlen, wo man schauen muss, dass man das auf dem Kapitalmarkt finanziere, dann darf ich mich nicht wundern, dass es gerade im Bereich der Anfangsbetriebe – wir haben heute gehört vom Herrn Landeshauptmann, drei bis fünf Jahre muss man zugestehen – und es gibt ja viele, die sagen, ich verstehe was von Wirtschaft, die werden das unterstreichen, dass man dann natürlich in Schwierigkeiten kommt, denn ein Start von Null auf Hundert wäre schön, aber das spielt es eben nicht immer.

Meine Damen und Herren, dieser Vorwurf ist dann umso gravierender, den ich hier gerne – oder was heißt gerne – erheben muss, dass es immer bei Projekten, die in sozialdemokratisch geführten Gemeinden und Regionen, mit Mehrheit Sozialdemokratie, bei den Förderungen klemmt. (*LTA*bg. *Strassberger*: „Das wissen wir Erich!“ – *LTA*bg. *Gödl*: „Der Bundeskanzler, der Landeshauptmann!“) Ja, das wäre Unterstellung? Ist ja genau aufgezählt worden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ihr vergesst immer so schnell, dass Herr Landeshauptmannstellvertreter bewusst gesagt hat, da fördere ich nichts. Das interessiert mich nicht, da mache ich nichts. (*LTA*bg. *Kasic*: „Das stimmt überhaupt nicht!“) Er zieht immer gerne die Studie – Zolles war dabei – heraus, ist in bestimmten Sätzen nicht unberechtigt, dort ist gesagt worden, keine weiteren Thermen und deswegen fördere ich nichts. Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt aber Richtung Fohnsdorf hinaufschaue, dort war das ein Leitprojekt. Und wir reden nur von Leitprojekten für eine ganze Region, dass man dann sagt, Fohnsdorf würde vielleicht die Oststeiermark konkurrenzieren, wo alle, die Murtaler werden mir jetzt recht geben, wissen, dass sehr viel aus dem Kärntner Raum heraufkommen und baden. Da gibt es keine Verdrängung. Da kommt noch etwas dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man ein bisschen das Urlaubsverhalten der Österreicher und Österreicherinnen und der uns umgebenden Auslandsbevölkerung kennt, dann weiß man, dass die Kurzurlaube zunehmen. Vierzehn Tage und drei Wochen können die noch fahren, die es sich leisten

können, aber viele fahren drei Tage, zwei Tage, davon lebt ja unser Thermentourismus. Man sieht, dass man da durchaus auch gute Zahlen erwirtschaften kann. Herr Landeshauptmannstellvertreter hat sich zu recht gefreut über gute Zahlen im Tourismus. Wir sind alle miteinander froh, dass wir das haben. Ich darf ihm auch sagen, dass zum Beispiel – und jetzt komme ich dazu, es wurde ja schon gesagt, er wird über Asia Spa reden, ja selbstverständlich –, dass gerade dieses Asia Spa in den ersten eineinhalb Jahren des Betriebes 323.000 Besucher erreicht hat, dass das Hotel, das gebaut wurde, in den eineinhalb Jahren 54.000 Nächtigungen erzielt hat, Herr Landeshauptmannstellvertreter ist im gesamt Konnex von der Steiermark nicht so brüllend, aber es hat sich sehr gut bewegt. Meine Damen und Herren, und da komme ich dazu, wenn schon der Tourismusreferent sagt, mich interessiert das Bad dort nicht, mich interessiert das Bad dort nicht (*LTAvg. Strassberger: „Das hat er nicht gesagt, dass es ihn nicht interessiert!“*) ... Schau, jetzt werde ich sagen, Herr Landeshauptmannstellvertreter – wollt ihr noch einmal die ganzen Zitate hören? – wo er gesagt hat, das ist ein Gemeindebad, wenn sie es wollen, sollen sie es sich selber zahlen. Ich habe das zitiert aus Zeitungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wenn man dann, wenn es um Förderungen geht, null Mitkämpfer hat und wenn man hört – und ich habe sehr gut aufgepasst, Herr Landeshauptmannstellvertreter, bei deiner Beantwortung, das ist ja ganz ein besonderes Schmankerl – bei Asia Spa hat man gesagt, wir können kein Hotel fördern – ich rede jetzt von AWS – weil das ist ein Stadthotel und das geht nicht, da kann man nicht fördern, ist nicht in den Richtlinien. Lienz hat das gekriegt. Ich kann das Spa selbst nicht fördern, weil das könnte ja nur dem lokalen Bereich dienen, wird nicht gefördert. Dann höre ich und da habe ich schon sehr gestaunt – Fohnsdorf hat genauso beim AWS eingereicht um eine Förderung und dort wird die Förderung abgelehnt, weil kein Hotel gebaut wird. Also man richtet es sich, wie man es braucht, man zahlt nicht. Komischerweise, war dort draußen der zuständige Minister damals auch wieder ein Steirer, Bartenstein, bekanntlich nicht bei unserer Fraktion. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Jetzt hast ein Komplott aufgedeckt!“*) Und jetzt zu dir, Heinz. (*LTAvg. Gach: „Unverständener Zwischenruf!“*) Nein, damals Bartenstein zuständig, brauchst mir nichts zu sagen. Und über deine Geschichte, dass du sagst, da ist ja ein Gremium, das sozialpartnerschaftlich besetzt ist, dann muss ich Folgendes sagen, dass dieses Gremium erst ab einer Beschlusssumme von 8 Millionen Euro zusammentritt und alles andere wird im Büro selbst entschieden. Also muss ich eines sagen ... (*LTAvg. Gach: „Aber im Büro sind der Moser....!“*) Aber, da war er noch nicht. Bitteschön, das einzige, was zusammengebracht wurde – und das passiert hier in Fohnsdorf genauso – es wird ein Projekt schlechtgeredet, es wird alles heruntergemacht, aber komischerweise nur dann, wenn das Ganze in einem sozialdemokratischen Gebiet ist, das nimmt euch nichts weg. (*LTAvg. Strassberger: „Taugt dir die Misswirtschaft da oben?“*) Wenn ihr jetzt immer redet ... Bitte? (*LTAvg. Kasic: „Habt ihr in Leoben auch solche Zustände wie in Fohnsdorf, denn sonst passt das nicht!“*) Ja, ja genau. Wir waren Gott sei Dank noch in der Lage, selbst das wirtschaftlich abzudecken.

Aber wohl, jetzt sage ich euch schon noch etwas, weil ihr mich fragt. Danke für den Einwurf! Wir haben zu diesen zweieinhalb Millionen, die wir nicht gekriegt haben, die musste die Stadt selbst bezahlen und hat sich aber so ausgewirkt, dass sich das in den Preisen für den Eintritt natürlich auswirkt, das muss sich natürlich irgendwo niederschlagen. Und wen können sie das verdanken? Das werden wir und wir haben es ja entsprechend kundgemacht, wer die sind. Außer unser Landeshauptmann, der glaubt an dieses Projekt und der hat uns auch unterstützt. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter ... (*Glockenzeichen der Präsidentin - LTAvg. Strassberger: „Das ist seine Gemeinde!“*) Wieso regt ihr euch so auf? (*Präsidentin Beutl: „Bitte zum Schluss zu kommen!“*) Ja, ich komme schon zum Schluss. (*LTAvg. Kasic: „Was glaubst du eigentlich?“ – Unruhe bei der ÖVP*) Liebe Frau Präsidentin, die Zeit musst du mir aber einrechnen, weil das geht nicht. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat sich so still und heimlich heuer das Bad angeschaut bzw. das Hotel. Da hat man auf einmal hinterher gehört, der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat sich das in Leoben angeschaut. Ich kann mir nämlich vorstellen, dass er sich da nicht offiziell hingetraut hätte, weil dann hätte er nämlich andere Sachen gehört. Eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich halte den Gedanken, wieder eine Holding in dieser Art einzuführen, wo man tourismusrelevanten Einrichtungen wieder zusammenfasst im Sinne der seinerzeitigen Landesholding, für eine sehr, sehr gute Idee. Ich bitte, das gerne aufzunehmen. (*Glockenzeichen der Präsidentin*) Und für unsere Regionen, meine sehr verehrten Damen und Herren (*Präsidentin Beutl: „Ich bitte wirklich, zum Schluss zu kommen!“*) – es ist der letzte Satz – ich habe zuerst gesagt, fordere ich Waffengleichheit, das ist falsch – ich fordere Chancengleichheit! Wir wollen nicht besser behandelt werden als andere, aber wir wollen genauso gut behandelt werden wie alle anderen auch! In diesem Sinne danke schön und Glück auf! (*Beifall bei der SPÖ – 13.55 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Geschätzte Damen und Herren, ich ersuche wirklich um Zeitdisziplin. Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass wir in dem Augenblick, wo wir heute nicht spätestens um halb drei zu den Abstimmungen kommen, unterbrechen und morgen fortsetzen müssen. Vielleicht ist es möglich, dass Sie Ihre Wortmeldungen etwas kompakter und dadurch kürzer fassen, sodass jeder, der sich gemeldet hat, auch drankommen kann. Aber ich ersuche wirklich um Rücksichtnahme auf die räumliche Situation. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Bacher und ich ersuche ihn, in den von mir genannten Ausführungen um prägnante Kürze.

LTAvg. Bacher (13.56 Uhr): Frau Präsidentin, meine Herren Landeshauptleute, geschätzte Damen und Herren!

Ich werde mich jetzt an die Zeitvorgabe halten und werde relativ bald zu Ende kommen, wenn die SPÖ mitgeht, dass wir den Rechnungshof einschalten können. Herr Landeshauptmann, es geht relativ einfach, wir können das sehr abkürzen, weil viele Argumente sind ja heute schon auf den Tisch gelegt

worden. Ich komme auf die Wortmeldung vom Kollegen Prattes zurück. Weißt du, Erich, worum es geht? Weißt du, worum es geht? Dass seit Jahren zum Thema „Therme Fohnsdorf“ von der Opposition im Gemeinderat genau die Probleme immer aufgezeigt wurden, über die wir heute diskutieren. Und seit Jahren wurde das vom dortigen Bürgermeister mit seiner eklatanten Mehrheit verhindert! Das ist das Problem! Das wurde mit der Mehrheit beinhart niedergestimmt. Ich habe mich sehr genau erkundigt, wie es dort zugegangen ist. Und wir wären heute nicht da herinnen bei der Sondersitzung, hätte der Herr Bürgermeister verstanden, worum es da geht. Nämlich, niemand will das Projekt verhindern. Es steht ohnehin dort. Nur, wenn er glaubt, mit seiner satten Mehrheit kann er über alles drüberfahren, das geht nicht, meine Damen und Herren. Wir sind in der Zwischenzeit in einer Demokratie angekommen und es ist nur rechtens, dass sich die Opposition mit den Themen auseinandersetzt, die das Problem darstellen. Das Problem war die Finanzierung. Und jeder, der im Gemeinderat ist und das ein bisschen ernst nimmt, nimmt auch die Verantwortung wahr, diese Dinge aufzuzeigen. Lieber Hermann Schützenhöfer, ich danke dir, weil sonst wäre bis jetzt noch verhindert worden, wenn du nicht das übernommen hättest, auf dich genommen hättest, die Dinge aufzuklären. *(Beifall bei der ÖVP)* Wir wüssten es bis heute noch nicht. Unter dem Motto „vertuschen“, „vertuschen“, „hinunterdrücken“, „die anderen verantwortlich machen“ wäre dort nichts weitergegangen. *(LTAbg. Zelisko: „Ist das das neue Motto?“)* Gott sei Dank, dass wir heute da herinnen sitzen und über diese Dinge reden. Da geht es nicht darum, dass in der Region ein Projekt verhindert wurde oder wer es dort gebaut hat. Das ist doch lächerlich! Das ist doch lächerlich, sich da herzustellen und zu sagen, wir sind die Guten und die anderen sind die Bösen! Es geht um das Problem Therme Fohnsdorf und die hat ordentliche Probleme. Wenn da oben heute die Leute sitzen, das sind ja die Leidtragenden, meine Damen und Herren, die in Zukunft 500 Millionen Schilling Schulden zurückzahlen müssen *(LTAbg. Kröpfl: „Sicher, deswegen sitzen sie da!“)* und für die Jugend keine Zukunft bauen. Das ist das Hauptproblem! *(Beifall bei der ÖVP)*

Man hat all denjenigen, die dieses Problem aufgezeigt haben, den Mund verbieten wollen. Man hat ihnen gesagt, haltet den Mund, mischt euch da nicht ein, wir sind groß genug, dass wir die Dinge selber regeln. Sie können es nicht mehr regeln und daher fordere ich, dass der Bundesrechnungshof prüft, wenn wir wollen, dass das eine Zukunft für die Therme und auch einen Neustart bedeutet. Wir wollen es auch für die Region und das geht nur mit einer exakten Prüfung, auch im Sinne des Projektes, meine Damen und Herren, auch für Sie in der Gemeinde. Dann habt ihr es schwarz auf weiß, ob das, was jetzt da liegt, geschönt wurde, von denen, die es böse meinen, so hingbracht wurde, dass das alles drinnen steht oder ist das konkret passiert? Man muss einen Neustart machen und man muss dort die Konsequenzen ziehen, damit das Projekt eine Zukunft hat und damit auch die Region! In diesem Sinne danke! *(Beifall bei der ÖVP – 14.00 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Ich bedanke mich für die Kürze und darf als Nächstem dem Herrn Abgeordneten Schönleitner das Wort erteilen. Bitte Herr Abgeordneter.

LTAbg. Schönleitner (14.00 Uhr): (*LTAbg. Kröpfl: „Hast du nicht schon viermal gesprochen heute?“*) Das ist ein subjektives Empfinden von dir, Kollege Kröpfl, dass ich schon das vierte Mal heraußen bin. Ich werde es aber sehr kurz machen, weil wir ja nicht mehr sehr viel Zeit haben.

Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Man braucht nicht mehr viel dazu sagen zu dem heutigen Sonderlandtag. Spätestens als der Herr Kollege Schmid hinausgegangen ist und von einer Erfolgsstory gesprochen hat in Fohnsdorf, die beispielgebend sein könnte oder wie die Kollegin Gabi Kolar gesagt hat, im Grunde genommen ist der Herr Straner als Bürgermeister ja ein innovativer Entwicklungsmotor in der Region, ich glaube, das zeigt uns und das hat die heutige Veranstaltung gezeigt, dass die SPÖ einfach versucht, vom Kern abzulenken. Und der Kern, warum wir da waren, dass sollten wir uns jetzt noch einmal erinnern, der war eigentlich derjenige, dass es in einer Gemeinde schon zum wiederholten Male massive Missstände gegeben hat. Ich darf nur kurz an Trieben erinnern, weil in der Wortmeldung ich glaube des Herrn Landeshauptmannes war es auch, wo gesagt wurde, alles wäre umgehend getan worden. Ich sage Ihnen, Herr Landeshauptmann, zehn Jahre haben Sie gebraucht in Ihrer Verantwortung und Ihre Vorgänger, um überhaupt irgend etwas in Bewegung zu bringen. (*LTAbg. Kröpfl: „10 Jahre, so lange ist er gar nicht in der Politik. Da war insgesamt die Klasnic zuständig!“*) Und es war auch in Trieben so, Herr Landeshauptmann, dass damals die Unabhängige Liste Trieben und die Opposition – in dem Fall war es auch die ÖVP in Trieben – massivst mehrfach an die Aufsichtsbehörde herangetreten sind und sie darauf hingewiesen haben, dass hier vieles schief läuft. Das Ergebnis ist bekannt, es ist tragisch, aber was noch tragischer ist, ist der heutige Sonderlandtag, weil er gezeigt hat, dass die SPÖ leider in keiner Weise in irgend einer Form ein Problembewusstsein an den Tag legt und dass eigentlich das Einfachste, das man jetzt tun könnte, nämlich den Bundesrechnungshof darüber schauen zu lassen, eine unabhängige Instanz, das ist ja keine parteipolitische Instanz, so wie Sie das gerne immer wieder darstellen oder wie Sie gesagt haben, den Altar, die steirischen Interessen auf dem Altar in Wien opfern, in Wirklichkeit ist es eine unabhängige Kontrollinstanz, die glaube ich hier noch einmal konkret darüber schauen sollte und uns die nötigen Empfehlungen geben sollte, was in Fohnsdorf zu tun ist, um eben die Geschichte auf eine wirtschaftlich gute Basis zu stellen.

Wir bringen in diesem Zusammenhang nur zwei Entschließungsanträge ein. Uns geht es im Speziellen noch einmal darum, dass eigentlich der vorliegende Prüfbericht doch aus unserer Sicht die Einsetzung eines Regierungskommissärs bzw. einer Regierungskommissärin in Fohnsdorf rechtfertigen würde. Wir bringen daher den Antrag ein: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, gemäß § 103 der Steiermärkischen Gemeindeordnung den Gemeinderat der Gemeinde Fohnsdorf aufzulösen und zur Fortführung der Verwaltung der Gemeinde einen Regierungskommissär bzw. eine Regierungskommissärin einzusetzen.

Der zweite Entschließungsantrag, der aus unserer Sicht logischerweise zu einer Überprüfung der Causa dazugehört geht in Richtung Gemeindeaufsicht. Ich hoffe, dass bei diesem Antrag auch die ÖVP mitgeht, denn das gehört einfach dazu, wenn wir umgehend prüfen. Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an den Rechnungshof heranzutreten, anhand der schweren Misstände in den Gemeinden Fohnsdorf, Köflach, Trieben und Kammern die Tätigkeit der Aufsichtsbehörde zu kontrollieren.

Abschließend, Herr Landeshauptmann, Sie haben heute hier hereingerufen in den Saal: „Wählen Sie mich ab, stellen Sie einen Misstrauensantrag, wenn irgend etwas nicht passt!“ Ich sage Ihnen, wenn Sie über den Landtag drüberfahren werden und wenn es eine Mehrheit heute gibt für eine Bundesrechnungshofprüfung, dann werden wir vielleicht auf dieses Angebot noch zurückkommen. Danke. *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP – 14.04 Uhr).*

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Schleich und ich darf ihm das Wort erteilen.

LTAbg. Schleich (14.04 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist schon, wenn man den heutigen Tagesablauf so revuepassieren lässt, verwunderlich, dass gerade eine Bürgermeisterpartei mit über 300 Bürgermeistern in dieser Form hier auftritt, wie das die ÖVP macht. Denn man tut so, als ob nur die Politik an vorderste Stelle wäre und man nur für die Politik alles opfert. Als Bürgermeister, der ich seit zwanzig Jahren sein darf, weiß ich, dass du nur dann in der Gemeinde etwas weiterbringst, wenn du aktiv bist und wenn du auch Dinge umsetzt. *(LTAbg. Strassberger: „Aber nicht so, muss alles in Ordnung sein!“)* Wenn ich dann höre von dir, nicht so, ich will jetzt keine Beispiele aufzählen, weil da gäbe es Beispiele, die würden euch viel tiefer treffen, als die, aber eines muss man schon sagen, wenn eine Therme neu gestaltet wird – ich habe es ja einmal erleben dürfen und war einmal dort in der Therme – sie ist wunderbar gelungen, sie funktioniert. Natürlich muss eine Therme auch die Zeit für den Aufbau haben. Drei bis fünf Jahre ist das Mindeste in jedem Geschäft, damit es wirklich läuft. Wenn man das vergleicht – und weil sich heute der Kollege Majcen, den ich sonst sehr schätze, so aufgeregt hat wegen der Therme Loipersdorf – Loipersdorf gibt es schon sehr lange und hat ein Minus und die Therme Fohnsdorf ... *(LTAbg. Majcen: „Hat kein Minus, das ist nicht wahr!“)* Ja, so sind die Zahlen, ich kann dir nichts anderes sagen. Die Therme

Fohnsdorf hat nur um 200.000 mehr und ist im Aufbau. Da muss man ja wirklich sagen, es ist ein Erfolgskonzept, die Therme Fohnsdorf. Ich bin überzeugt, nachdem ich wirklich ein Geprügelter über zehn Jahre Therme Bad Gleichenberg bin und weiß, wie schwierig, dass das war, weil die ÖVP einfach nicht wollte, dass das eine Therme wird wie Loipersdorf und Radkersburg in der damaligen Form, sondern es hat privat sein müssen. Wenn man bei dem Ganzen ein bisschen zurückschaut, dann weiß ich, wie wichtig das für die Region oben ist und auch für die Zukunft und ich verstehe euch, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ihr dafür eintretet und sagt, wir stehen dafür.

Ich glaube, dass der Bürgermeister dort die Regionsarbeit übernommen hat und in Wirklichkeit diese Therme dort zusammengebracht hat, mit jedem Widerstand. Denn hätte er diese Förderung wie andere Thermen von 90 % gehabt und hätte keine Zinsen bezahlen müssen, dann möchte ich mir heute die Bilanz anschauen, dann hätte er wahrscheinlich schon ein Plus. *(Beifall bei der SPÖ – LTAvg. Strassberger: „Das muss ich vorher wissen!“)* Das muss man sich in Wirklichkeit anschauen! Nur er hatte mit ganz anderen Bedingungen dort arbeiten müssen und natürlich sind das auch andere Lasten und damit sieht man natürlich, wie das bei der Förderung aussieht. Wenn ich nur denke, in meiner Region Gleichenberg ,12 Millionen, über 4 Millionen dort natürlich als stille Beteiligung, Beteiligungskapital. All diese Möglichkeiten waren dort nicht vorhanden und natürlich auch keine 12 Millionen. Warten wir am Schluss, ich hoffe nur – weil Gleichenberg geht es auch nicht am besten –, dass wir dort nicht ein ärgeres Debakel erleben als wir derzeit eigentlich in einer Zukunftstherme wie Fohnsdorf haben. Ich möchte nur ein bisschen erinnern und appellieren vor allem an die ÖVP – die Opposition verstehe ich ja, dass sie gerne überall einen Skandal hätten und morgen schon gerne einen Bürgermeister absetzen und natürlich nichts funktioniert, dann haben wir vielleicht eine Chance, ein paar *(LTAvg. Mag. Drexler: „Ihr wollt das!“)* Nein, nein, nein! Euch verstehe ich aber nicht, weil ich denke noch immer zurück und wenn ich vergleiche Therme Gleichenberg – und ich vergleiche es nicht direkt, weil ich es nicht mache *(LTAvg. Mag. Drexler: „Aber eindeutig!“)* – aber dann die Gemeinden ein bisschen zu vergleichen angefangen mit Fohnsdorf und Gleichenberg, da bin ich überzeugt, dass der Multiplikator höher ist an den Haftungen und Verschuldungen und ich bin überzeugt, wenn man dort das Gleiche machen würde, dass der Bund prüft, dann möchte ich das Ergebnis nicht sehen. Ihr müsst ein bisschen nachdenken, ob man nur anzünden kann und nicht in Eigenverantwortung leben kann. An das Vulkanland will ich gar nicht denken, weil die ersten Rückzahlungen laufen schon und die Zukunft wird uns weisen, wie sehr wir dort leider recht gehabt haben in einer Region, die auch gerne Erfolg hätte. Danke für die Aufmerksamkeit! *(Beifall bei der SPÖ – 14.08 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dirnberger und ich darf ihm das Wort erteilen.

LTabg. Dirnberger (14.09 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren im Zuhörer- und Zuschauerraum!

Fohnsdorf. Dass jeder ein bisschen eine subjektive Sicht hat, ist ja legitim. Dass man aber bewusst Vermischungen betreibt, ist glaube ich nicht ganz legitim. Es ist aber ein hehres Ziel, was in Fohnsdorf die Gemeinde da, vor allem der Bürgermeister, sich gesetzt hat, ein Leitprojekt in der Region zu setzen, ist eigentlich auch eine zentrale Aufgabe des Landes, solche Leitprojekte zu installieren. Aber die Spielregeln müssen eingehalten werden! Und an diesen Spielregeln happert es wesentlich. Das beginnt beim Konzept, beim Finanzierungskonzept, bei der Abwicklung, bei der Kontrolle, bei der laufenden Kontrolle. Und wenn das stimmt, was wir heute hier gehört haben im Prüfbericht, ist da der Gemeindeordnung in keinsten Weise genüge getan worden. Da lobe ich mir Schladming, die von Haus aus schon jetzt eine begleitende Kontrolle und Prüfung beantragt haben, um festzustellen – weil dort ist ein Großereignis im Raum, die Weltmeisterschaft – wie weit kann eine Gemeinde gehen. Das hat in Fohnsdorf wirklich in keinsten Weise stattgefunden und diese Auslagerungen, die jetzt fast verteufelt werden, sind an sich etwas sehr Positives, weil die dienen dazu, dass die Gemeinden sich Steuer ersparen können, aber es muss Transparenz herrschen. Und wenn dann eine Situation eintritt wie jetzt, dass eine Wirtschaftskrise kommt, dass der Finanzausgleich, der 2007 beschlossen wird, auch noch Abwanderungsgemeinden maßgeblich bestraft, dann bedeutet das hunderttausende Euro weniger für Fohnsdorf und die Situation ist noch wesentlich verschärft. Diese Verschärfung ist auch in anderen Gemeinden festzustellen.

Ganz unverständlich sind mir aber die Wortmeldungen bezüglich des Bundesrechnungshofes. Es ist davon gesprochen worden, ich glaube Herr Landeshauptmann, du weißt das, die Prüfung zerstört die Gemeinden, der Rechnungshof skandalisiert. Also dem kann ich jetzt in dieser Form überhaupt nichts abgewinnen. Es ist quasi von Willkür gesprochen worden, ein Teil darf der Rechnungshof prüfen, einen zweiten Teil nicht. Ja, wovor haben wir jetzt wirklich Angst? Wovon hat man Angst? Dass hier etwas aufgezeigt werden kann, das jetzt im Prüfbericht noch nicht drinnen ist? Die Verfehlungen anscheinend sind eindeutig, das ist auch aus dem Prüfbericht hervorgegangen. In Wirklichkeit brauche ich gar keine Aufsicht, wenn eine Aufsichtsbeschwerde reichen kann, könnte das eigentlich informell mit meinem Mitarbeiterstab lösen und dieser Sache einmal nachgehen. Wenn ich sehe, dass da in keinsten Weise eine Kontrolle war, dass da eigentlich Verbindungen stattgefunden haben, die nicht abgedeckt sind, keine Aufsicht, keine Kontrolle. So ein Instrument ohne Aufsichtsorgane ist undenkbar, da muss ich handeln. Es braucht zu so einem Prüfbericht, zu einer Situation gar nicht kommen, da ist in erster Linie Handlungsbedarf. Es ist für mich unverständlich und total widersinnig, den Rechnungshof den fürchtet man, aber ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Bürgermeister wäre anscheinend egal. Das habe ich mehrmals durchgehört, das können wir ruhig anstreben. Amtsenthebungsverfahren ist egal, der Bürgermeister kann abgesetzt werden. Das ist meiner Meinung

nach schon ein Widerspruch, wenn er so tolle Leistungen getätigt hat, die es ja anscheinend sind, aber weg kann er. Aber ja nicht der Rechnungshof prüfen! Hier denke ich, das ist nicht stimmig. Weil immer angekündigt wird, die Gemeinden werden sich bedanken. Na ja klar, in der Gemeindeordnung wollen wir das jetzt präzisieren! Klare Präzisierung! Prüfungsausschuss bekommt auch die Kompetenz, ausgelagerte Bereiche, die mehrheitlich in der Gemeinde sind, zu kontrollieren. Genehmigungspflicht für eine Auslagerung. Genehmigungspflicht für Darlehensaufnahme. Wenn es eine Aufsichtsbeschwerde gibt, keine anonyme, sondern wirklich eine namentliche, dann muss die Aufsichtsbehörde tätig werden in einer gewissen Frist. In weiterer Folge, wenn das nicht ist, der Landesrechnungshof. In ganz speziellen Fällen kann auch der Bundesrechnungshof eingesetzt werden und das ist so ein spezieller Einzelfall, der jetzt auch schon laut Verfassung möglich ist.

Wenn dann – so habe ich es gehört – ein Finanzdesaster vorliegt, das ist das eigentliche Problem. Dieses Finanzdesaster wird auf Kosten der anderen Gemeinden finanziert, auf Kosten der anderen Gemeinden. In Wirklichkeit müssten alle SPÖ-Bürgermeister da sehr hellhörig sein, weil das überwiegend aus Bedarfszuweisungsmittel kommt und das geht zu Lasten der anderen Gemeinden. Das ist ein wirkliches Problem der Gemeinden, weil die Bedarfszuweisungsmittel sind Gemeindegelder. Wenn die Bevölkerung sich jetzt kurzfristig solidarisiert, aber alle diese Sanierungen, wenn die Gemeinde hohe Belastungen hat, wenn sie dementsprechende Rückzahlungen tätigen muss, geht auch zu Lasten der örtlichen Bevölkerung, weil die Gebühren entsprechend angehoben werden müssen und dergleichen. Das ist ein kurzfristiges Denken, wenn man meint, dass man hier sich das eine oder andere ersparen könnte. Ich habe ein bisschen so das Gefühl, dass dieses Projekt von der Einstellung geleitet wurde, na ja was kann schon passieren, eine Gemeinde ist noch nie pleite gegangen. Ein paar solche „Ortskaiser“, weil ich selbst Bürgermeister bin, haben wir, die diese Einstellung prägen, aber wenn alle Zahlen dagegen sprechen, dann muss man auch den Mut aufbringen, so einen Ortskaiser zu überzeugen und zu sagen, Hände weg davon, Hände weg oder dann von Haus aus dementsprechend begleiten mit finanzieller Unterstützung und auch eine rechtzeitige Kontrolle und Begleitung einfordern. So wie wir es jetzt uns auch wünschen, dass wir keine Kontrolle im Nachhinein haben wollen, sondern auch über die Aufsicht, eine begleitende Kontrolle, um solche Missstände, die da anscheinend vorliegen – ich kenne den Prüfbericht im Detail nicht, aber was ich heute gehört habe – zu vermeiden. So eine Aufsicht bedingt auch politische Verantwortung und diese politische Verantwortung wurde hier nicht wahrgenommen. Deswegen ist glaube ich auch der Bundesrechnungshof noch einmal gefordert, das zu überprüfen. Ein zweites Fohnsdorf müssen wir in Zukunft versuchen zu vermeiden! Danke! (*Beifall bei der ÖVP – 14.16 Uhr*).

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Murgg. Ich darf ihm das Wort erteilen.

LTabg. Dr. Murgg (14.16 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Ich werde wirklich ganz kurz sein. Es geht nämlich nur darum, ich habe den zweiten Entschließungsantrag zwar verlesen, aber offenbar wurde das nicht so verstanden, dass er tatsächlich eingebracht wurde, deswegen noch einmal.

Die KPÖ stellt folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Maßnahmen zu setzen, damit die Prüfung aller steirischen Gemeinden durch den Landesrechnungshof möglich wird. (14.16 Uhr)

Präsidentin Beutl: Danke für diese kurze Wortmeldung und ich darf nun zur vorläufig – ich sage das sehr vorsichtig – letzten Wortmeldung kommen, das ist Herr Abgeordneter Kasic. Ihn darf ich ans Rednerpult bitten.

LTabg. Kasic (14.17 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Ich wende mich mit dieser vorläufig letzten Wortmeldung, wie die Frau Präsidentin gesagt hat, vor allem an die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ und an Sie, Herr Landeshauptmann. Ich glaube nämlich, wenn ihr eure angekündigte Meinung auch im Beschluss umsetzt und das, was Sie, Herr Landeshauptmann, angekündigt haben, deutet darauf hin, dann wird vor allem von euch, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPÖ wieder Vertrauen in die Politik verspielt. Die Menschen in diesem Land wollen darauf vertrauen, dass dort, wo es Aufsicht gibt, es auch Konsequenzen gibt. Die Menschen in diesem Land wollen haben, dass unsere Gemeinden auch in Zukunft finanziell gut dastehen und dass alles daran gesetzt werden muss, dass es Misswirtschaft und Missstände nicht gibt und – und das ist wesentlich und das gilt für alle Parteien in ganz Österreich – dass wir darauf aufmerksam machen und schauen müssen, dass dort, wo es Projekte gibt, die finanziell nicht umsetzbar sind und wo man bereits im Vorfeld meint, es funktioniert nicht, kein öffentliches Geld fließen kann. Aus Überzeugung heraus, dass wir das unseren Kindern und Kindeskindern schuldig sind, weil wir sie nicht mit Schulden, Darlehen, Krediten und Haftung belasten können. Lieber Kollege Prattes, weil du es angesprochen hast, wenn unser Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer bei dem einen oder anderen Projekt sagt, es geht nicht – und er hat es heute in der Anfragebeantwortung auch gesagt – dann ist das nicht, weil er es nicht will (LTabg. Zenz: „Ja genau!“) sondern weil er gut beraten, aber auch aus eigener Entscheidung heraus sagt, würden wir jedes Projekt fördern, hätten wir mehrere solche Debakel in diesem Land. Herr Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, (LTabg. Kröpfl: „Herr Landeshauptmannstellvertreter. Soviel Zeit muss ein!“) ich danke dir dafür, dass du mit dieser Weitsicht agierst, Projekte, die eingereicht werden, prüfst, dafür Sorge trägst, dass das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht mit beiden

Händen hinausgeworfen wird, sondern sehr sorgfältig ausgegeben wird. Herzlichen Dank dafür!
(Beifall bei der ÖVP)

Aber Kolleginnen und Kollegen der SPÖ, das Vertrauen in die Politik wird aber glaube ich auch durch eine andere Aussage von Ihnen, Herr Landeshauptmann, getreten. Sie haben angekündigt, dass Sie den politischen Willen dieses Gremiums, des Landtages – und das ist das, was eigentlich betrübt, bestürzt macht – dass Sie den Willen dieses Landtages nicht akzeptieren wollen, so nach dem Motto, mir ist das vollkommen wurscht, ich hätte das jetzt lieber noch ein bisschen steirischer gesagt, mir ist das vollkommen wurscht, was ihr hier beschließt, ich werde mich nicht daran halten, ihr könnt mich ohnedies abwählen probieren. Meine Damen und Herren, das ist eines Landeshauptmannes an der Spitze eines ursprünglich hervorragend geführten Bundeslandes nicht würdig. Herr Landeshauptmann, Sie treten die Demokratie mit Füßen! *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein solches Amtsverständnis, lieber Kollege, hat es glaube ich noch selten gegeben.

(LTAbg. Kröpfl: „Es dürfte sich aber etwas geändert haben in der Meinung der Steirerinnen und Steirer!“) Und noch etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Vorgehen hat doch offensichtlich System. Dieses Vorgehen, dass man Dinge unter den Tisch kehren will und dass man erst dann hellhörig wird, wenn der Druck der Opposition und anderer Gemeinderatsvertretern von Parteien als jene der SPÖ ganz stark wird. Herr Landeshauptmann, in Fohnsdorf sind Sie erst tätig geworden, nachdem hier eine Anfrage im Landtag eingebracht wurde. In Frohnleiten sind Sie erst tätig geworden, nachdem eine Anfrage im Landtag eingebracht wurde. Und in der Gemeinde Grambach sind Sie erst tätig geworden und haben die Gemeindeaufsicht in Gang gesetzt, nachdem eine Anfrage hier im Landtag eingegangen ist. Offensichtlich hat das System. Dort, wo Sie bereits wissen, dass es Missstände gibt oder davon gehört haben, versuchen Sie möglichst lange in Ihrer Verantwortung als Aufsichtsbehörde die zuständige Abteilung nicht sofort in Gang zu setzen, dort, wo Sie merken, dass es um Misswirtschaft gehen könnte, versuchen Sie zu vertuschen und alles unter den Tisch zu kehren. Sie wollen zudecken, Sie wollen auch heute wieder verhindern, dass der Bundesrechnungshof prüft und ich frage Sie, Herr Landeshauptmann, warum wehren Sie sich so? Was haben Sie zu verbergen? Gibt es irgendetwas, was der Bundesrechnungshof noch entdecken könnte, dass Sie Angst haben, dass dieser Bundesrechnungshof eine neutrale Instanz prüft? Das kann doch nur eine Ausrede sein, wenn sich jemand hierher stellt und sagt, da wurde schon 1.500 Stunden geprüft, das reicht. Das kann doch nur eine Ausrede sein, dass man sagt, wir wollen Doppelprüfungen nicht. Ich könnte Ihnen zig Beispiele aufzählen, wie viele Doppelprüfungen es gegeben hat, in wie vielen Bereichen geprüft wurde. *(LTAbg. Kröpfl: „Bring uns nur ein Beispiel!“)* LKH zum Beispiel wurde ausführlichst, Landesrechnungshof, Bundesrechnungshof, teilweise parallel geprüft. Da habt ihr nichts dagegen gehabt. Wir übrigens auch nicht! Wir sind für diese Prüfung. Nur Sie, Herr Landeshauptmann, wollen zudecken, verbergen, unter den Tisch kehren! Sie müssen ganz schön Angst haben, dass da irgend etwas auf den Tisch kommt, was es noch zu verbergen gibt, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der*

ÖVP) Und die Vorwürfe, die offensichtlich in diesem Bericht stehen, der dem Landtag ja noch nicht, auch rechtlich nicht, zur Kenntnis gebracht werden konnte, außer den Ausführungen, weil es heute eine Anfragebeantwortung gegeben hat, würde natürlich uns Abgeordnete auch schon sehr interessieren. Ein Bericht des Bundesrechnungshofes, meine Damen und Herren, den könnten wir hier im Landtag ausführlich erörtern, da könnten wir zu jedem einzelnen Punkt die Stellungnahmen kennenlernen. Da könnten wir wissen, ob die Vorwürfe, die jetzt in diesem Prüfbericht der Abteilung vorliegen, auch tatsächlich stimmen. (*LTAbg. Prattes: „Wir lesen es ohnehin aus der Zeitung!“*)

Gestatten Sie mir ein Letztes, weil hier Kolleginnen und Kollegen SPÖ immer so gelacht habt, ihr habt in der ganzen heutigen Debatte versucht, alles nur auf die Therme abzustellen. Ihr habt immer so getan, da geht es nur um die Therme. Ihr wisst selbst genau, die Bürgerinnen und Bürger von Fohnsdorf und vor allem unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte wissen, dass es dort nicht in erster Linie um die Missstände in der Therme geht, sondern in Wirklichkeit um Verfehlungen des Bürgermeisters, es geht dort auch in erster Linie um Kumulierung von Funktionen, um rechtswidrige Beschlüsse, wo der Gemeindevorstand Beschlüsse gefasst hat, die in den Gemeinderat gehören – erlebe ich übrigens auch ständig in der Gemeinde Frohnleiten, da kümmert sich auch niemand darum... (*LTAbg. Kröpfl: „Fatal!“*) ... wo es um Ämterkumulierungen geht und um vieles mehr.

Herr Landeshauptmann, ich darf Sie wirklich ersuchen und auffordern, die Beschlüsse dieses Landtages nicht mit den Füßen zu treten, in der Demokratie beispielhaft voranzugehen und Entschließungsanträge und Beschlüsse, die heute möglicherweise nicht in Ihrem Sinne gefasst werden, umzusetzen, damit es in der politischen Hygiene in diesem Land auch unter Ihrer Führung aufwärts geht. Herzlichen Dank! (*Beifall bei der ÖVP – 14.25 Uhr*)

Präsidentin Beutl: Meine geschätzten Damen und Herren, ich ersuche nun um Ihre Aufmerksamkeit. Es liegen tatsächlich keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich darf daher zur Abstimmung kommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ betreffend Überprüfung der Finanzgebarung der Gemeinde Hartberg durch den Rechnungshof ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag (*Glockenzeichen der Präsidentin*).

Ich ersuche die Damen und Herren um Aufmerksamkeit, damit wir bei den Abstimmungen fortsetzen können! (*Glockenzeichen der Präsidentin*) Ich ersuche um Aufmerksamkeit!

Wir kommen nun zum Entschließungsantrag der KPÖ betreffend Prüfung der Kleingemeinden durch den Landesrechnungshof. Hier ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben.

Das ist nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ betreffend Überprüfung der Finanzgebarung der Gemeinde Fohnsdorf durch den Rechnungshof ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme nun zum Entschließungsantrag der Grünen und ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung, es geht um die Einsetzung eines Regierungskommissärs, einer Regierungskommissärin in Fohnsdorf. Ich ersuche um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie dem zustimmen.

Das hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden, gegen die Stimmen der KPÖ, der SPÖ und der ÖVP.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend Prüfung der Gemeindeaufsicht ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden, gegen die Stimmen der SPÖ und der ÖVP.

Meine geschätzten Damen und Herren, erlauben Sie mir einen kleinen Hinweis. Ich hoffe, Sie kommen alle gut nach Hause! Die Autobahn, das Autobahnstück von Graz Richtung Wien Laßnitzhöhe ist bis morgen gesperrt. Wer also in die Oststeiermark nach Hause fährt, soll dies berücksichtigen.

Ganz zuletzt möchte ich aber abschließen mit einem Geburtstagswunsch. Wir haben ein Geburtstagskind in unseren Reihen, das vor wenigen Tagen seinen Sechziger vollendet hat. Ich erlaube mir, in Ihrem Namen und in meinem persönlichen Namen dem Herrn Klubobmann Ernest Kaltenegger alles Gute zum Geburtstag zu wünschen! (*Allgemeiner Beifall*) Alles Gute und viel Gesundheit!

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt, die Einladung zur nächsten Sitzung erfolgt auf schriftlichen, das heißt elektronischem Weg. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 14.29 Uhr